

# ISS AKTUELL

2/2023

INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK  
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE WIEN

HERWIG JEDLAUCNIK (HRSG.)

## ZUR STRATEGISCHEN LAGE JAHRESMITTE 2023

globale akteure und internationale  
organisationen





Zur Logik des Kartenmaterials:

Die Kartenskizzen dienen dem besseren Verständnis des jeweiligen Kapitels. Farblich gekennzeichnet sind daher nur jene Staaten, welche im Text analysiert werden. Die Graphiken bieten daher keine vollständige Auflistung aller Akteure des jeweiligen geographischen Raumes. Die Kartendarstellungen zeigen dabei die realpolitischen Gegebenheiten und berücksichtigen keine völkerrechtlichen Beurteilungen bzw. Auseinandersetzungen bezüglich territorialer Grenzziehungen.

**Impressum:**

Amtliche Publikation der Republik Österreich/  
Bundesminister für Landesverteidigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/Bundesminister für Landesverteidigung,  
BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie  
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik  
Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

ISBN: 978-3-903359-64-2

Juni 2023

Druck:

Heeresdruckzentrum, 1030 Wien

## Vorwort

Der französische Präsident Emmanuel Macron erklärte auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2023, „*shockiert*“ darüber zu sein, „*wie viel Glaubwürdigkeit wir im Globalen Süden verloren*“ haben. Macron bezog sich dabei konkret auf die mangelnde Glaubwürdigkeit des Westens<sup>1</sup> in seinen Forderungen an den Globalen Süden zumindest den Wirtschaftskrieg gegen Russland zu unterstützen. Macrons emotionale Aussage belegt damit nur allzu deutlich, wie sehr die Auswirkungen des Ukrainekriegs die internationale Politik und Diplomatie derzeit polarisieren. Der konkrete Anlassfall des Ukrainekriegs ist aber nur der letzte Höhepunkt einer anhaltenden Entwicklung, die schon seit Längerem immer wieder zu internationalen „Irritationen“ nicht nur zwischen dem Westen und seinen Widersachern, sondern auch zwischen dem Westen und dem Globalen Süden führt.

Aus Sicht der Herausforderer ist die Dominanz euro-transatlantischer Perspektiven, Interessen und Werte im globalen Kontext längst nicht mehr unumstritten, im Gegenteil: Das wirtschaftliche und auch politische Erstarken weiterer Akteure und ihre Aspirationen, ihr neues nationales Selbstbewusstsein und ihre Emanzipationsbestrebungen führen zunehmend zu Brüchen und Gegensätzen in der internationalen Politik. Der aus Sicht des Globalen Südens als selektiv moralisierend und vielfach auch als illegitim wahrgenommenen Sicherheitspolitik des Westens werden andere Deutungsmuster entgegengestellt. Ein zentrales Narrativ, das im Zusammenhang mit dem gescheiterten Versuch des Westens, die Welt gegen den russischen Angriffskrieg zu vereinen, immer wieder genannt wird, ist die selektive Relevanz von Völkerrecht und Moral durch den Westen. Vor allem die mangelnde kritische Auseinandersetzung mit den militärischen Interventionen des Westens der jüngeren Vergangenheit werden dabei als Beleg dieses Erzählstrangs herangezogen. Dadurch scheint bewiesen, dass Völkerrecht und Moral für den Westen keine universellen Werte sind, sondern dass (auch) der Westen Völkerrecht und Moral selektiv den eigenen strategischen und geopolitischen Interessen anpasst. Ebenso wie völkerrechtswidrig empfundene Angriffskriege westlicher Staaten im Globalen Süden in den letzten Jahrzehnten von anderen westlichen Staaten wirtschaftlich oder durch sonstige Sanktionen nicht „bestraft“ wurden, wird nunmehr auch seitens der Masse der nichtwestlichen Staaten Russland wegen des Angriffskrieges in der Ukraine nicht „bestraft“. Vielmehr stellen diese Staaten scheinbar ihre eigenen wirtschaftlichen und zunehmend auch machtpolitischen Interessen in den Vordergrund.

Warum dies an dieser Stelle von Interesse ist? Oben dargestellte Diskussion auf der Münchner Sicherheitskonferenz und die dahinterstehenden Probleme und Fragen zeigen sowohl die Notwendigkeit einer nüchternen Analyse als auch den Bedarf an differenten Blickwinkeln auf. Denn um nicht in die Situation zu kommen, von anderen Akteuren „*shockiert*“ zu sein, ist es hilfreich, verschiedene Perspektiven einnehmen zu können. Der Westen und hier insbesondere die EU, die sich selbst gerne weniger als geopolitische Macht-, sondern als Wertegemeinschaft begreifen, haben es möglicherweise verabsäumt, sich aus der „Komfortzone“ rein westlicher Standpunkte herauszubewegen und sich mit den unterschiedlichen „anderen“ Perspektiven, Sichtweisen, moralischen Grundsätzen und Narrativen in einem wissenschaftlich-diskursiven Ansatz auseinanderzusetzen, um die dahinterliegenden Strukturen, Dogmen bzw. Leitgedanken zu erkennen. Deshalb ist ein Lehrsatz, welchen ich den Studenten unserer Akademie versuche mitzugeben, auch für diese Publikation von zentraler Bedeutung: „*Um wirklich zu verstehen, müssen wir nicht nur Fakten studieren, sondern diese auch aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten.*“

Der Mangel an dieser Fähigkeit kann - neben vielen anderen Faktoren - dazu führen, dort keine Partner mehr vorzufinden, wo man sie gerne vorfinden würde. Die Konsequenzen dieses Diskurses sind nicht nur im Wirtschaftskrieg gegen Russland, sondern beispielsweise auch in Afrika deutlich zu erkennen, wie zuletzt Frankreich schmerzhaft zur Kenntnis nehmen musste. Genau deshalb versucht die „Strategische Lage“ differenzierte und differente Blickwinkel anzubieten. Wir freuen uns sehr, dass Sie sich wieder die Zeit nehmen über sicherheits- und geopolitische sowie strategische Fragen informiert zu bleiben.

---

<sup>1</sup> Der Westen ist die Bezeichnung der Staaten Nordamerikas, Europas und seiner engen zumeist europäisch geprägten Verbündeten in Asien. Im transatlantischen Raum sind es die NATO- und EU-Staaten. Die USA sind der Hegemon des Westens.

Lorenz Sack, von unserem Schwesterinstitut IFK, erläutert in diesem Sinne in seinem Beitrag über Afrika Hintergründe und Auswirkungen der Überwerfung Frankreichs mit der Regierung in Mali und die Konsequenzen für die Sicherheit Afrikas. Überdies wird die Gegnerschaft zwischen dem Westen und Russland auch in diesem Raum immer deutlicher sichtbar. Und auch Russland kann bekanntlich skrupellos sein, um seine Interessen durchzusetzen und seine Konkurrenten zu schädigen. Für unsere Leser sind diese Zusammenhänge natürlich von besonderem Interesse, da österreichische Soldaten genau dort – noch – einen ihrer Auslandseinsätze versehen. Lorenz Sack hat sie Ihnen verständlich aufbereitet.

Auch wenn sich die Konfrontation zwischen Russland und dem Westen seit Jahren systematisch aufgebaut hat, haben Europas politische Führung und Öffentlichkeit die Veränderung der globalen und europäischen Sicherheitslage scheinbar erst durch den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine zur Kenntnis genommen. Das sicherheitspolitische und strategische Verständnis wird dabei auch zukünftig nicht durch einen moralisierenden oder weltfremden Blickwinkel verbessert werden. Eine Beobachtung in unserem Nachbarland, immerhin dem potentesten europäischen Staat, mag dabei nur zufällig oder aber exemplarisch sein. In der ersten Nationalen Sicherheitsstrategie Deutschlands wird unter anderem festgehalten, dass „*das heutige Russland [...] auf absehbare Zeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum*“ bleiben wird, China hingegen (noch) „*Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale*“ ist. Eine Analyse solcher Texte lässt die Schlussfolgerung zu, dass Deutschland in der Realität von Machtpolitik und nationaler Strategie angekommen ist. Fakten, die sich nicht in diesen formalisierten Strategiepapieren, sondern in der politischen Beobachtung finden, lassen jedoch gewisse Zweifel aufkommen. Nicht nur hatte sich der Abschluss der Fertigstellung der deutschen Sicherheitsstrategie deshalb um Wochen verzögert, da vor allem Außenministerin Annalena Baerbock die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates verhindert hatte. Ministerin Baerbock betonte bei der Präsentation auch, dass „*Sicherheit im 21. Jahrhundert [...] mehr als Militär und Diplomatie*“ wäre. Als Beispiele nannte sie dabei – am Höhepunkt des Konfliktes mit Russland, in dem auch Deutschland nach Einschätzung des wissenschaftlichen Dienstes des deutschen Bundestages inzwischen „*den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen*“ hat – sauberes Wasser morgens beim Duschen, Sicherheit für Chats und soziale Netzwerke im Internet sowie die Verfügbarkeit von Medikamenten in der Apotheke. Auch wenn ihre Aussagen grundsätzlich verständlich sind, könnten Baerbocks sicherheitspolitische Prioritäten kritisch betrachtet auch so interpretiert werden, dass bei Aufrechterhaltung solcher Prioritäten Deutschland und Europa schlussendlich auf die USA angewiesen bleiben, die eigene militärische Sicherheit aufrechtzuerhalten. Diese US-amerikanische Dominanz zieht sich daher – nicht verwunderlich – auch durch die meisten Beiträge dieser Ausgabe. Auch in unserem Leitartikel, welcher die globale Konfrontation des liberal-demokratischen Westens mit dem von China und Russland dominierten Block antiwestlicher Staaten betrachtet, versuchen wir deshalb, das zentrale geopolitische Konzept der USA darzulegen. Rastislav Báčora zeichnet hingegen eine aus europäischer Perspektive wesentlich optimistischere Sicht der geopolitischen Gestaltungsfähigkeit Europas im Allgemeinen und der EU im Besonderen. Wir hoffen, Sie mit diesem wissenschaftlichen Diskurs intellektuell anzuregen und zum Diskurs zu ermuntern.

Neben den Ihnen schon länger bekannten Angehörigen des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik, Dr. Rastislav Báčora, Oberst Mag. Andreas Wenzel, Mag. Alexander Panzhof sowie unserer assoziierten, freischaffenden Mitarbeiterin Mag.<sup>a</sup> Barbara Farkas, haben zahlreiche weitere Autoren unserer Schwesterinstitute sowie anderer Institutionen des Verteidigungsressorts an dieser Ausgabe mitgewirkt: wie bereits erwähnt, Lorenz Sack, BA vom Institut für Friedenssicherung & Konfliktmanagement, Major MMag. Albin Rentenberger, BA MA vom Institut für höhere militärische Führung, Oberst Mag. Walter J. Unger, Leiter des Cyber Defence Centre, Oberst Mag. (FH) Daniel Wurm, MAS MA von der Generaldirektion Verteidigungspolitik sowie Oberst i.R. Dr. Otto Naderer, der Sie wie gewohnt, in die aktuellen Entwicklungen der NATO detaillierter einweist. Das Team des Instituts für Militärisches Geowesen hat für Sie die Karten zum besseren Überblick und Verständnis der Texte aufbereitet und erstellt.

Unsere Analysen erheben dabei selbstverständlich keinen alleinigen Wahrheitsanspruch. Wenn Sie ein regelmäßiger Leser der „Strategischen Lage“ sind, haben Sie längst festgestellt, dass wir unterschiedlichen Persönlichkeiten,

Positionen und Blickwinkeln Platz bieten - niemals wurde und wird dabei inhaltlich Einfluss auf die vorgelegten Einschätzungen ausgeübt. Innere oder äußere Vorgaben sind daher nicht denkbar - sie würden in einem inneren Widerspruch zum wissenschaftlichen Diskurs, zu welchem diese Publikation beiträgt, stehen. Dadurch sind sie gelegentlich und auch in dieser Ausgabe Teil einer offenen wissenschaftlichen Diskurskultur. Für eine liberale Gesellschaft ist es wichtig, der Wissenschaft ihre Freiheit zu gewähren und inhaltliche Auseinandersetzungen in einem Diskurs zusammenzuführen. Zu diesem Diskurs laden wir jetzt und zukünftig Kritiker und Freunde gleichermaßen gerne ein. Wir freuen uns auf Rückmeldungen unter [lvak.strat-lage@bmlv.gv.at](mailto:lvak.strat-lage@bmlv.gv.at).

Nach diesen einleitenden Zeilen, dürfen wir betonen, dass weder Texte noch Karten oder Grafiken irgendeine amtliche Position wiedergeben. Die einzelnen Beiträge erscheinen unter der Verantwortung des jeweiligen Autors als Wissenschaftler und repräsentieren daher ausschließlich dessen persönliche Einschätzung, nicht aber eine offiziöse Meinung des Ressorts oder der Akademie.

Die Landesverteidigungsakademie als Heimat der überwiegenden Anzahl der Autorinnen und Autoren ist sich natürlich bewusst, dass einzelne und auch pointierte Aspekte in den Beiträgen zu intensiveren Diskussionen führen dürften. Im Sinne einer reflektiven Diskussionskultur muss dies auch so gefördert werden. Nur wer zulässt, sich selbst laufend zu hinterfragen, kann den Anspruch zur Annäherung an eine „allgemein gültige Wahrheit auf breitem Konsens“ für eine bessere Zukunft erheben.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen in diesem Sinne eine spannende Lektüre und einen möglichst erholsamen Sommer.

*Hervig Jedlaucnik*  
*Herausgeber*

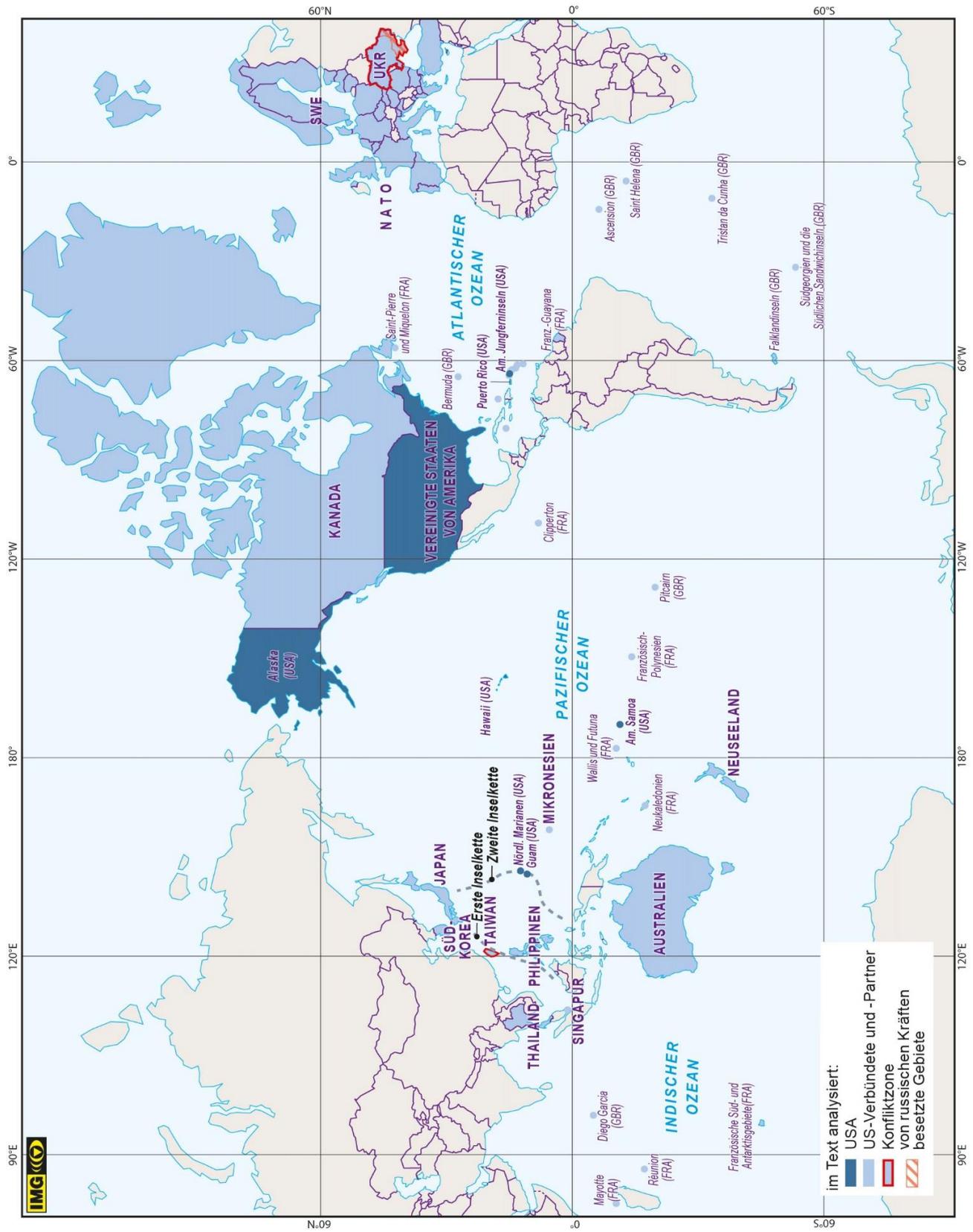
## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	<b>1</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	<b>4</b>
<b>Die Bedeutung US-amerikanischer Geopolitik am Weg in die globale Konfrontation</b> .....	<b>9</b>
Beherrschung Eurasiens durch die US-Gegenküstenstrategie.....	9
Der Krieg zwischen dem Westen und Russland.....	11
Konventionelle und nukleare Bedrohung.....	12
Die Nicht-Rolle EUropas .....	13
Der anti-westliche Block.....	14
Konflikträume.....	14
<b>Die westliche Welt</b> .....	<b>17</b>
<b>Weltmacht USA</b> .....	<b>17</b>
Zweieinhalb Jahre Biden-Administration.....	17
Innenpolitische Entwicklungen .....	17
Außen und Sicherheitspolitik .....	20
Resümee und Ausblick.....	22
<b>EU – Ansätze zur Stärkung der geopolitischen Handlungsfähigkeit</b> .....	<b>24</b>
Dynamisierung der machtpolitischen Arithmetik.....	24
EU als Akteurin.....	25
Fazit.....	26
<b>Die NATO und die transatlantischen Beziehungen</b> .....	<b>29</b>
Wird die Ukraine Mitglied der NATO?.....	29
Und Österreich? .....	31
<b>... und ihre Partner und Herausforderer</b> .....	<b>33</b>
<b>Der postsowjetische Raum</b> .....	<b>33</b>
Russland in der Defensive .....	33
Nachfolgerüchte, Wahlen und ein Haftbefehl.....	33
Politische Lösung des Ukrainekriegs nicht in Sicht.....	33
Prigoschins Abenteuer .....	34
Risikofaktor: Russische Atomwaffen in Belarus .....	35
Belarus: Gerüchte um eine russische Übernahme .....	35
Ukraine und Moldau: Ein Jahr EU-Kandidaten .....	35
Armenien-Aserbaidschan: Fortschritte bei der Normalisierung der Beziehungen.....	37

Ausblick .....	37
<b>Militärstrategische Analyse des russisch-ukrainischen Krieges: 16 Monate Krieg und kein Ende in Sicht .....</b>	<b>41</b>
Verlustreicher Stillstand .....	41
Warten auf die ukrainische Gegenoffensive .....	42
Die lang ersehnte Gegenoffensive.....	42
...und in der Tiefe Russlands.....	43
Die Unterstützung des Westens: Von Leopard bis F-16.....	44
Die NATO: Vom „Hirntod“ zu neuer Blüte .....	44
Vier Narrative aus globaler Sicht .....	45
Die Rolle Chinas.....	45
Fazit.....	45
<b>Der indopazifische Raum .....</b>	<b>48</b>
Konfliktdynamik in Ostasien .....	49
Nukleare Aufrüstung auf der koreanischen Halbinsel .....	49
Sicherheitspolitische Umgebung.....	49
Erweiterte US-Abschreckung für Südkorea (Option 1) .....	50
Südkoreas potenzieller Aufbau einer Nuklear-waffenindustrie (Option 2).....	51
Ausbau der zivilen Kernkraftnutzung in Südkorea .....	51
Nordkoreas nukleare Aufrüstung.....	52
Japans potenzieller Aufbau einer Nuklearwaffen-industrie.....	52
Chinas komplexes Sicherheitsdilemma.....	52
Strategische Positionierungen im indopazifischen Raum zum Taiwan-Konflikt .....	54
<b>Afrika.....</b>	<b>57</b>
Der Einfluss externer Akteure im Sahel-Raum.....	57
Niger.....	60
<b>Unzufriedenheit und Spannungen am Halbkontinent .....</b>	<b>63</b>
Lateinamerikas emanzipatorische Tendenzen führen zu Spannungen mit den USA .....	63
Klimawandel belastet lateinamerikanische Wirtschaft .....	63
Ist Brasilien der Regionalplayer?.....	64
Kubas Reise in die Vergangenheit.....	64
Staatszerfall in Haiti .....	65
Autoritarismus in El Salvador gewinnt immer mehr Anhänger .....	65
Machtausbau des mexikanischen Präsidenten wird gebremst.....	66
Präsidenten- und Parlamentswahlen führen zu keinen Veränderungen auf der Karibikinsel und in Paraguay.....	66
Ukrainekonflikt spaltet den Halbkontinent .....	67

Abschluss des umstrittenen EU-MERCOSUR-Abkommens steht kurz bevor .....	67
<b>Cyber-Bedrohungslage .....</b>	<b>70</b>
Cyberschlacht um die Ukraine .....	70
Sandworm.....	70
Gamaredon.....	71
Turla .....	71
APT-28.....	71
APT-29.....	71
Hacktivist*innen auf beiden Seiten f*uhren weiter Cyberangriffe durch .....	71
NoName057(16).....	71
Chinesische Spionage – eine Bedrohung f*ur die EU .....	72
<b>EUrop*aische und globale Entwicklungen im Cyberraum .....</b>	<b>74</b>
EU Cyber-Resilience Act .....	74
EU Cyber-Solidarity Act .....	74
EU Cybersecurity Skills Academy .....	74
Internationale Entwicklungen – US Cybersicherheitsstrategie.....	74
Bewertung.....	75
Technologiebezogene Entwicklungen .....	75
EU-US TTC.....	75
EU-Indien TTC.....	76
<b>Bildnachweis .....</b>	<b>78</b>
<b>Kartenmaterial.....</b>	<b>79</b>
<b>Autoren.....</b>	<b>80</b>





Die US-Gegenküsten

## Die Bedeutung US-amerikanischer Geopolitik am Weg in die globale Konfrontation

Das Forschungsverständnis der vorliegenden Untersuchung ist theoriegeleitet-empirisch-analytisch-deskriptiv. Sie versucht die Rolle der beiden globalen Blöcke, einerseits des liberal-demokratischen Westens und andererseits des von China und Russland dominierten Block antiwestlicher Staaten, zu beschreiben, zu analysieren, zu kategorisieren und gegebenenfalls zu prognostizieren. Das Untersuchungsziel der vorliegenden Analyse ist es, unter besonderer Berücksichtigung US-amerikanischer geopolitischer Konzepte, die diesen globalen Konflikt dominierenden und steuernden Akteure und deren geopolitischen Konfliktziele zu identifizieren. Wer sind die treibenden Kräfte hinter den regionalen und globalen Aspekten dieses Konfliktes? Darauf aufbauend wird die ergänzende Frage gestellt, welche Konfliktziele diese Akteure haben. Die vorliegende Analyse folgt dabei methodisch einem hermeneutischen Ansatz.

Die globale geopolitische Lage stellt sich weiterhin als konfrontativ dar. Der liberal-demokratische Westen steht dabei dem illiberal autoritären Block in einer asymmetrischen Bipolarität gegenüber. Der illiberal autoritäre Block stellt die vom Westen entwickelte und dominierte Weltordnung zumindest in Teilen und in seiner derzeitigen Form in Frage. Die beiden zentralen Protagonisten, China und Russland, wollen dabei in ihrem Raum regionale Dominanz erhalten oder erlangen. Der Westen wiederum möchte seinen globalen Dominanzanspruch nicht nur wahren, sondern seinen eigenen Machtbereich weiter ausdehnen. Beide Blöcke zeigen dabei Anzeichen eines neokolonialen Verhaltens. Die gegnerischen Blöcke steuern daher weiter auf eine globale Konfrontation zu. An der europäischen Grenze manifestiert sich diese Auseinandersetzung im Ukrainekrieg und an der asiatischen Pazifikküste droht dieser Konflikt in den nächsten Jahren an der Taiwan-Frage zu eskalieren. Insbesondere die Auswirkungen US-amerikanischer Politik als Konflikt- oder Konfliktlösungsursache zu analysieren und zu bewerten ist dabei aufgrund der dominanten Rolle, welche die USA im Westen und auf globaler Ebene einnimmt, entscheidend. Nur so kann die Komplexität nicht nur des Ukraine-Konfliktes und -Krieges, sondern der gesamten internationalen Sicherheitspolitik begreifbar gemacht werden.

### Beherrschung Eurasiens durch die US-Gegenküstenstrategie

Der zentrale geopolitische Konflikt, um den es nicht nur im Ukraine-Konflikt, sondern auch im Taiwan-Konflikt schlussendlich geht, ist die Beherrschung Eurasiens.

Dabei unterscheiden sich die Ambitionen und Ziele des Westens und des chinesisch-russischen Blocks insoweit, dass der Westen seine globale Dominanz aufrechterhalten will, während Russland bzw. China genau diese globale Dominanz des Westens beenden wollen, um eine regionale Dominanz in ihrem eigenen strategischen Umfeld (wieder)herstellen zu können. Der US-amerikanische Politologe Hal Brands hat kürzlich festgehalten, dass in den letzten hundert Jahren *„Washingtons wichtigste Aufgabe als Supermacht darin bestand, die Welt im Gleichgewicht zu halten, indem Eurasiens geteilt blieb. Jetzt führen die Vereinigten Staaten wieder eine Koalition demokratischer Verbündeter an den Rändern Eurasiens gegen eine Gruppe zentral gelegener Rivalen an.“*

Ergänzend muss in diesem Zusammenhang auch die Erklärung des US-amerikanischer Geostrategen George Friedman verstanden werden, der schon vor einigen Jahren festgehalten hatte, dass *„das primäre Interesse der USA - wofür wir seit einem Jahrhundert Krieg führen, Erster und Zweiter Weltkrieg und Kalter Krieg - die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland waren. Weil vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann.“* Die durch den Ukrainekonflikt (wieder) ausgelöste Feindschaft zwischen dem Westen und Russland sowie dessen Verbündete, ist die Grundlage für die Fortführung der US-amerikanischen Strategie, keinen potentiellen eurasischen Rivalen aufkommen zu lassen.

Geopolitik beschäftigt sich mit politischen Phänomene, die von geographischen Kausalfaktoren bedingt sind. Geopolitische Fragen sind somit die Einflüsse, die geographische Gegebenheiten und Dynamiken auf politische Entwicklungen haben, wobei das Hauptinteresse auf außen- und sicherheitspolitischen Entwicklungen liegt. Das raumbezogene, sicherheitspolitische Agieren vor allem von Großmächten wird dabei als Geostrategie bezeichnet. US-amerikanisches geopolitisches und geostrategisches Denken erfolgt dabei nicht im luftleeren theoretischen Raum. Das aktuelle geopolitische und geostrategische Denken der USA ist vielmehr die Fortführung einer langen Tradition, deren theoretische Grundlagen bereits vor und während des 2. Weltkrieges entwickelt worden sind. Die zentrale global relevante geopolitische Frage ist die Gegenküstenstrategie der USA. Sie basiert auf zentralen Thesen von Nicholas J. Spykman. Seine Geostrategie, welche er bereits 1944 im Werk *„The Geography of the Peace“* vorgestellt hatte, ist, dass das Mächtegleichgewicht in Eurasiens die Sicherheit der USA unmittelbar betrifft. Spykman hat dazu Halford Mackinders Heartland Theorie weiterentwickelt. Er betont die strategische Bedeutung maritimer Gebiete und Küsten, denn das sogenannte euroasiatische Herzland wäre nicht in der Lage, mit den USA als Seemacht zu konkurrieren. Spykman gesteht dem Herzland zwar eine einzigartige Verteidigungsposition zu - aber nicht mehr.

Besondere Relevanz haben in Spykmans Theorie die sogenannten Randländer, die zwischen dem Herzland und den Seemächten liegen. Das grundlegende Sicherheitsproblem dieser Randländer ist, dass sie Pufferzone zwischen den Landmächten und den Seemächten sind und sich grundsätzlich gegen beide verteidigen müssen. Gleichzeitig sind die Randländer von entscheidender Bedeutung für die Kontrolle des Herzlandes. Spykman folgert daraus, dass *„wer die Randländer kontrolliert, beherrscht Eurasien. Wer Eurasien beherrscht, bestimmt das Schicksal der Welt.“* Spykman empfahl der US-Politik daher international aktiv zu sein und diesen geographischen Schlüsselraum zu beeinflussen. Konkret sollten die USA in Eurasien, insbesondere in dessen Randländern einen geopolitischen Pluralismus herstellen und aufrechterhalten. Dies wird seit Ende des 2. Weltkrieges und bis heute durch die Gegenküsten-Strategie realisiert. Die USA gehen davon aus, dass nur die Beherrschung ihrer Gegenküsten eine nachhaltige Verteidigung nicht nur der europäischen Partner einerseits und der asiatischen Verbündeten andererseits, sondern vor allem der USA selbst sicherstellt. Durch die Gegenküstenstrategie verhindern die USA, dass das eigene Land selbst zu einem Kriegsschauplatz werden kann und gleichzeitig garantiert sie die Aufrechterhaltung der globalen Dominanz der USA. Dazu wollen sie weiterhin nicht nur den amerikanischen Kontinent, sondern auch die europäische und asiatische Gegenküste dominieren. Die NATO ist für die USA dabei die institutionelle Grundlage sowohl für die permanente Präsenz US-amerikanischer Truppen an der atlantischen Gegenküste als auch die Möglichkeit, europäische Angelegenheiten zu beeinflussen. Wenn auch die institutionellen Strukturen anders sind und die eigene Rolle primär bilateral abgesichert ist, verfolgen die USA auch an ihrer asiatischen Gegenküste eine vergleichbare Politik. Auch diese garantiert die US-Präsenz an der pazifischen Gegenküste.

Auch spätere US-amerikanische Theoretiker der Geopolitik erstellten auf dieser Grundlage ihre sicherheits- und geopolitischen Empfehlungen. Von besonderem Interesse ist dabei Zbigniew Brzeziński, ein US-amerikanischer Geopolitiker polnischer Abstammung. Brzezińskis primäres Erkenntnisinteresse galt der Formulierung praktischer Strategieempfehlungen für das Konzept einer Weltordnung unter US-amerikanischer Führung. Wie bereits bei Spykman hat die Weltinsel dabei eine entscheidende Bedeutung für sein Weltbild. So stellt Brzeziński fest, dass es Ziel US-amerikanischer Politik sein müsse, keinen Herausforderer aufkommen zu lassen, der den eurasischen Kontinent unter seine Herrschaft bringen und damit auch für Amerika eine Bedrohung darstellen könnte. Amerikas primäres Interesse ist es daher, sicherzustellen, dass keine einzige Macht den

geopolitischen eurasischen Raum dominiert und die globale Gemeinschaft ungehinderten Zugang zu diesen hat, wie Brzeziński in einem seiner bekanntesten Werke, dem 1997 veröffentlichten *„The Grand Chessboard: American Primacy and its Geostrategic Imperatives“*, schreibt.

Das Ende des Kalten Krieges und der Zusammenbruch der UdSSR hatten eine neue Ausgangssituation für geopolitische Überlegungen geschaffen. Nicht nur hatten die vormaligen osteuropäischen Alliierten sich von der Sowjetunion getrennt, sondern auch das sowjetische Imperium war zusammengebrochen und hatte sich in 15 Staaten aufgelöst. Auf dieser Grundlage knüpfte Brzeziński an die theoretischen Überlegungen von Spykman an. Wie relevant Brzezińskis Analysen und Handlungsempfehlungen dabei sind, zeigt die von ihm definierte Rolle der Ukraine. Die Ukraine ist bei Brzezińskis Überlegungen am Kreuzungspunkt des zentralen mittleren Raumes sowie der westlichen und südlichen Randzonen gelegen. Brzeziński bezeichnet die Ukraine als eines der bedeutendsten Länder auf dem eurasischen Schachbrett. Sie ist deshalb einer der wichtigsten geopolitischen Dreh- und Angelpunkte, da ohne die Ukraine Russland aufhört ein eurasisches Reich zu sein. Russland könne zwar trotzdem nach einem imperialen Status streben, würde aber dann ein vorwiegend asiatisches Reich werden, das aller Wahrscheinlichkeit nach in lähmende Konflikte mit den aufbegehrenden Staaten Zentralasiens hineingezogen werden würde. Wenn allerdings Moskau die Kontrolle über die Ukraine gewinnt, würde Russland automatisch wieder die nötigen Mittel gewinnen ein leistungsfähiger imperialer Staat zu werden, der Europa und Asien verbindet. Damit die Ukraine jedoch als unabhängiger Staat überlebt, sollte es Teil von Mitteleuropa und nicht von Eurasien werden. Dazu muss es jedoch nach den Vorstellungen Brzeziński Teil der NATO und der EU werden. Der wichtigste Punkt für Brzeziński ist dabei, dass Russland nicht Teil Europas sein kann, ohne dass die Ukraine Teil Russlands ist, hingegen die Ukraine auch ohne Russland Teil Europas sein kann. Auf diese Weise wird das schon zuvor zitierte Ziel US-amerikanischer Politik verwirklicht, keinen Herausforderer aufkommen zu lassen, der den eurasischen Kontinent unter seine Herrschaft bringen und damit auch für Amerika eine Bedrohung darstellen könnte. Gleichzeitig dient ein größeres Europa und eine erweiterte NATO kurz- und langfristig US-amerikanischen Interessen. Ein größeres Europa erweitert den US-amerikanischen Einfluss und die Aufnahme neuer mitteleuropäischer Mitglieder sollte die Anzahl der pro-amerikanischen Staaten in der EU steigern – ohne gleichzeitig ein Europa zu schaffen, das politisch so integriert wäre, dass es in absehbarer Zeit die USA in geopolitischen Fragen herausfordern könnte. Soweit Brzeziński 1997. Die vorhin dargelegten Analysen von Friedmann oder Brands schließen nahtlos an diese

Überlegungen an. Dies zu verstehen, sollte vor allem für europäische Sicherheitspolitiker essentiell sein. Denn europäische Staaten und Institutionen sind in diesem Denken nicht Akteure, sondern Objekte der US-Geostrategie im Allgemeinen und der US-amerikanischen Ukraine-Politik im Speziellen. Vorteilhaft für die USA ist dabei, dass Europa grundsätzlich auch geführt werden will, und europäische Eliten und Öffentlichkeit nur die Illusion hegen wollen, dass sie gleichberechtigte Partner seien. Diese Illusion wurde von US-Präsident Donald Trump deutlich gestört, von Joe Biden inzwischen mehr oder weniger wieder gepflegt. Substantiell ist Europa in dieser globalen Geostrategie jedoch klar als Objekt zu betrachten. Hal Brands hat korrekt erkannt, dass es bei allen großen Konflikten der Neuzeit um Eurasien ging, wo duellierende Koalitionen um die Vorherrschaft über diesen Superkontinent und die ihn umgebenden Ozeane kämpften. Dieser Konflikt ist wieder ausgebrochen und die Zeichen deuten darauf, dass zumindest ein Kalter Krieg 2.0. droht. Aber auch die Wahrscheinlichkeit eines direkten bewaffneten Konfliktes zwischen den beiden Blöcken hat massiv zugenommen.

Die globale geopolitische Lage stellt sich weiterhin als konfrontativ dar. Der liberal-demokratische Westen steht dabei dem illiberal autoritären Block in einer asymmetrischen Bipolarität gegenüber. Der zentrale geopolitische Konflikt, um den es nicht nur im Ukraine-Konflikt, sondern auch im Taiwan-Konflikt schlussendlich geht, ist die Beherrschung Eurasiens. Dabei unterscheiden sich die Ambitionen und Ziele des Westens und des chinesisch-russischen Blocks insoweit, dass der Westen seine globale Dominanz aufrechterhalten will, während Russland bzw. China genau diese globale Dominanz des Westens beenden wollen, um eine regionale Dominanz in ihrem eigenen strategischen Umfeld (wieder)herstellen zu können. Die Zeichen deuten darauf, dass zumindest ein Kalter Krieg 2.0. droht. Aber auch die Wahrscheinlichkeit eines direkten bewaffneten Konfliktes zwischen den beiden Blöcken hat massiv zugenommen.

### **Der Krieg zwischen dem Westen und Russland**

Die Erfahrungen in der Ukraine-Krise berücksichtigend, muss jedoch bezweifelt werden, dass die EUropäische Führung einschätzen kann, welche Konsequenzen ihre Mitwirkung an einer zusehends konfrontativen Politik im globalen Rahmen haben wird. Die sicherheitspolitischen Eliten der USA hoffen jedenfalls darauf, dass der

Ukraine-Krieg Russland schwer schädigt und „ausblutet“. Gleichzeitig sollen die USA selbst ihre zentrale Bedeutung für den Westen wiederentdecken, und die westlichen Staaten sich dieser Führung willig unterordnen. Dieser solcherart geeinte Westen sollte dabei eine für die absehbare Zukunft geeinte und gestärkte liberal-demokratische Gemeinschaft sein. Es zeichnet sich ab, dass diese US-amerikanischen Hoffnungen sich sehr wahrscheinlich erfüllen werden. Einige osteuropäische Staaten, aber auch die traditionellen Atlantiker unterstützen diesen Prozess vehement.

Wie schon zuletzt (siehe ISS 1/2023, 9-10) dargelegt, versuchen Teile der westlichen Welt sich konsequenter von China, Russland und anderen autoritären Ländern abzukoppeln. Wirtschaftspolitisch erfolgt dies durch "Friendshoring", der Verstärkung des Handels mit befreundeten bzw. verbündeten Ländern. Friendshoring ist ein Konzept, das Lieferkettennetze auf Verbündete und befreundete Länder beschränkt und Risikobewertungen explizit geopolitische Aspekte berücksichtigen. Dies ist eine massive Abkehr von bisherigen liberalen Vorstellungen, durch wirtschaftliche Interdependenz und internationale Institutionen das Verhalten von Staaten zu mäßigen und somit Sicherheit und Stabilität in den internationalen Beziehungen zu erzeugen. Nunmehr werden wirtschaftliche Rahmenbedingungen wie Lieferketten zu sicherheitspolitischen Instrumenten im Wettbewerb der Staaten. Der Ukrainekonflikt hat das sicherheitspolitische Umfeld in Europa umgestaltet und ihm Merkmale verliehen, die an den Kalten Krieg erinnern. Der Krieg in der Ukraine wird sich höchstwahrscheinlich in die Länge ziehen und zum Zentrum eines langwierigen Konflikts zwischen Russland auf der einen Seite und dem Westen auf der anderen Seite werden. Vor allem die Hardliner des Westens werden dabei den Konflikt mit Russland bis knapp unter die Schwelle eines direkten militärischen Konflikts eskalieren. In diesem Bedrohungsumfeld verschwimmen die klaren Grenzen zwischen Frieden, Krise bzw. Krieg und Überschneidungen zwischen diesen Aggregatzuständen werden auftreten.

Der offene Krieg zwischen Russland und der Ukraine tobt nunmehr seit 16 Monaten, der halb verdeckte schon seit neun Jahren. Aus westlich/europäischer Perspektive trägt Russland nicht nur die alleinige und vollumfängliche Schuld am Ausbruch dieses Krieges, sondern auch in verbrecherischer Art und Weise am Verlauf dieses Krieges. Auf Grundlage der Berichterstattung und der Mythen, welche Russland, die Ukraine und den Ukrainekrieg umgeben, ist dies emotional durchaus nachvollziehbar. Es ist daher eine spezielle Herausforderung sich in dieser (pseudo-intellektuellen) Atmosphäre den Geschehnissen empirisch-analytisch zu nähern. Wie schon ausführlich dargelegt (siehe beispielsweise ISS 2/2022, 9-19 und 1/2023, 9-11) ist es

jedoch eine Fehleinschätzung, dass nur der militärische Angriff Russlands sowohl der Auslöser der globalen und europäischen Konfrontation im Generellen und des Ukrainekrieges im Speziellen war. Geopolitische und ideologische Gegensätze zwischen dem Westen und Russland schufen einen äußeren Rahmen, der die russisch-ukrainischen Positionen so unvereinbar machten, dass eine bewaffnete Auseinandersetzung schlussendlich unvermeidbar war.



Die Kriegsbegeisterung hat auch längst deutsche Medien erfasst. Die wichtigste deutsche Boulevardzeitung „Bild“ berichtet am 8. Juni 2023 begeistert: „*Erstmals wurden die deutschen Kampfpanzer auf dem Schlachtfeld gesichtet, sie nehmen den Kampf gegen die russischen Invasoren auf. Die Offensive läuft!*“

Durch die nach langem Druck westlicher Partner realisierte Lieferung deutscher Kampfpanzer wird Europa und insbesondere Deutschland auch symbolisch stärker in den Ukraine-Krieg involviert. Nicht zufälligerweise verzögert sich hingegen die Lieferung US-amerikanischer Kampfpanzer. Dabei geht es vor allem um die Macht der Bilder, da natürlich weiterhin die USA mit fast 30 Mrd. USD der mit Abstand wichtigste Rüstungslieferant der Ukraine sind. Durch die Symbolik des Einsatzes deutscher Kampfpanzer wird aber nicht nur der Kampf der Ukraine unterstützt, sondern auch ein weiterer Schritt zur nachhaltigen Zerstörung der deutsch-russischen Beziehungen gesetzt.

Zusehends werden aber auch westliche Mächte bzw. der Westen als gemeinschaftliches Konstrukt zwar nicht völkerrechtlich, aber realpolitisch zur Kriegspartei. Es ist dabei davon auszugehen, dass der Westen und Russland langfristig in einen intensiven Konflikt verharren werden. Dabei werden beide Seiten verschiedene und zahlreiche Mittel einzusetzen, um den Gegner zu schädigen. Auch wenn nach Einschätzung des wissenschaftlichen Dienstes des deutschen Bundestages selbst Deutschland dabei inzwischen „den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen“ hat, haben sowohl der Westen als auch Russland weiterhin kein Interesse an einer direkten militärischen Auseinandersetzung. Da davon auszugehen ist, dass andere NATO-Staaten noch unmittelbarer die ukrainische Kriegsführung beispielsweise durch Lage- und Zielaufklärung unterstützen, scheint klar zu sein, dass diese Staaten

kriegsführende Konfliktparteien sind. Aber dieser Aspekt ist derzeit maximal von akademischen Interesse. Da diese Kriegsbeteiligung nicht offiziell eingestanden wird und realpolitisch keine Konfliktpartei Interesse an einem solchen Status hat, wird in der Fiktion der unmittelbaren Nicht-Beteiligung verblieben.

### Konventionelle und nukleare Bedrohung

Eine konventionelle Bedrohung durch Russland ist für den Westen trotz zahlreicher Mängel und Probleme in den westlichen Streitkräften aktuell nicht gegeben. Umgekehrt sind aufgrund der mangelhaften Finanzierung in den vergangenen Jahren die westlichen Armeen – abgesehen von den US-amerikanischen Streitkräften – auch nur begrenzt offensivfähig. Dennoch ist aufgrund der Bindung der Masse der russischen Präsenzkraften am ukrainischen Kriegsschauplatz Russland potentiell auch durch gegnerische konventionelle Kräfte vulnerabel. Da Russland jedoch weiterhin nuklear voll handlungsfähig ist, bleibt auch diese begrenzte konventionelle Bedrohung nur theoretischer Natur. Faktisch verhindert somit vor allem die wechselseitige nukleare Abschreckung eine direkte militärische Konfrontation. Die russischen Atomwaffen haben dadurch momentan eine massiv deeskalierende Wirkung, verhindern sie doch eine direkte militärische Auseinandersetzung des Westens mit Russland. Die traditionelle Abschreckungstheorie geht dabei davon aus, dass durch die nukleare Bewaffnung zweier Konfliktparteien ein sogenanntes Gleichgewicht des Schreckens entsteht. Dieses senkt aufgrund der potentiellen Selbstgefährdung durch einen potentiellen nuklearen (Gegen-)Angriff des Gegners, die Bereitschaft zu einer militärischen Auseinandersetzung massiv. Dadurch wird die Sicherheit zwischen den Konfliktparteien erhöht. Die Theorie der nuklearen Abschreckung ist aber von der Berechenbarkeit des jeweiligen Gegners abhängig. Diese Berechenbarkeit wird einerseits durch wechselseitige Transparenz oder die Fähigkeit der entsprechenden Überwachung des Gegners, andererseits durch die Frage der Rationalität bestimmt. Denn der Einsatz von Nuklearwaffen hängt davon ab, wo der jeweilige Gegner seine roten Linien zu deren Einsatz legt. Theorien der nuklearen Abschreckung versuchen Fragestellungen dieser roten Linien und der Signale und Kommunikation zwischen (potentiellen) nuklearen Gegnern zu ergründen. Voraussetzung für diese meist spieltheoretischen Ansätze sind jedoch rationale Akteure. Dieser Aspekt ist zu beachten, wenn beispielsweise Janusz Bugajski, Senior Fellow der Jamestown Foundation, in seinem jüngst veröffentlichten Buch „Failed State: A Guide to Russia’s Rupture“ eine zukünftige Zerschlagung des russischen Reiches empfiehlt. Aber auch auf politischer Ebene befürwortet beispielsweise die polnische EU-Abgeordnete und ehemalige Außenministerin Anna

Fotyga, die Auflösung der Russischen Föderation, da dies einen Sicherheitsgewinn für Europa und Zentralasien bringen würde. Sie glaubt, dass neue prowestliche Staaten entstehen könnten, welche die Stabilität der Region erhöhen würden. Und auch jenseits des Atlantik beschäftigt man sich bereits detailliert mit solchen Szenarien. Der Politikwissenschaftler Alexander Motyl hat beispielsweise im Januar 2023 eine entsprechende Analyse im *Foreign Policy* vorgenommen und schlussgefolgert, dass eine starke westliche Unterstützung nicht nur für die Ukraine, sondern auch ein „befreites“ Weißrussland und Kasachstan eine Garantie dafür wäre, dass ein Zusammenbruch Russlands nicht in einer Katastrophe endet.

Was die meisten Protagonisten der Zerschlagung Russlands, aber auch die, welche eine solche nur in Kauf nehmen, außer Acht lassen ist, dass bei einem solchen Szenario eventuell eine Vielzahl instabiler und unter Umständen miteinander und mit äußeren Gegnern kämpfende Nuklearmächte entstehen könnten, deren Rationalität externen Beobachtern und Nachrichtendiensten nicht mehr klar ist. Auch die Gefahr des weiteren Eskalationspotentials bei einer anvisierten vollständigen Niederlage Russlands im Ukraine-Krieg wird von vielen, jedenfalls den Hardlinern des Westens ignoriert. Denn nicht nur eine Zerschlagung Russlands stellt ein Spiel mit dem nuklearen Feuer dar. Gemäß den „*Grundsätzen der Politik der Russischen Föderation über nukleare Abschreckung*“ vom 2. Juni 2020 kann bereits ein konventioneller Angriff auf Russland, der „*die Existenz des Staates in Gefahr bringt*“, den Einsatz von Atomwaffen auslösen. In diesem Zusammenhang ist es aber vollkommen unklar, wann diese rote Linie überschritten wird. Ist der Versuch, die Krim militärisch zurückzuerobern eine solche existentielle Bedrohung? Wird generell die Bedrohung der territorialen Integrität als existentiell interpretiert? Oder ist das Überleben des derzeitigen Regimes existentiell? Ohne diese Fragen hier beantworten zu können, ist dennoch unbestreitbar, dass das nukleare Risiko seit Jahrzehnten nicht größer war. Nur beispielhaft hat zuletzt Sergei Markov, ehemaliger Berater von Wladimir Putin und Direktor des Instituts für politische Studien (Институт политических исследований), in einer ersten Aufarbeitung der Wagner-Meuterei eine Intensivierung des Krieges vorgeschlagen und dabei auch den Einsatz taktischer Atomwaffen in den Raum gestellt, um den Ukraine-Krieg für Russland zu entscheiden.

Aber nicht nur in Europa, auch in Asien wächst die nukleare Bedrohung. Barbara Farkas analysiert daher – neben strategischen Überlegungen zur Taiwan-Frage – in ihrem Beitrag über den indo-pazifischen Raum (ab Seite 45) auch die Nuklearoptionen vor allem der asiatischen US-Verbündeten.

## Die Nicht-Rolle Europas

Eine eigenständige sicherheitspolitische Rolle Europas bzw. der westeuropäischen Staaten ist dabei nicht zu erwarten – strategisch wird Europa im Zuge dieses Prozesses (weiter) marginalisiert. Eine eigenständige Rolle Europas wird auch von den meisten europäischen Akteuren gar nicht gewünscht. Dies hat sich (wieder einmal) deutlich gezeigt, als der französische Staatspräsident Emmanuel Macron nach seinem Staatsbesuch in China in einem Interview Anfang April 2023 bezüglich des Taiwan-Konfliktes erklärt hatte, dass es *„das Schlimmste wäre zu denken, dass wir Europäer bei diesem Thema Mitläufer sein sollten und uns an den amerikanischen Rhythmus und eine chinesische Überreaktion anpassen sollten.“* Für Macron wäre es ein Fehler, wenn Europa anstatt seine eigene strategische Position zu definieren, in fremden Krisen gefangen wäre. Europa drohe laut Macron ein Vasallenstatus bzw. zwischen den USA und China aufgerieben zu werden. Europa sollte jedoch vielmehr ein dritter Pol sein. Macrons Äußerungen sollten eigentlich nicht überraschen, entsprechen sie doch französischer und seiner eigenen Tradition, vor allem gegenüber dem US-amerikanischen Partner eine gewisse Distanz einzunehmen und zumindest den Anschein der französischen und europäischen Eigenständigkeit zu wahren. Viel interessanter als Macrons Aussagen selbst, waren jedoch die Reaktionen in Europa. Macron wurde von zahlreichen Kritikern nicht nur vorgeworfen mit seiner Außenpolitik Frankreichs Partner zu verraten, sondern auch einen chinesischen Angriff auf Taiwan wahrscheinlicher zu machen. Auch würde durch Macrons Forderung der Ansatz einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik zerstört. Der Schaden für die Achse Paris-Berlin-Warschau wäre enorm. Nur beispielhaft kommentierte Alexander Görlach, Senior Fellow an der New York University, dass Paris nunmehr *„die Freundschaft mit seinen europäischen Partnern gegen eine Allianz mit der chinesischen und der russischen Diktatur“* tausche. Ja selbst die Europäische Union als solches wäre durch Macrons Aussagen gefährdet. Aber selbst europäische Akteure, die ihn in Schutz nahmen, wie der niederländische Premier Mark Rutte, der Macron in seiner Forderung nach mehr strategischer Souveränität Europas zustimmte, erklärten, dass dies keine Schwächung des Bündnisses mit den USA sein dürfe. Europa sei ein zuverlässiger und fester Verbündeter der USA. *„Das transatlantische Band ist essenziell,“* erklärte Rutte. Während der Westen somit unter US-amerikanischer Führung trotz einzelner kritischer Stimmen derzeit erstaunlich geschlossen gegen Russland und in Teilen auch China wirksam wird, wird Europa in der Frage einer europäischen Verteidigungsdimension weiterhin keine koordinierte oder konsistente Position einnehmen. Manche europäischen Akteure sehen die Veränderung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

(GSVP) weg von der Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität in anderen Teilen der Welt hin zur Verteidigung des EU-Raums zwar als Chance, die GSVP zu forcieren. Realistischerweise werden aber die europäischen Staaten, die einerseits eine Dominanz anderer europäischer Staaten fürchten und ablehnen und daher eine Führung durch die außereuropäische USA bevorzugen sowie andererseits in militärischen Fragen der Macht der USA mehr vertrauen als den europäischen Partnern, eine Stärkung der GSVP auf Kosten der NATO zu verhindern wissen.



Der US-amerikanische Lenkwaffenkreuzer USS Antietam erhält Treibstoff vom US-Flugzeugträger USS Ronald Reagan während eines Manövers im Südchinesischen Meer am 17. Juni 2023.

Der Außenbeauftragte der EU, Josep Borrell, forderte zuletzt ein deutliches Signal an China. Auch „die europäischen Marinen“ sollten „in der Taiwanstraße [...] patrouillieren, um Europas Engagement für die Freiheit der Schifffahrt in diesem absolut entscheidenden Bereich unter Beweis zu stellen“. Die EU und die europäischen Staaten sollen damit tiefer in den Taiwan-Konflikt verstrickt werden – aus einem Konflikt zwischen den USA und China soll ein Konflikt zwischen dem Westen und China werden.

### Der anti-westliche Block

Die Einigung des Westens erfolgt jedoch zu einem hohen Preis. Sie wird nicht nur – pathetisch gesprochen – durch russisches und ukrainisches Blut auf den ostukrainischen Schlachtfeldern geschrieben – sondern auch von einer nachhaltigen Feindschaft mit den autoritären Regimen Eurasiens und der Gegnerschaft mit den meisten autoritativen Staaten des Globalen Südens begleitet. Diese Staaten sowie auch einzelne dem Westen gegenüber distanzierte demokratische Staaten des Globalen Südens werden sich in unterschiedlich starken Allianzen gegenüber dem Westen positionieren. Und es werden sich nicht nur die vom Westen gebrandmarkten Paria-Staaten Iran und Nordkorea der chinesisch-russischen Achse annähern, sondern auch Regionalmächte, welche die vom Westen dominierte Globalordnung als neokolonial betrachten. Die kommenden Monate und Jahre werden zeigen, welcher

Block Staaten wie Brasilien, Südafrika, Saudi-Arabien, Indien und andere enger an sich binden können wird. Grundsätzlich ist zwar davon auszugehen, dass der autoritative anti-westliche Block diffuser und lockerer verbunden sein wird, er wird jedoch ein relevantes Gegengewicht zu den globalen Machtambitionen des Westens sein. Es ist dabei auch anzunehmen, dass diese Staaten zukünftig wirtschaftlich enger zusammenarbeiten werden, um die (Sanktions-)Macht des US-Dollars und der westlichen Wirtschaft zu reduzieren. Derzeit scheint es, dass sich der Westen und insbesondere Europa nicht bewusst sind, dass dieser sich weiter entwickelnde anti-westliche Block geschlossener und potentiell gefährlicher ist als jegliche Bedrohung, die seit dem Ende des Kalten Krieges erkennbar war. Neben Staaten, die sich mehr oder weniger offen grundsätzlich dem anti-westlichen Block anschließen werden, ist auch davon auszugehen, dass einzelne Staaten in opportunistischer Weise als „Swing-States“ lagebedingt mehr oder weniger Teil eines Blocks sein werden, oder sich anlassbezogen einem der Blöcke nähern.

### Konfliktträume

Neben der Ukraine und Taiwan werden in absehbarer Zukunft auch weitere Konfliktträume Teil der globalen Blockkonfrontation sein. Die Spannungen zwischen Russland und dem Westen werden auch auf die Arktis übergreifen und die militärische Präsenz in der Region erhöhen. Die zusehends wichtiger werdenden Seewege über diesen Raum sind dabei sowohl für Russland als auch China von großem Interesse, da diese die geostrategische Einhegung bzw. Abschottung durch den Westen erschweren. Daher ist davon auszugehen, dass sowohl Russland als auch China diesen Raum militärisch absichern wollen. Es wird interessant zu beobachten sein, wie und ob Russland und China dabei zusammenarbeiten werden. Es ist natürlich davon auszugehen, dass der Westen, sowohl zur weiteren Abschottung der beiden Rivalen, als auch zur Absicherung eigener territorialer Interessen, den russischen und chinesischen entsprechende eigne militärischen Maßnahmen entgegensetzen wird. Daher ist auch in diesem Raum mit einem weiteren Anstieg der Spannungen zu rechnen. Die strategische Lage in der Arktis stellt dabei ein klassisches Beispiel eines Sicherheitsdilemmas dar. Ein solches bezeichnet eine Situation, in der das Beharren mehrerer internationaler Akteure auf ihre eigenen sicherheitspolitischen Interessen und das daraus resultierende Handeln letztendlich zu einer strategischen Instabilität führt.

Unabhängig oder zumindest nicht in direktem Zusammenhang mit diesen global-politischen Konfrontationen, kämpfen weiterhin viele Länder im MENA-Raum und in Afrika mit Instabilität, die sich

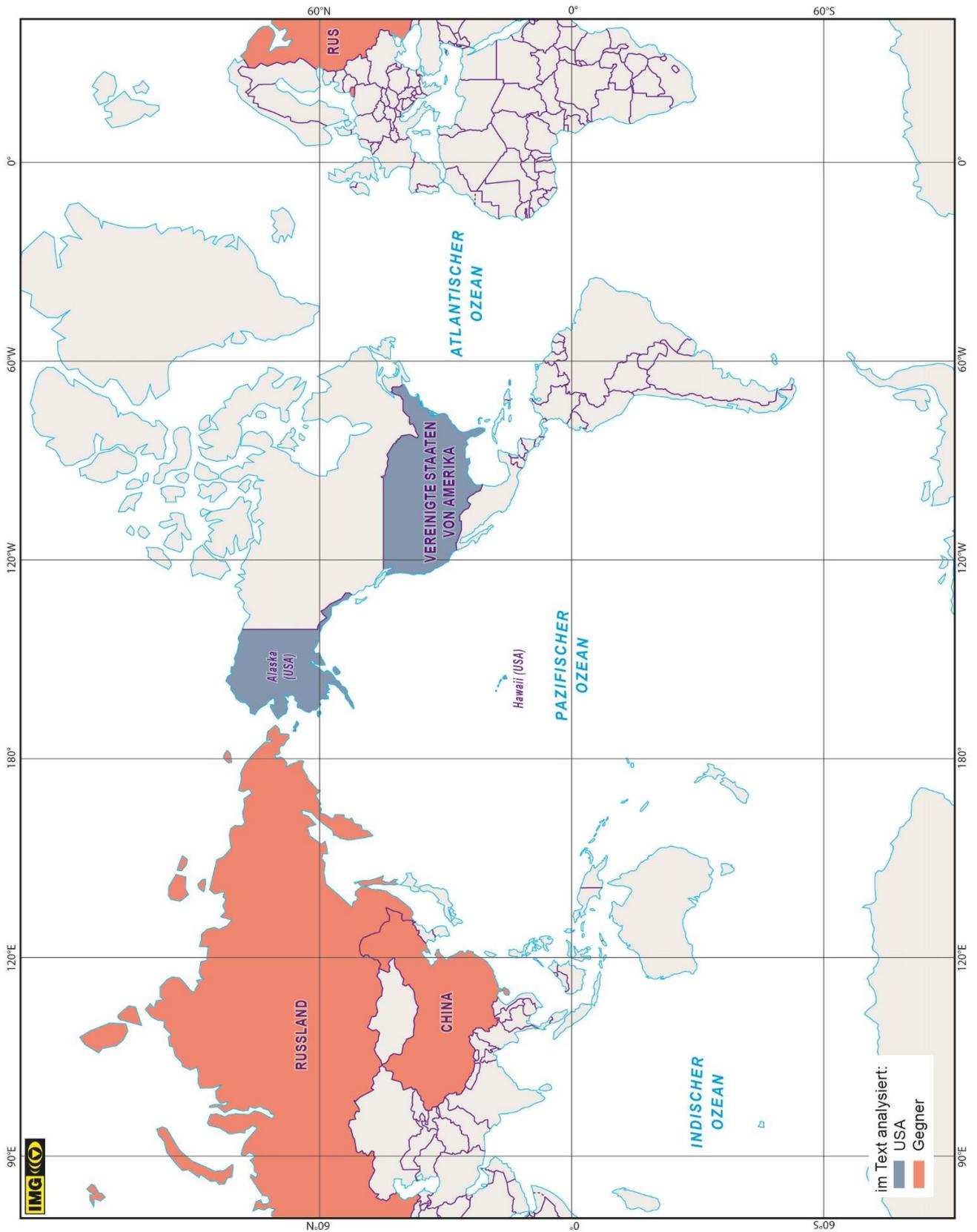
durch die Auswirkungen des Ukrainekrieges und den Nachwirkungen der COVID-19-Krise noch verschärft haben. Diese Entwicklung bietet den Rahmen für das Erstarken terroristischer Gruppen und für einen prolongierten Migrationsdruck auf Europa. Auch wenn aktuell aus den Schlagzeilen verschwunden, ist Europa nach wie vor einer erheblichen terroristischen Bedrohung ausgesetzt - sowohl durch Einzeltäter als auch Netzwerke mit militantem islamistischem Hintergrund. Gleichzeitig schwindet die Bedeutung des Westens im MENA-Raum und in Afrika. Dem Westen wird u.a. vorgeworfen, nicht nur durch seine wirtschaftliche Macht, sondern auch durch die Auswirkungen des Wirtschaftskrieges gegen Russland dem Globalen Süden den Zugang zu Nahrungsmitteln zu untergraben. Daher versuchte nur beispielhaft Mitte Juni 2023 eine Delegation afrikanischer Staatsschefs eine Friedensinitiative zwischen Russland und der Ukraine zu forcieren. Es ist aber nicht sehr wahrscheinlich, dass eine solche in den kommenden Monaten erfolgreich sein wird, da beide Seiten noch glauben, ihre Kriegsziele mit Waffengewalt erreichen zu können. Vor allem der Westen und die Ukraine werden versuchen die Schwächephase Russlands nach Prigoschins gescheiterter Meuterei zu nutzen, um ihre Kriegsziele zu erreichen. Die erwartete ukrainische Gegenoffensive hat dabei zwar bereits vor Wochen begonnen, bisher wurde jedoch maximal bataillonstarke kampfkraftige Aufklärung durchgeführt. Ein eventueller massiverer Ansatz war bisher noch nicht zu erkennen, wird gegebenenfalls aber in eine von den ukrainischen Streitkräften erkannte Schwachstelle der russischen Verteidigung gezielt werden. Militärstrategische und operative Entwicklungen erläutert Albin Rentenberger (ab Seite 39) detaillierter.

Aber auch abgesehen von der sich verstärkenden Nahrungsmittelkrise, welche überdies durch klimabedingte Ernteausfälle in Afrika selbst verstärkt wird, verweigern zahlreiche afrikanische Staaten die hegemoniale Rolle westlicher Staaten weiter anzuerkennen. Es wird sich weisen, inwieweit China und Russland willig und fähig sind, nachhaltig alternative Partner des Globalen Südens zu sein. Die verstärkte Rolle der beiden Widersacher des Westens ist bereits seit Jahren zu beobachten und wurde an dieser Stelle mehrfach analysiert. Es besteht aber in der nunmehr konfrontativeren und aggressiveren Auseinandersetzung zwischen den beiden global dominierenden Blöcken die Gefahr, dass im Globalen Süden Stellvertreterkonflikte, eventuell sogar Stellvertreterkriege entstehen. Dabei ist es aber offensichtlich auch eine Herausforderung für China und Russland ihre Interessen zu koordinieren, wie Lorenz Sack (ab Seite 53) beispielhaft aufzeigt. Wer übrigens davon ausgeht, dass der russische Einfluss in verschiedenen afrikanischen Ländern nach den innerrussischen Auseinandersetzungen rund um die Wagner-Gruppe sinken wird, sollte sich nicht allzu sehr

wundern, wenn er enttäuscht wird. Auch wenn derzeit schwer abschätzbar ist, ob und in welcher Form die Wagner-Gruppe eine Zukunft haben wird, ist mit der Fortführung ihrer Tätigkeit gegebenenfalls auch durch einen anderen russischen Akteur auszugehen. Aber auch im traditionellen Hinterhof der USA, Lateinamerika, wehren sich nicht nur immer mehr Staaten gegen das hegemoniale Verhalten der USA, sondern bieten auch Russland und vor allem China Ansätze, gegen die Interessen der USA wirksam zu werden. Alexander Panzhof berichtet (ab Seite 59) in seiner Lateinamerika-Analyse auch darüber.

Mehr und mehr wird auch der digitale Raum in diese Auseinandersetzungen miteinbezogen. Alle relevanten internationalen Akteure betreiben dabei nicht nur Cyberspionage, sondern führen (potentiell) auch Cyberangriffe gegen ihre Gegner. Die Folgen dieser Art von Angriffen werden aber immer gravierender, da die physische und die digitale Welt zunehmend verschmelzen. Ergänzend mischen sich bereits jetzt Cyber-Aktivist:innen, die teilweise von Staaten gesteuert oder koordiniert, aber teilweise auch völlig unabhängig von staatlichen Strukturen agieren, in internationale Konflikte ein und können potentiell und unkontrollierbar zur Verschärfung der Konflikte beitragen. Walter Unger und Daniel Wurm geben uns daher auch in dieser Ausgabe (ab Seite 66) Einblicke in die Sicherheitsprobleme des digitalen Raumes.

## **Herwig Jedlaucnik**



Vereinigte Staaten von Amerika

## Die westliche Welt.....

### Weltmacht USA

#### Zweieinhalb Jahre Biden-Administration

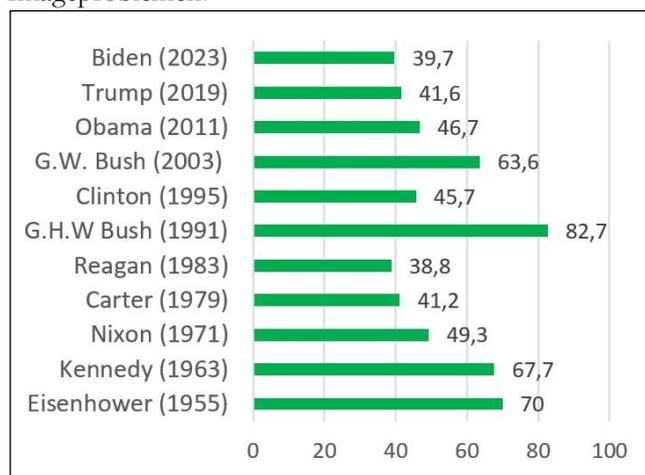
Die strategische Lage der internationalen Beziehungen ist maßgeblich vom Machtkampf mit China und Russland geprägt. Im Kampf um die globale Führungsrolle setzt die Biden-Administration weiterhin auf Stärkung der Allianzen zu Verbündeten und Alliierten sowie Aufrüstung und „integrierte Abschreckung“. Der Vorwahlkampf zu den anstehenden Wahlen im November 2024 hat begonnen und dominiert die politische Agenda.

#### Innenpolitische Entwicklungen

US-Präsident Joseph Biden kann auch nach zweieinhalb Jahren seiner Amtszeit auf eine vordergründig positive Bilanz blicken. Wesentliche Pakete seiner Vorhaben wurden umgesetzt. Der *Inflation Reduction Act* hat seine Wirkung nicht verfehlt und lockt aufgrund der üppigen Subventionen, niedrigen Steuern und Energiepreise auch internationale Investoren an. Zwar konnte das Zweiprozent-Ziel noch nicht erreicht werden, aber mit 4 % liegt die Inflationsrate auf dem niedrigsten Wert seit über zwei Jahren. Auch die Arbeitslosenquote beträgt niedrige 3,7 %, könnte jedoch nach Einschätzung von Experten auf 4,1 % bis Jahresende steigen. Weitere Erfolge konnte Biden bei der Aussetzung der Schuldenobergrenze sowie bei der Einwanderungspolitik erzielen. Im Gegensatz zum Rivalen Donald Trump wirkt sich Bidens Dokumentenaffäre nicht gegen ihn aus, denn der amtierende Präsident zeigte sich von Beginn an kooperativ gegenüber den ermittelnden Behörden. Die positive Bilanz wirkt sich dennoch nicht auf seine landesweite Unterstützung aus. Nach Umfragen vom Mai 2023 lag die Zustimmung zur Arbeit des Präsidenten bei 39 %. Die Ablehnungsrate betrug zum gleichen Zeitpunkt 57 % der Befragten. Zum Verhängnis wird dem 80-jährigen v.a. sein hohes Alter. Zweifel besteht daher v.a. über seine physische und psychische Eignung für das Präsidentenamt. Bidens Alter und seine fragliche Eignung als erneuter Präsidentschaftsbewerber sorgen seit Längerem für Debatten, auch in seiner eigenen Partei. Der Präsident weist Zweifel an seiner Person zurück und verweist auf den Vorteil der „Weisheit des Alters“. Auch beim Vergleich der durchschnittlichen Zustimmungswerte mit seinen Amtsvorgängern, liegt Biden im hinteren Feld.

Dennoch, Joseph Biden möchte eine zweite Amtszeit und kandidiert als Spitzenkandidat für die Demokraten bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen am 05. November 2024. Seine parteiinternen Gegenkandidaten,

u.a. Gretchen Whitmer oder Robert Francis Kennedy Jr., sind derzeit chancenlos. Die Demokratische Partei steht geschlossen hinter Joseph Biden und konzentriert sich auf die Wählerstimmen der Millionen Gemäßigten und Unentschlossenen. Um der offizielle Anwärter seiner Partei für die Präsidentschaftskandidatur zu werden, muss Biden noch formell bei den parteiinternen Vorwahlen, den *Presidential Primaries*, welche von Februar bis Juni 2024 stattfinden, bestätigt werden. Biden hat sich bereits darauf festgelegt, wieder mit seiner Stellvertreterin, Kamala Harris, in den Wahlkampf zu gehen. Die amtierende US-Vizepräsidentin wurde jedoch vermehrt in den Hintergrund gedrängt und kämpft mit Imageproblemen.



Zustimmung im 9. Quartal der US-Präsidentschaften

Bei einem „Ausfall“ stünden die Demokraten vor einem Dilemma, den innerhalb der Partei ist der Wahlkampf auf die Person Biden zugeschnitten. Die Spendenkampagnen sind bereits angelaufen. Schon in der laufenden Amtszeit wäre dieses *Worst-Case*-Szenario dramatisch. Als Vizepräsidentin müsste Kamala Harris bis zum Ende der Amtszeit vereidigt werden. Im 25. Zusatzartikel der US-Verfassung ist die Nachfolge, wenn ein Präsident stirbt, zurücktritt oder seines Amtes enthoben wird, geregelt. Trotzdem bleibt ihre Person umstritten und ihr Rückhalt innerhalb der demokratischen Eliten fraglich.

#### Zahlungsausfall abgewendet

Der aus zwei Kammern bestehende Kongress legt in unregelmäßigen Abständen eine Schuldenobergrenze für Staatsausgaben fest. Bereits Mitte Jänner 2023 wurde dieser Grenzwert von 31,4 Bio. USD erreicht. Daraufhin reagierte US-Finanzministerin Janet Yellen mit Notfallmaßnahmen, u.a. der Aussetzung von Pensionszahlungen, um die drohende Zahlungsunfähigkeit abzuwenden und die Regierungsfähigkeit bis zum 05. Juni 2023 zu gewährleisten. Die republikanische Opposition, welche seit den Zwischenwahlen 2022 über eine Mehrheit von

222 zu 212 Abgeordneten im Repräsentantenhaus verfügt, verweigerte über mehrere Monate ihre Zustimmung, um Kürzungen der aus ihrer Sicht ausartenden staatlichen Ausgaben zu erzwingen. Seit Jahrzehnten wurde die Schuldenobergrenze überparteilich und zeitgerecht angehoben oder ausgesetzt. Diesmal drohte das Prozedere in einen ideologischen Grabenkampf auszuarten, eine globale Finanzkrise und damit ein wirtschaftlicher Abschwung der USA standen im Raum.

Nur wenige Tage vor dem Eintreten des drohenden Zahlungsausfalles, einigten sich US-Präsident Joseph Biden und der republikanische Vorsitzende im Repräsentantenhaus, Kevin McCarthy, über einen parteiübergreifenden Kompromiss. Dieser beinhaltet v.a. eine Aussetzung der bei 31,4 Bio. USD fixierten Schuldenobergrenze bis 01. Jänner 2025, womit ein neuerlicher Disput in dieser Causa bis nach den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen 2024 verschoben ist. Gemäß der Übereinkunft werden die staatlichen Ausgaben, mit Ausnahme des Militärhaushalts, auf aktuellem Niveau eingefroren. Die republikanische Seite setzte eine Kürzung der Sozialleistungen hinsichtlich neuer Arbeitsanforderungen für Empfänger von Lebensmittelmarken und Familienbeihilfen durch. Die seitens der Demokraten erhoffte Erhöhung der staatlichen Einnahmen durch eine Vermögenssteuer scheiterte am Widerstand der Republikaner. Am 31. Mai 2023 konnte im Repräsentantenhaus eine Einigung dieses 99-seitigen Paragrafenwerks erzielt werden. Die überparteiliche Vereinbarung erhielt eine Zustimmung von 314 Angeordneten, 117 stimmten dagegen, vier enthielten sich.

Für McCarthy stand viel auf dem Spiel. Republikanische Hardliner, darunter Scott Perry, Chip Roy und Dan Bishop kündigten bereits Vergeltungsmaßnahmen an, einschließlich seiner Abwahl. Insbesondere, weil das überparteiliche *Congressional Budget Office* errechnete, dass die Änderungen der Arbeitsanforderungen für Geringverdiener, die staatliche Lebensmittelhilfen beziehen, tatsächlich den Kreis der Empfänger um 78.000 Personen ausweitet.

Bei der folgenden Abstimmung im Senat am 01. Juni 2023 stimmten 63 von 100 Senatoren dem Gesetzesentwurf des Repräsentantenhauses zur Aussetzung der Schuldenobergrenze bis 2025 zu. Mit der anschließenden Formalie seiner Unterschrift konnte Joseph Biden den drohenden Zahlungsausfall seiner Regierung verbunden mit globalen ökonomischen Konsequenzen abwenden.

### **Maßnahmen gegen die Inflation**

Die US-Notenbank *Federal Reserve* (FED) versucht weiterhin, mit ihrer Geldpolitik die Teuerungsrate in den

Griff zu bekommen, die v.a. im Zuge der Pandemie und als Folge der Energiekrise ein hohes Niveau erreichte.

Die FED hält an der Zielmarke von 2 % fest, zahlreiche Maßnahmen zeigen bereits Wirkung. Demnach sank der Preisauftrieb von 9,1 % im Juni 2022 auf 4,0 % im Mai 2023, den niedrigsten Wert seit mehr als zwei Jahren.

Mitte Juni 2023 entschlossen sich die Währungshüter den Leitzins nach zehn aufeinanderfolgenden Erhöhungen bei einer Spanne von 5 % bis 5,25 % stabil zu halten. Diese Entscheidung war zwar einstimmig, jedoch werden seitens der Anleger für Juli und September 2023 weitere Erhöhungen erwartet. Konkrete Informationen über die nächsten Schritte ließ Jerome Powell, der Leiter der FED, offen. Für ihn ist die aktuelle Pause notwendig, um zusätzliche Analysen hinsichtlich der Auswirkungen der letzten Zinsschritte einzuholen. Dies sei wichtig, weil die Kerninflation, welche Energie- und Lebensmittelpreise nicht berücksichtigt und daher ein geeigneterer Indikator ist, mit derzeit 5,3 % nur träge sinkt. Das liegt u.a. an der angespannten Lage im Mietwohnungs- und am Arbeitsmarkt. Gerade die Mietpreise spielen bei der Berechnung des Preisindex eine wesentliche Rolle. Gleichzeitig befindet sich die Arbeitslosenquote mit derzeit 3,7 % auf rekordverdächtigem Niveau und die Gehälter sind im Mai um 6 % gestiegen. Weiters könnte die Aussetzung der Schuldenobergrenze verbunden mit einer Fortsetzung von massiven Regierungsinvestitionen das vorhandene Geldvolumen gefährlich erhöhen. Diese Faktoren sorgen für Unsicherheit bei den Prognosen.

Zwar wächst das BIP mit 1 % in moderatem Tempo, aber die Bankenkrise, bei der mehrere Regionalbanken vom Verkauf betroffen waren, ließen die Währungshüter vorsichtiger werden. Zudem ist der erschwerte Zugang zu Krediten für Haushalte und Unternehmen mit ein Grund für das Aussetzen von geldpolitischen Maßnahmen.

Einige Analysten sehen angesichts einer sich abschwächenden Konjunktur die Gefahr einer Vollbremsung bei weiteren Zinserhöhungen in diesem Jahr. Jerome Powell möchte daher seine Maßnahmen optimal anpassen, um bis Jahresende 2023 die Inflationsrate auf realistische 3,2 % zu drücken. Anfang dieses Jahres ging die Mehrheit der Anleger noch davon aus, dass die FED die Zinsen bis zum Jahresende sogar senken würde. Dieses Szenario ist jedoch aus Sicht der Finanzexperten derzeit nicht wahrscheinlich.

### **Einwanderungspolitik zeigt Wirkung**

Die Biden-Administration verfolgt mit ihrer Agenda, eine geordnete Migration herbeizuführen und setzt auf Abschreckung. Diesbezüglich lief am 11. Mai 2023 die Gesundheitsverordnung „Title 42“ aus, ein befürchteter Ansturm aus Mexiko trat nicht ein. Die von Donald Trump im März 2020 geschaffene Regelung erlaubte vordergründig eine Begrenzung der Migration, um die

Ausbreitung von COVID-19 zu bekämpfen. Demnach wurden illegale Migranten abgeschoben, und ihnen wurde das Recht auf einen Asylantrag verweigert. Dies geschah in mehr als 2,8 Mio. Fällen. Familien und unbegleitete Minderjährige waren ausgenommen.

Mit dem Ende von „Title 42“ dürfen US-Grenzbeamte Migranten nicht mehr unter Verweis auf die öffentliche Gesundheit ohne Chance auf Asylverfahren abweisen, wie es seit dem Frühjahr 2020 etwa zweieinhalb Mio. Mal geschehen war. Dennoch setzt die neue Regelung der Biden-Regierung bei illegaler Migration auf Abschreckung. Unerlaubte Grenzübertritte werden streng geahndet. Innerhalb von wenigen Tagen erfolgt die Abschiebung, verbunden mit einem 5-jährigen Einreiseverbot. Migrationszentren in Kolumbien und Guatemala sind eingebunden, um im Vorfeld den Druck auf die US-Grenze gering zu halten. In Mexiko erfolgt die Registrierung für einen Asylantrag über eine digitale Applikation („App“). Mit etwa 1.000 Genehmigungen pro Tag wurde eine drastische Reduzierung erreicht.

Nach Angaben von US-Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas ist die Lage seit dem Ende der Verordnung „Title 42“ unter Kontrolle. Die klare Botschaft der Regierung zeige eine positive Entwicklung. Dennoch sprechen die Republikaner von Versagen und brachten im Repräsentantenhaus einen Gesetzentwurf „für sichere Grenzen“ ein. Dieser sieht eine teilweise Rückkehr zur Grenzpolitik unter Donald Trump vor. Wesentliche Forderungen sind v.a. der Ausbau der Grenzbefestigungen und die „*Remain in Mexico*“-Regelung, welche den Aufenthalt in Mexiko während eines laufenden Asylverfahrens festlegt. Dass dieser Gesetzesentwurf die Zustimmung des demokratisch-dominierten Senats erhält, ist derzeit unwahrscheinlich. Daher wird diese Thematik bei den anstehenden Wahlen 2024 auf der republikanischen Agenda eine wesentliche Forderung darstellen. Donald Trump hat bereits drakonische Maßnahmen angekündigt, darunter die Wiedereinführung der Trennung von Familien, sollte er wiedergewählt werden.

### Donald Trump vor Gericht– ein Überblick

Der frühere US-Präsident gilt unverändert als aussichtsreichster Kandidat der Republikaner beim Rennen ums Weiße Haus. Nach Umfragen der US-Nachrichtenwebsite *FiveThirtyEight* vom 07. Juni 2023 erhielt Trump rd. 54 % Zustimmung aus der republikanischen Wählerschaft. Weit abgeschlagen sind seine internen Herausforderer, darunter v.a. Ron DeSantis mit rd. 21 %, Mike Pence und Nikki Haley mit jeweils rd. 5 %. Dennoch steht der Ex-Präsidenten derzeit in mehreren Fällen im Fokus der Justiz. In New York wurde er kürzlich in einem Zivilprozess zu 5 Mio. USD wegen eines Sexualdeliktes verurteilt und muss sich dort auch im Jänner und im März 2024 wegen

Verleumdung sowie der Zahlung von Schweigegeldern vor Gericht verantworten. Zudem laufen Ermittlungen über seine Beteiligung beim „Sturm auf das Kapitol“ sowie seinem Versuch, in Georgia das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen 2020 nachträglich zu beeinflussen. Bei letzterem wurden der Endbericht des Sonderermittlers einer *Grand Jury* vorgelegt. Eine Anklage könnte daher zeitnah erfolgen.

Der schwerwiegendste juristische Fall betrifft jedoch die sogenannte Dokumenten-Affäre. In dieser Causa könnte Trump eine mehrjährige Haftstrafe, noch vor Beginn der Vorwahlen im Frühjahr 2024, drohen. Wie aus einer am 09. Juni 2023 veröffentlichten Anklageschrift hervorgeht, ist Trump im Bundesstaat Florida in 37 Punkten angeklagt, darunter fallen einige unter den *Espionage Act*, ein Bundesgesetz aus dem Jahr 1917. In den Anklagepunkten enthalten ist v.a. wissentliche vorschriftswidrige Aufbewahrung von Informationen zur nationalen Sicherheit. Hierzu sind konkret Inhalte zu militärischen Fähigkeiten der USA und anderer Staaten, dem US-Nuklearprogrammen sowie militärischen Einsatzplänen zur Abwehr von ausländischen Angriffen angeführt. Die US-Bundespolizei FBI hatte im August 2022 bei einer Razzia auf Trumps Privatwesen Mar-a-Lago kistenweise Regierungsdokumente beschlagnahmt, darunter dutzende Geheimdokumente. Die Anklage bezieht sich u.a. auf eine Beteiligung an einer Verschwörung zur Behinderung der Justiz, das Zurückhalten von klassifizierten Dokumenten sowie den Tatbestand der Falschaussage. Mit Trump ist in dieser Causa auch sein langjähriger Mitarbeiter, Walt Nauta, angeklagt. Dieser soll von Trump beauftragt worden sein, die besagten Dokumente in seine Privatresidenz Mar-a-Lago sowie in seinen Golfclub in New Jersey zu verbringen. Diese hätten allerdings dem Nationalarchiv übergeben werden sollen. US-Medien zufolge liegt in diesem Verfahren stichhaltiges Beweismaterial vor. Der Sonderermittler Jack Smith kann seine schwerwiegenden Vorwürfe mit Video- und Tonaufnahmen, Textnachrichten sowie Zeugenaussagen von Trumps eigenen Mitarbeitern und Anwälten untermauern. Auf einer aus dem Jahr 2021 stammenden Audioaufzeichnung soll Trump, bei einem Gespräch mit einem Buchautor und einem Publizisten, eingestehen, dass er nach seinem Ausscheiden aus dem Weißen Haus klassifizierte Informationen in sein Anwesen Mar-a-Lago mitgenommen habe. Weiters soll er Inhalte von klassifizierten Dokumenten, u.a. Pläne für einen Angriff auf ein anderes Land, diesen Personen ohne Sicherheitsfreigabe präsentiert haben. Ebenfalls 2021 soll er einem Vertreter seines politischen Aktionskomitees eine geheime Karte eines Landes gezeigt haben, in der die USA militärisch aktiv waren. Trump behauptete lange, er habe die Unterlagen ordnungsgemäß „deklassifiziert“, was jedoch rechtlich nicht so einfach möglich ist.

Trump reagierte nach Veröffentlichung der Anklage im gewohnt kämpferischen Ton und spricht von „Wahleinmischung auf höchster Ebene“ und sieht sich als „Retter der Nation“. Den Demokraten und US-Präsident Joe Biden beschuldigt er, eine politisch motivierte „Hexenjagd“ gegen ihn zu betreiben, um ihn vom Wiedereinzug ins Weiße Haus abzuhalten. Die Biden-Regierung führe einen juristischen „Krieg“ gegen ihn, indem sie das Justizministerium und das FBI politisch einsetzt. Trumps Narrative erhalten Unterstützung von maßgeblichen republikanischen Präsidentschaftskandidaten, u.a. Ron DeSantis, Nikki Haley sowie dem Sprecher im Repräsentantenhaus, Kevin McCarthy. Kritische Kommentare kommen v.a. seitens Ex-Gouverneur von New Jersey und Präsidentschaftskandidaten Chris Christie und dem ehemaligen US-Justizminister William Barr, welche bei einer auch nur teilweisen Bestätigung der Anklagepunkte von Trumps politischen Ende sprechen bzw. dies auch inhaltlich fordern.

Mit dieser historischen Anklage gegen einen ehemaligen Präsidenten betreten die USA Neuland. Das Justizministerium steht nun vor der Herausforderung, möglichst wenig Zweifel für Trumps Vorwurf der Parteilichkeit zu bieten und gleichzeitig nicht den Eindruck zu erwecken, der Angeklagte stehe über dem Gesetz. Diesbezüglich beauftragte der Justizminister Merrick Garland im Herbst 2022 den Sonderermittler Jack Smith, um eine unabhängige Untersuchung zu garantieren. Die Ermittlungsergebnisse wurden einer *Grand Jury* in Washington, D.C., und einer weiteren in Florida übergeben, um gemäß Strafprozessrecht in einem nicht öffentlichen Verfahren darüber zu entscheiden, ob die von der Staatsanwaltschaft vorgebrachten Fakten eine Anklage und einen eventuellen Prozess rechtfertigen. Die Geschworenen in Florida kamen folglich zum Entschluss, dass eine Anklage aufgrund der Schwere der Beweislage angebracht ist. Florida gilt zudem als Tatort für die entscheidenden mutmaßlichen Straftaten.

Am 13. Juni 2023 erfolgte die Vorladung beim zuständigen Bundesgericht in Miami. Dabei wurde der Angeklagte formell über die gegen ihn erhobenen Vorwürfe informiert. Trumps Anwälte plädierten erwartungsgemäß auf „nicht schuldig“. Seine Verteidiger sind nun gefordert, aus den schwächeren Argumenten stärkere zu machen. Gemäß ihrer Strategie handle es sich bei der Anklage um eine politisch motivierte Verfolgung, die sich auf persönliche „Andenken“ des Ex-Präsidenten sowie Dokumente stütze, deren Geheimhaltung Trump selbst aufgehoben habe. Mit einem Urteil des zuständigen Bundesgerichtes in Miami, könnte nach Einschätzung der Anklage bereits in wenigen Monaten zu rechnen sein. Die Verteidigung setzt vermutlich auf Zeit, um Ermittlungsfehler aufzudecken, die Zulässigkeit von Beweisen (Tonmaterial) zu beeinträchtigen und um das Urteil bis nach den Präsidentschaftswahlen 2024 zu

verzögern. Sollte dies bei einem raschen Urteil in Miami nicht gelingen, könnte versucht werden den *Supreme Court* einzuschalten. Medienberichte zufolge können auf die Spionage-Vorwürfe in der Anklageschrift bis zu zehn Jahre Haft verhängt werden. Hinsichtlich der Verschwörung zur Behinderung der Justiz, dem Zurückhalten bzw. Verstecken von klassifizierten Dokumenten stehen bis zu 20 Jahre Haft und für Falschaussage gäbe es weitere fünf Jahre.

In den USA kann ein Angeklagter oder Verurteilter als Präsidentschaftskandidat antreten und sogar gewählt werden, die US-Verfassung schreibt dazu keine Bedingungen vor. Zum Beispiel bewarben sich Eugene V. Debs (1920) und Lyndon LaRouche (1992) aus dem Gefängnis für das höchste Amt.

Die zuständige Richterin, Aileen Cannon, wird in den kommenden Wochen den Prozessverlauf in der Dokumenten-Affäre vorgeben. Kritiker werfen Cannon Befangenheit vor. Die 42-Jährige ist Mitglied der konservativen *Federalist Society* und wurde von Trump in seinem letzten Amtsjahr als Bundesbezirksrichterin nominiert.

Auf Trumps Unterstützer und potenzielle republikanische Wählerschaft zeigt die aktuelle Anklage bestärkende Wirkung. Gemäß einer am 11. Juni 2023 vom Nachrichtenportal *Bloomberg* veröffentlichten Umfrage halten 76 % der Befragten die Dokumenten-Affäre für politisch motiviert, für 14 % ist dadurch ihre Wertschätzung gegenüber Trump gestiegen. Der überspielte Wirbel um Dokumente sorgt bei vielen für Unverständnis und Kopfschütteln. Die Anhänger sind von ihrem Idol überzeugt und folgen den Narrativen „seiner“ Wahrheit.

## **Außen und Sicherheitspolitik**

### **Steigende Rüstungsausgaben**

Die Spannungen im Pazifik und der Krieg in der Ukraine befeuern die globale Aufrüstung. Nach jüngsten Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes SIPRI sind die USA, mit 877 Mrd. USD, der klare Spitzenreiter bei den Verteidigungsausgaben 2022. Insgesamt liegt der Anteil der USA an den globalen Militärausgaben bei 39 %, dem Dreifachen im Vergleich zu China, das rd. 292 Mrd. USD für militärische Zwecke ausgibt. Dahinter folgt Russland, das seine militärischen Aufwendungen um 9,2 % auf rd. 86 Mrd. USD erhöhte. Angesichts der steigenden Bedrohungsperceptionen stärken die Atomwaffenstaaten ihre Arsenale. Die USA verfügen nach offiziellen Angaben vom 01. März 2023 über insgesamt 662 ballistische Interkontinentalraketen mit 1.419 Atomsprengköpfen und 800 Trägerraketen in Einsatzbereitschaft.

Für die USA ist größtmögliche Transparenz unter den Atommächten von großer Bedeutung, um v.a. Fehleinschätzungen zu vermeiden. Russland, welches über etwa dieselbe Anzahl an einsatzbereiten Atomsprenköpfen verfügt, hat im Februar 2023 den *New-START* Vertrag, welcher v.a. die Verringerung des Atomwaffenbestandes auf max. 1.550 Sprengköpfe vorsieht, ausgesetzt. Moskau erklärt sich jedoch bereit, weiter an die Obergrenze bis zum Auslaufen des Vertrages am 05. Februar 2026 zu halten. Es ist der letzte noch bestehende Abrüstungsvertrag zwischen den beiden größten Atommächten. Zum Missfallen der USA zeigt China kein aktives Engagement an Rüstungskontrollmaßnahmen, verfügt derzeit über etwa 350 einsatzbereite Atomsprenköpfe und plant nach Informationen des Sicherheitsberaters Jake Sullivan, sein Arsenal bis voraussichtlich 2035 an die USA anzugleichen. Sorge bereitet den USA zudem Nordkorea, welches sein militärisches Nuklearprogramm weiterhin als zentrales Element der Sicherheitsstrategie betrachtet und über geschätzte 30 Sprengköpfe sowie spaltbares Material für weitere 70 verfügt. Nicht zuletzt ist der aufstrebende Nuklearstaat Iran zu nennen, der seine Urananreicherung, mutmaßlich auch für militärische Zwecke, vorantreibt. Die diesbezüglichen US-Bemühungen verlaufen derzeit erfolglos. Weltweit gibt es nach Angaben von SIPRI geschätzte 12.500 nukleare Sprengköpfe, von denen etwa 9.500 in Einsatzbereitschaft stehen.

### Kommunikation mit China?

Die Beziehungen zu China sind derzeit aufgrund einer Reihe von Zwischenfällen auf einem Tiefpunkt angelangt. Insbesondere sorgen Chinas Rückendeckung für Russland im Ukrainekrieg, Drohungen gegenüber Taiwan, militärische Ereignisse in der Meerenge der Taiwanstraße und im südchinesischen Meer, mehrere mutmaßliche Spionagetätigkeiten und nicht zuletzt der anhaltende Handelskrieg mit gegenseitigen Strafzöllen für einen härteren Kurs gegenüber Peking.

Folgend ihrer *National Security Strategy (NSS)* versucht die US-Administration über Diplomatie die angespannten bilateralen Beziehungen wieder zu normalisieren. Zu diesem Zwecke reiste US-Außenminister Blinken vom 16. bis 21. Juni nach Peking. Mit chinesischen Regierungsvertretern wurde v.a. die Gestaltung von Kommunikationskanälen zur Vermeidung von militärischen Fehleinschätzungen sowie potenzielle Kooperationsbereiche in globalen Fragen ausgelotet. Zudem konnte durch den Empfang von Blinken beim chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping, die bedrohliche Phase des Kommunikationsstillstands beendet werden. Blinkens Reise war bereits für Februar 2023 angesetzt und wurde wegen der Sichtung mutmaßlicher chinesischer Spionageballone verschoben.

### Stärkung der Allianzen vs. China und Russland

Die USA sind die essenzielle Schutzmacht für die Ukraine. Ihre außen- und sicherheitspolitische Unterstützung und Rückendeckung sind der entscheidende Faktor für Kiew. Der Kongress hat seit Kriegsbeginn bereits über 100 Mrd. USD für Waffen, humanitäre Hilfe, Direkthilfen für die ukrainische Regierung und später für den Wiederaufbau bereitgestellt. Und diese Bereitschaft ist derzeit ungebrochen. Nach jüngsten Informationen hat Joseph Biden ein weiteres Paket von rd. 300 Mio. USD zugesagt. Diese militärische Hilfe umfasst u.a. Munition für Flugabwehr, Panzerabwehr und Artillerie. Es handelt sich dabei um das 39. Paket aus den Beständen des US-Militärs seit August 2021. Insgesamt belaufen sich diese seit Kriegsbeginn auf rd. 37,6 Mrd. USD. Zudem unterstützt das US-Verteidigungsministerium bei der Nutzung des Satellitenkommunikationsdienstes *Starlink*, indem ein Nutzervertrag mit dem Anbieter SpaceX geschlossen wurde. Bisher wurde dieser Dienst über private Spenden finanziert und drohte gekündigt zu werden.

Am 08. Juni 2023 empfing Joseph Biden den Premierminister des Vereinigten Königreiches, Rishi Sunak in Washington. Mit einer *Atlantic Declaration* wurde die enge Zusammenarbeit bei Zukunftstechnologien (u.a. Künstliche Intelligenz und Quantentechnologie), bei Rüstungsprojekten und kritischen Rohstoffen bekräftigt. Ebenso sprachen sich beide Seiten für die langfristige Unterstützung der Ukraine und angesichts des Aufstieges Chinas, für eine weitere Intensivierung der Wirtschafts- und Verteidigungskooperationen aus.

Der türkische Staatspräsident, Recep Tayyip Erdoğan, bekräftigte seine Bestrebungen sich für den Kauf von aufgerüsteten US-amerikanischen F-16, im Wert von etwa 20 Mrd. USD. Zudem beabsichtigt Ankara die Beschaffung von 80 Modulen zur Aufrüstung der vorhandenen F-16 Flotte im Wert von rd. 260 Mio. USD. Erdoğan soll sich für den Kauf der F-16 entschieden haben, nachdem die Türkei aus dem Programm für den Kampfflugzeug der fünften Generation, die F-35, ausgeschlossen wurde. Die Türkei verärgerte 2019 die USA und die NATO-Partner mit dem Kauf von russischen S-400 Raketenabwehrsystemen. Joseph Biden erklärt sich nun bereit, das türkische Rüstungsvorhaben zu unterstützen, wenn im Gegenzug die Türkei den Beitrittskandidaten Schweden nicht am NATO-Beitritt hindert. Erdoğan's Zusage ist bis dato ausstehend, zudem gibt es gegen den Verkauf Widerstand im US-Kongress. Nachdem zu Jahresbeginn Südkorea aufgrund der atomaren Bedrohung aus Nordkorea öffentlich die Entwicklung eigener Atomwaffen angekündigt hatte, suchte die Biden-Administration Wege, um dies zu verhindern und Unsicherheiten hinsichtlich der US-Unterstützung auszuräumen. Mit einer diesbezüglichen *Washington Declaration* betonte Joseph Biden am 26. April

2023 die Stärke und Tragweite der Allianz zwischen den USA und Südkorea und präzisierte die künftige Zusammenarbeit. Demnach wird Südkorea im Falle eines nordkoreanischen Angriffes u.a. Einblicke in US-amerikanische Gegenstrategien bzw. Notfallpläne bekommen. Mit dieser vertrauensstärkenden Maßnahme konnte vorerst Südkoreas Bekenntnis zum Atomwaffensperrvertrag bekräftigt und zudem die nuklearen Aufrüstungsambitionen Japans entkräftet werden. Die *Washington Declaration* ist eine vorübergehende Lösung für ein Dilemma, welches beim Zweifel an der Verlässlichkeit der künftigen US-Administration erneut zum Vorschein kommen könnte. Vor diesem Hintergrund vereinbarte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin mit seinen Amtskollegen aus Südkorea und Japan eine engere Kooperation. Bis Jahresende 2023 soll demnach eine Echtzeitdatenübertragung von Bedrohungen aus Nordkorea eingerichtet werden. Damit soll nicht zuletzt die Früherkennung maximiert und die Gefahr von Fehleinschätzungen geringgehalten werden.

### **Resümee und Ausblick**

Für den ausgehandelten Kompromiss in der Schuldenfrage zeigten neben dem radikalen republikanischen Flügel auch moderate Politiker aus der Mitte beider Parteien wenig Begeisterung. Angesichts der drohenden dramatischen Konsequenzen durch einen Zahlungsausfall stimmten dennoch ausreichend Kongressmitglieder aus beiden Lagern, mit einer „Koalition der Gemäßigten“, für den Gesetzesentwurf und sicherten so die nötige Mehrheit im Kongress. Joseph Biden hat nur wenige Zugeständnisse gemacht, um die Zahlungsausfall abzuwenden und den Großteil seiner wirtschaftspolitischen Reformen der letzten beiden Jahre gerettet. Angesichts der harten Forderungen der Republikaner hätte die Situation auch anders verlaufen können - mit massiven Rückschlägen für sein „Sozial- und Klimaprogramm“ oder dem tatsächlichen Eintreten der Zahlungsunfähigkeit. Nicht zuletzt standen Bidens Chancen hinsichtlich seiner Wiederwahl auf dem Spiel.

Für Joseph Biden bleibt ein stabiler Rückgang der Inflation entscheidend für die Umsetzung seiner innenpolitischen Agenda. Es besteht die Gefahr, dass hohe staatliche Investitionspakete zu einer überproportionalen freien Geldmenge in der Wirtschaft führen und damit schwer prognostizierende Dynamiken auslösen. Scheitert die FED mit geeigneten Gegenmaßnahmen, wäre die nächste Finanzkrise die Folge.

Aufgrund Trumps besonderer Persönlichkeitsstruktur ist davon auszugehen, dass seine Version von der „Hexenjagd“ tatsächlich „seine“ empfundene Wahrheit ist. Und er hat gelernt, seinen Hunger nach Anerkennung

über die „Opfer- und Märtyrerrolle“ zu stillen. Der aktuelle Fall zeigt, dass der Ex-Präsident seine Abwahl 2020 bis dato nicht akzeptiert. Die Justiz sieht dies anders. Aber selbst eine rechtskräftige Verurteilung würde keine Verhaltensänderung bzw. Einsicht, sondern eine Bestärkung seines Weltbildes bewirken können. Trumps populistische Rhetorik gegen das „korrupte“ Establishment in Washington und die mediale Omnipräsenz führen dazu, dass ihm etwa die Hälfte der republikanischen Wählerschaft folgt. Die parteiinternen Rivalen streiten sich mit vordergründig konservativen Werten (u.a. Bekämpfung der *Woke*-Ideologie) um einen möglichst großen Teil des verbleibenden Kuchens. Somit ist Trump auch für das Fortbestehen der *Grand Old Party* essenziell. Sollte er sich spalten und als unabhängiger Kandidat antreten, käme dies einem *Worst-Case*-Szenario für die republikanische Partei und ihrer Eliten gleich. Dies erklärt auch die schwer verständliche inhaltliche Unterstützung mehrerer parteiinterner Rivalen in der Dokumenten-Affäre. Der Ex-Präsident besitzt politische Macht und er entscheidet über Karrieren.

Während Trumps politische Macht unbestritten ist, wird seine Eignung für das höchste öffentliche Amt v.a. aus Sicht der Justiz ein Präzedenzfall bleiben. Denn noch nie in der Geschichte der USA wurde ein ehemaliger oder amtierender Präsident auf Bundesebene angeklagt.

Sollte es zu einer Verurteilung kommen, könnte ihn wohl auch die höchste Instanz, der mehrheitlich republikanisch besetzte *Supreme Court* oder eine Begnadigung des amtierenden Präsidenten und nicht zuletzt der Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2024 vor einer längeren Gefängnisstrafe retten. Es ist davon auszugehen, dass Trump seine Anhängerschaft verstärkt instrumentalisiert, um den Druck auf die Entscheidungsträger der Justiz hochzuhalten und um politisches sowie finanzielles Kapital aus der Krise zu schlagen. Dennoch, es gilt die Unschuldsvermutung.

Ziel aller außenpolitischen Maßnahmen ist die langfristige Absicherung der hegemonialen Vormachtstellung und damit die Schaffung eines US-dominierten Weltmarktes. China versucht, die internationale Ordnung zu seinen Gunsten umzugestalten und seinen geopolitischen Einfluss auszuweiten. Nach Einschätzungen des US-Außenministeriums ist China insbesondere bei Schlüsseltechnologien ein ernsthafter Herausforderer. Im Fokus von China stehen v.a. militärische Vorbereitungen auf Auseinandersetzungen, um die Voraussetzungen für die Durchsetzung seiner geostrategischen Ansprüche zu schaffen. Nach Einschätzungen von US-Außenminister Blinken und dem Leiter der CIA, William Burns, soll China bereits im Jahre 2027 die Fähigkeiten besitzen, Taiwan militärisch anzugreifen. Daher wird derzeit trotz der anhaltenden Spannungen und Zwischenfälle, die

Gefahr eines militärischen Angriffes als gering eingeschätzt.

Der Grundgedanke vom machtpolitischen Konzept der „Abschreckung“ ist, unter „glaubwürdiger“ Androhung von Konsequenzen den Kontrahenten zur Unterlassung einer Handlung zu zwingen. Diese Dynamik führt unweigerlich in eine Rüstungsspirale und somit zum sog. „Sicherheitsdilemma“. Ein Begriff, den der deutsch-amerikanische Wissenschaftler John Herz in den 1950er-Jahren zum Verständnis der Rüstungsspirale im Kalten Krieg einführte. Dabei folgern einseitige Aufrüstungsmaßnahmen unweigerlich eine erhöhte Bedrohungsperzeption des Kontrahenten, was diesen wiederum zu Aufrüstung veranlasst und umgekehrt. Internationale Rüstungskontrolle könnte den Teufelskreis durchbrechen, jedoch benötigt diese den „politischen Willen“ der Akteure, darunter v.a. USA, Russland und China. Solange geostrategische Machtansprüche nicht befriedigt bzw. geregelt sind, wird die globale Aufrüstungsdynamik anhalten und wahrscheinlich weiter zulegen. Nicht die Garantie von Stabilität und Berechenbarkeit steht derzeit im Mittelpunkt des Interesses der großen Akteure, sondern die Absicherung eigener technologischer Vorteile beziehungsweise die Eindämmung derjenigen des Kontrahenten. In diesem polarisierten Klima wird insbesondere „kooperative“ Rüstungskontrolle, die nominell den Anspruch erhebt, den Weg zu einer „nuklearwaffenfreien Welt“ zu weisen, eine schwierige Zukunft haben.

**Andreas Wenzel**

## **EU – Ansätze zur Stärkung der geopolitischen Handlungsfähigkeit**

Im Beobachtungszeitraum erfolgte eine Fortführung der Bemühungen, die Handlungsmöglichkeiten der EU als geopolitische Akteurin weiter auszubauen, was unmittelbar auf die verändernde Sicherheitsordnung Europas im Zuge der Invasion Russlands in der Ukraine zurückzuführen ist. Auch in der ersten Jahreshälfte 2023 waren deshalb europäische Entscheidungsträger sowohl auf der Brüsseler supranationalen Ebene als auch in den einzelnen EU-Mitgliedsländern mit der Bewältigung der Konsequenzen des Krieges in der Ukraine als die zentrale sicherheitspolitische Herausforderung konfrontiert. Neben militärischer Unterstützung für die Ukraine und der Verhängung neuer Sanktionen gegen Russland, war die EU bestrebt, als globalagierende sicherheitspolitische Gestalterin in Erscheinung zu treten. Dabei wären der von Frankreich initiierten Kooperationsplattform, der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG), entsprechende machtpolitische Potentiale zuzuschreiben. Zusätzlich zu den Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wurde nach jahrelangen Interessenskonflikten zwischen den EU-Mitgliedsländern auch eine vorläufige Einigung im umstrittenen Asylbereich erzielt. Eine künftige restriktivere Migrations- und Asylpolitik kann auch als Bestätigung der Ambition interpretiert werden, möglichen negativen Entwicklungen im Inneren vorzubeugen, aber auch die gesellschaftspolitische Kohäsion innerhalb der Union – wohl bereits im Hinblick auf die EU-Wahlen 2024 – nicht zusätzlich zu gefährden. Diesbezügliche Erfolgsaussichten müssen allerdings an konkreten Umsetzungsmaßnahmen gemessen werden. Die beabsichtigte Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU ist jedenfalls eng an geopolitische Konflikte im globalen Rahmen und somit insbesondere an die Ausrichtung der Außenpolitik der USA gekoppelt. Vor diesem Hintergrund verstärkten sich in der ersten Jahreshälfte 2023 jene Dynamiken, die über den Krieg in der Ukraine hinausgehend für die künftige Sicherheitsordnung Europas relevant werden könnten.

### **Dynamisierung der machtpolitischen Arithmetik**

Die systemische Auseinandersetzung des Westens mit Russland und China einerseits und die Unterstützung der Ukraine als einem angegriffenen Staat sowie das Vorgehen gegen Russland als Aggressor andererseits, durchlief seit Kriegsausbruch in der Ukraine einen wesentlichen Transformationsprozess. Während China im globalpolitischen Machtstreben an Bedeutung dazu gewinnen konnte, verliert Russland auf der Ebene der internationalen Beziehungen strukturell an Gestaltungsmöglichkeiten. Das globalpolitische

Durchsetzungspotential der russischen Führung wurde infolge der von der Invasion im Nachbarland ausgelösten Konsequenzen deutlich eingeschränkt. Dieser machtpolitische Bedeutungsverlust Russlands äußert sich sowohl im geopolitischen als auch im geökonomischen Kontext, allerdings wird weiterhin eine Bedrohung – wenn auch in abgeschwächter Form – für den Westen im Allgemeinen und für die EU im Besonderen bestehen bleiben. Basierend auf dieser Beurteilung sind gravierende Veränderungen hinsichtlich der künftigen Ausrichtungen der eigenen Sicherheitspolitik der EU offensichtlich.

Die Schwäche Russlands beschleunigt die strategisch-konzeptuelle und auch realpolitisch beobachtbare stärkere Hinwendung der USA in den indopazifischen Raum, wodurch die EU und europäische NATO-Staaten vermehrt Verantwortung für die machtpolitische Balance konkurrierender Mächte auf dem eigenen Kontinent sowie für die Nachbarregionen übernehmen werden müssen. Paradoxerweise veranlasst gerade die strukturelle Schwächung Russlands, hervorgerufen durch den Angriffskrieg, einen fundamentalen Umdenkprozess in der GASP/GSVP, der seit dem Februar 2022 zu beobachten ist und im Untersuchungszeitraum vertieft wurde. Der Krieg führte zur Einigkeit handelnder Akteure und bestärkte die Absicht der EU, den eigenen außen- und sicherheitspolitischen Durchsetzungswillen zu schärfen. Primär rührt dies aufgrund der militärischen Schwäche Russlands und der deutlichen strategischen Schwergewichtsverlagerung der US-Außenpolitik weg von Europa hin zum Indopazifik.

Während unmittelbar nach Beginn der russischen Invasion Befürchtungen aufkamen, Ukraine würde nicht Widerstand leisten können und Russland könnte auch EU-Staaten, die Mitglied der NATO sind, angreifen und somit einen über die ukrainischen Grenzen hinausgehenden bewaffneten Konflikt in Europa auslösen, standen im Beobachtungszeitraum Bemühungen im Raum, der Ukraine militärische Hilfe in jenem Ausmaß zukommen zu lassen, damit diese militärisch siegen kann. Allerdings wurde seitens des Westens nie genau definiert, welchen Endzustand ein Sieg der Ukraine erreichen soll. Die Unterschätzung der ukrainischen Streitkräfte ging jedenfalls in der ersten Kriegsphase mit der Überschätzung der Fähigkeiten Russlands einher und dies dominierte die politische Entscheidungsfindung sowie die konkrete Maßnahmensetzung im Rahmen der GASP/GSVP. Somit „transformierten“ sich im Zuge der bewaffneten Auseinandersetzung die europäischen Ängste vor einem Sieg Russlands über die Ukraine und somit vor einem russischen Angriff auf die EU-/NATO-Länder, in die Hoffnung einer militärischen Niederlage des Aggressors auch mithilfe von Waffenlieferungen und Ausbildungsmaßnahmen der EU. Diese Veränderung der Erwartungshaltung basiert auf dem schlechten Zustand

russischer Streitkräfte, dem überwältigen Durchhaltewillen der ukrainischen Verteidiger sowie der Resilienz der notleidenden Zivilbevölkerung des angegriffenen Landes. Ausschlaggebend für die militärischen Erfolge der Ukraine waren aber in erster Linie westliche Waffen- und Munitionslieferungen, die auch in der ersten Jahreshälfte 2023 im Mittelpunkt der EU-Sicherheitspolitik standen. Die westlichen Akteure – und allen voran die EU – waren darin bestärkt worden, die Ukraine mit modernen Waffensystemen zu unterstützen, um militärische Vorteile für den danach zu erwarteten Verhandlungsprozess zu generieren. Aus der Perspektive der GASP/GSVP wurden aber militärische Unterstützungsleistungen an die Ukraine nicht nur geleistet, damit die russischen Streitkräfte von den besetzten Gebieten hinter die Landesgrenzen Russlands zurückgedrängt werden können, sondern damit auch die Grundlagen für die künftige Sicherheitsordnung nach Beendigung der Kampfhandlungen konzipiert und mit einer fundamental geschwächten politischen Führung im Kreml ausverhandelt werden können. Somit ist die EU zu einer wesentlichen Sicherheitsakteurin aufgestiegen, was vor dem Krieg in dieser Form nicht denkbar gewesen wäre. Diesbezüglich erhalten Waffenlieferungen und militärische Unterstützungsleistungen der EU an die Ukraine im Vorfeld der langerwarteten Frühjahrsoffensive, die gemäß dem ukrainischen Präsident Wolodymyr Selenskyj am 10. Juni begann, eine zusätzliche strategische Relevanz. Der Erfolg oder Misserfolg der ukrainischen Gegenoffensive, mit dem Ziel, die von Russland besetzten Gebiete zurückzuerobern wird maßgeblich für die weitere Ausgestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur nach dem Krieg werden. Jedenfalls werden die in der ersten Jahreshälfte 2023 eingeleiteten Maßnahmen entscheidend für künftige Friedensordnung in Europa sein. Jedoch wurden nicht alle Waffensysteme und auch nicht im von der Regierung in Kiew gewünschten Umfang an die Ukraine geliefert, was kritische Fragen im öffentlichen Diskurs aufwarf.

### **EU als Akteurin**

Zweifellos wäre die Verteidigung der Ukraine ohne Militärhilfe des Westens – allen voran der USA –, der europäischen NATO-Staaten sowie der EU als supranationale Organisation und ihrer Mitgliedsländer nicht möglich gewesen. Wesentlich sind auch die wirtschaftlichen und humanitären Hilfen der EU. Laut offiziellen Angaben des US-Außenministeriums wurden seit 2014 bis Mai 2023 Militärhilfen in der Höhe von 39,7 Mrd. USD an die Ukraine geleistet. EU hat gemäß amtlicher Darstellung seit Kriegsbeginn im ersten Kriegsjahr 67 Mrd. EUR für wirtschaftliche, humanitäre und militärische Hilfen an die Ukraine ausgegeben. Während die EU mehr Unterstützung im Bereich der

Wirtschaft und auch humanitäre Hilfe leistet, setzten die USA ihren Fokus auf Lieferungen von Waffen für das überfallene Land. In den ersten zwölf Monaten nach Kriegsbeginn haben die USA insgesamt 71,3 Mrd. EUR Hilfen geleistet, davon entfielen 43 Mrd. auf Waffenlieferungen. EU-Institutionen und Mitgliedsländer zusammen haben im gleichen Zeitraum 61,7 Mrd. EUR für die Ukraine in allen Bereichen (Wirtschaft, Humanitäres und Militär) aufgewendet. Mit 4,2 Mrd. EUR leistete Deutschland die größten bilateralen Militärhilfen aller EU-Staaten gefolgt von Polen und den Niederlanden mit je 2,4 Mrd. EUR. Gemäß BIP kamen in den ersten 12 Kriegsmonaten die meisten Hilfen – in allen Bereichen und nicht nur Militärhilfe – aus Lettland mit 1,2%, Estland 1,1%, Litauen 0,9%, Polen 0,6% und Niederlande 0,5%. Österreich leistete in diesem Zeitraum Unterstützung in der Höhe von 0,19% des BIP. Deutschland ist auch jenes EU-Land, das nicht nur die meisten Militärhilfen leistet, sondern mit 18,07 Mrd. EUR insgesamt die höchsten Aufwendungen für die Ukraine hat. Davon entfielen 10,79 Mrd. EUR auf die Unterstützung für ukrainische Flüchtlinge im eigenen Land. Gemessen an den Ausgaben für geflüchtete Menschen aus der Ukraine hat Polen mit 12,07 Mrd. EUR die größten Aufwendungen entrichtet. Die österreichische Bundesregierung musste für die nach Österreich geflohenen ukrainischen Flüchtlinge im ersten Kriegsjahr 0,88 Mrd. EUR aufwenden.

Angesichts dieser Zahlen, die die Unterstützungsleistungen der jeweiligen nationalen Regierungen für die Ukraine als Opfer einer militärischen Aggression belegen, scheint eine gewisse Diskrepanz zwischen der narrativen Darstellung der Bedeutung des „ukrainischen Kampfes für die Freiheit“ sowie „Verteidigung der Demokratie und der freien Welt“ einerseits und den tatsächlich geleisteten Hilfen in Relation zum BIP andererseits vorzuherrschen. Deutlich wird es insbesondere am Beispiel der außenpolitischen Zielsetzungen des Weißen Hauses. Die strategische Absicht der USA besteht darin, im Rahmen des Krieges in der Ukraine Russland als geopolitischen Rivalen dauerhaft schwächen zu wollen. Für diese Zielerreichung leisteten die USA in den ersten zwölf Monaten seit der russischen Invasion lediglich 0,37% des BIP an Hilfen für die Ukraine. Gerade aufgrund der in der Öffentlichkeit kommunizierten narrativen Darstellung, wonach in der Ukraine die freie Welt verteidigt werden würde, erscheinen die öffentlichen Aufwendungen für das überfallene Land in Summe doch überschaubar zu sein. Allerdings, und dies sei deutlich anzumerken, wurde Russland tatsächlich geschwächt und die Ukraine blieb als souveräner Staat bestehen. Eine vorläufige Ableitung lautet daher, dass für die geopolitische Schwächung Russlands aus westlicher Sicht überschaubare

Budgetmittel als Hilfe für die Ukraine bereitgestellt wurden.

Neben den bilateralen Unterstützungsmaßnahmen einzelner EU-Länder erhalten die Maßnahmen von EU-Institutionen einen großen Stellenwert und daran lässt sich auch die oben erwähnte Transformation der EU als gestalterische Akteurin in geopolitischen Belangen ermessen. Als wesentlicher Parameter kann die Nutzung der European Peace Facility (EPF) sowie die gemeinsame Munitionsbeschaffung angeführt werden. Die EU als supranationaler Akteur unterstützt die Ukraine militärisch aus den Mitteln des EPF, die am 13. März 2023 auf eine Obergrenze von 7,97 Mrd. bis ins Jahr 2027 erhöht wurden. Die Erhöhung der Obergrenze war aufgrund der bereits geleisteten militärischen EU-Unterstützungshilfen für die Ukraine notwendig gewesen. Insgesamt betragen die Leistungen in diesem Rahmen 4,6 Mrd. EUR, die aus der EPF stammen. Die Bemühungen der EU, die Verteidigungsfähigkeiten der Ukraine zu stärken, wurden auch durch die Einigung auf gemeinsame Munitionsbeschaffung bestätigt. Diesbezüglich wurde am 13. April im Rat entschieden, aus dem bereitgestellten EPF-Budget 1 Mrd. EUR für den Ankauf von Munition aufzuwenden. Damit leistet die EU als supranationale Einheit konkrete Militärhilfen an die Ukraine.

Nicht nur im Kontext des Krieges in der Ukraine, sondern auch im zunehmenden Interessenskonflikt im Indopazifik versucht sich die EU als Akteurin zu positionieren. Dabei ließ der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik und Kommissionsvizepräsident, Josep Borrell, im April aufhorchen, in dem er sich für Patrouillen europäischer Kriegsschiffe in Taiwanstraße aussprach. Die Stärkung der EU als relevanter Faktor in den internationalen Beziehungen hängt im Wesentlichen auch von raschen Entscheidungsfindungsprozessen ab. Daher wird künftig die Frage zu stellen sein, inwieweit Konsensentscheidungen in zentralen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden, um erforderliche Handlungsfähigkeit sicherstellen zu können. Diesbezüglich schlossen sich einige EU-Staaten zu einer „Koalition“ als „Gruppe der Freunde“ zusammen, die ein Abgehen von Konsensentscheidungen forcieren. Erstmals trat diese „Koalition“ von neun Staaten unter Leitung von Deutschland am 4. Mai mit konkreten Forderungen in Erscheinung. Beim Treffen der EU-Außenminister am 22. Mai wurde das Thema der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen von der „Koalition“ weiter ausgeführt, die mittlerweile auf zehn Mitglieder angewachsen ist. Dieser „Gruppe von Freunden“ der EU-Staaten gehören an: Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Rumänien, Slowenien und Spanien. Beim Ratstreffen begründete die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock die Ambition der Freundesgruppe mit der

Notwendigkeit der „weltpolitischen“ Handlungsfähigkeit der EU. Konkret sprach sie auch von geopolitischen Herausforderungen, die eine Anpassung der Entscheidungsfindungsprozesse in der Außen- und Sicherheitspolitik erforderlich machen würden. Dabei sei vor allem „Schnelligkeit und Effektivität“ entscheidend. Demnach strebe die neugegründete Gruppe von EU-Staaten keine „Revolution“, sondern eine „Evolution“ der Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der gültigen Verträge an. Dieser „evolutionäre Prozess“ stellt erstmals eine konkrete und systematisierte Herangehensweise dar, die Konsensentscheidungen auf EU-Ebene in außenpolitischen Belangen in Frage zu stellen.

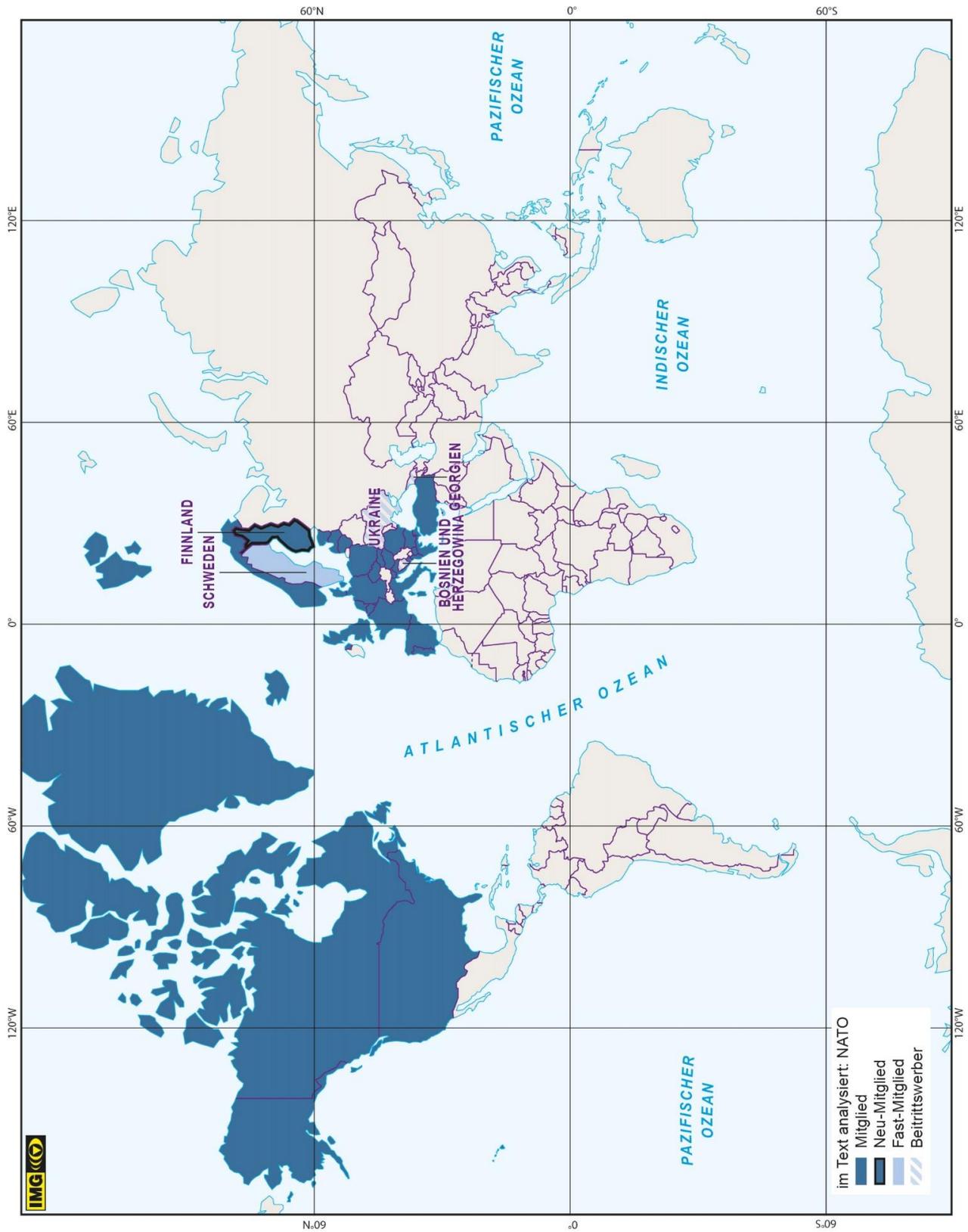
Eine weitere wesentliche Änderung erfolgte im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik. Am 8. Juni wurde vom Rat Einigung über die Asylverfahrensverordnung sowie über die Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement erzielt. Damit können künftig gemeinsame Asylverfahren an der EU-Außengrenze durchgeführt werden. Die Implementierung ist jedoch an weiterführende Prozesse gebunden, wobei Polen hier bereits Widerstand angekündigt hatte. Auch wenn die konkrete Umsetzung der Verordnungen noch weitere Hürden zu überwinden hat, stellt die prinzipielle Einigung auf Verfahren an der Außengrenze eine fundamentale Änderung der EU-Asylpolitik da. Die Forderungen von Asyl- und Verfahrensgrenzen außerhalb von der EU wurden von Österreich schon seit geraumer Zeit gestellt.

### **Fazit**

Aufgrund der veränderten sicherheitspolitischen Situation infolge des Krieges in der Ukraine konnte die EU ihre Handlungsfähigkeit auch im Beobachtungszeitraum nicht nur bewahren, sondern auch weiter ausbauen. Dabei spielt die militärische Unterstützung der Ukraine eine nicht unwesentliche Rolle. Hinsichtlich der Heranführung der Ukraine an euroatlantische Strukturen wird die Integration in die NATO eine wesentliche Rolle spielen. Sollte jedoch die Allianz die Erwartungen der Ukraine zu sehr enttäuschen, könnte die EU hier eine führende Rolle als geopolitische Akteurin im Integrationsprozess einnehmen, da die Ukraine bereits den Status eines Beitrittskandidaten hat. Die weltpolitische Handlungsfähigkeit der EU wird auch von Entscheidungsfindungsprozessen abhängen und in diesem Zusammenhang scheint die Diskussion über die Einführung von Mehrheitsentscheidungen eine neue Qualität an Dynamik zu erfahren. Da aber eine Entscheidung über Änderung des Prozesses einstimmig von allen 27 EU-Mitgliedsländern getroffen werden muss und gegenwärtig lediglich zehn Staaten für qualifizierte Mehrheitsentscheidungen eintreten, befindet sich die

politische Diskussion erst am Anfang. Das Abgehen von Konsensentscheidungen ist auf Jahre – oder gar auf Jahrzehnte – nicht realistisch, sofern die weltpolitische Sicherheitslage die EU zu keiner „revolutionären“ Änderung zwingt. Allerdings könnte die Dynamik der Diskussion auf höchster politischer Entscheidungsebene infolge der Präsidentschaftswahlen in USA 2024 zunehmen.

**Rastislav Báčora**



North Atlantic Treaty Organization (NATO)

## Die NATO und die transatlantischen Beziehungen

Im vergangenen Halbjahr setzte das nordatlantische Bündnis seine zwei wesentlichen Arbeiten fort, nämlich die Koordinierung der Hilfe an die Ukraine und den Schutz der eigenen Ostflanke. Als herausragendes Ereignis konnte am 4. April 2023, exakt zum 74. Geburtstag der Allianz, die Aufnahme Finnlands vollzogen werden, nachdem Ankara und in dessen Windschatten Budapest ihren mehrmonatigen inhaltslosen Widerstand dagegen aufgegeben hatten.

Zu Redaktionsschluss stand die NATO in der Vorbereitung ihres für Juli in Vilnius/Litauen anberaumten Gipfeltreffens, dem letzten für den seit 2014 amtierenden Generalsekretär Stoltenberg. Der ehemalige norwegische Premierminister hat die Allianz erfolgreich durch mehrere politisch schwierigen Jahre gelenkt und hinterlässt nach dem durchgeführten Strategiewechsel von Krisenmanagement (Afghanistan, Balkan) zu kollektiver Abschreckung und Verteidigung nur eine offene Frage: wie geht die NATO mit dem Beitrittsansuchen Kiews um? Diese Frage wird den NATO-Gipfel maßgeblich beschäftigen.

### Wird die Ukraine Mitglied der NATO?

Um diese Frage halbwegs angemessen beantworten zu können, ist ein Blick zurück auf die bilateralen Beziehungen nötig.

Zeitgleich mit Russland trat die unabhängig gewordene Ukraine 1991 dem „Nordatlantischen Kooperationsrat“ und drei Jahre später der „Partnerschaft für den Frieden“ bei. Nur wenige Wochen nach der Unterzeichnung der vertieften Zusammenarbeit mit Russland richtete die NATO im Juli 1997 die „NATO-Ukraine Kommission“ ein. Ausgangspunkt war auch hier die entschieden veränderte Sicherheitslage im Euroatlantischen Raum nach dem Ende der Blockkonfrontation. Basierend auf gegenseitigem Vertrauen sollte in diesem Rahmen die Zusammenarbeit intensiviert werden, da einer unabhängigen, stabilen und demokratischen Ukraine für die Sicherheit Zentral- und Osteuropas erhöhte Bedeutung zukam.

Inhaltlich stand die Teilnahme ukrainischer Soldaten an friedensunterstützenden Operationen unter UN- bzw. OSZE-Mandat im Vordergrund. Dazu waren eine gemeinsame militärische Ausbildung und PfP-Übungen, auch in der Ukraine, vorgesehen. Dazu kamen noch Bemühungen um die Nichtverbreitung von ABC-Waffen, für die die Ukraine nach Aufgabe ihrer Nuklearwaffen ein gutes Beispiel bot.

Die Bilanz dieser Zusammenarbeit fällt nur mäßig erfolgreich aus. Die ukrainischen Streitkräfte sollten zwar der einzige Partner werden, der an allen NATO-geführten Missionen, wenn auch manchmal nur in geringem Umfang, beteiligt war. Sie waren auch die ersten, die Übungen der NATO Response Force (NRF) nutzten und hier vor allem strategische Transportflugzeuge sowie ABC-Abwehrkapazitäten einbrachten. Darüber hinaus konnten über verschiedene Programme auch mehrere tausend Tonnen veralteter Munition, 400.000 Landminen und mehr als 1 Million leichter Waffen vernichtet werden. Diesen positiven Ergebnissen stand aber die nur sehr schleppende Modernisierung der ukrainischen Armee im Sinne einer geglückten Verteidigungsreform gegenüber, was nicht zuletzt die geringen Erfolge 2014/15 im Kampf gegen die von Russland unterstützten Separatisten zeigten.

Unter der als prowestlich eingeschätzten Regierung Timoschenko unterstützten vor allem die USA 2008 auf dem Gipfel in Bukarest die Aufnahme des Landes in die NATO. Aus Rücksichtnahme auf Russland wurde dies aber von namhaften europäischen Alliierten wie Deutschland und Frankreich abgelehnt und so wurde der für den Beitrittsprozess nötige „Membership Action Plan“ (MAP) zurückgehalten. So kam es in der Erklärung zum Gipfeltreffen nur zur lapidaren Feststellung, dass die Ukraine eines Tages Mitglied der Allianz sein wird. Zwei Jahre später wurde die Politik der Blockfreiheit der neuen Regierung Janukowitsch aber ebenso akzeptiert, was wenig überrascht, da die genaue Ausformung der politischen Position zum Bündnis Angelegenheit des Partnerstaates ist.

Bis 2014 sollte für die NATO die Zusammenarbeit mit der Ukraine nie die Bedeutung erlangen, wie sie mit der Russischen Föderation gegeben war. Erst die Annexion der Krim und die anschließend von Moskau unterstützte Separationsbewegung in der Ostukraine sollten die Gewichte verschieben. Während sich Russland immer mehr zum Gegner entwickelte, wurde die Ukraine zu einem Partner, dem geholfen werden musste. Aber nicht zu übermäßig, denn Moskau sollte nicht provoziert und zu einem direkten militärischen Eingreifen veranlasst werden.

Unter diesem Aspekt sind die nur fallweise vorgenommenen Waffenlieferungen einzelner Alliierten an Kiew und das eher bescheidene „Comprehensive Assistance Package“ der NATO als Gesamtes zu sehen. Dieses Hilfspaket umfasste im Wesentlichen die Führungsunterstützung, das Sanitätswesen, Programme für die Beseitigung von Sprengfallen und Minen, Logistik, Cyberabwehr und allgemein die Intensivierung der Ausbildung. Darüber hinaus wurde versucht, die Strukturen der Streitkräfte und des Verteidigungsministeriums auf westliche Standards zu entwickeln, um den Kampf gegen Russland effizienter

führen zu können. Diese Hilfsprogramme wurden zwar nach dem russischen Überfall im Februar 2022 intensiviert und ausgeweitet, im Kern leisten aber die eigentliche Militärhilfe individuelle NATO-Mitgliedsstaaten. „Nur“ deren Koordination wird von den USA und der NATO wahrgenommen, zusätzlich leistet das Bündnis auch uneingeschränkter politischen Beistand im Überlebenskampf Kiews.

Mit den russischen Angriffen auf die Ukraine änderte sich auch die Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zum NATO-Beitritt, konkret stieg die Zustimmung dazu stetig. 2019 nahm Kiew das Ziel der Mitgliedschaft im Bündnis in die Verfassung des Landes auf und stellte nach der russischen Annexion von vier ukrainischen Provinzen im September 2022 den formellen Antrag zum Beitritt.

Damit stellt sich (erneut) die Frage: Wie damit umgehen? Klar ist nur, dass die Ukraine nicht während des laufenden Abwehrkampfes aufgenommen werden kann, da damit dieser Krieg sofort zu einem der NATO werden würde und damit die Eskalation zur großen Auseinandersetzung real ist. Das will niemand, zumal damit die Schwelle zum Nuklearwaffeneinsatz wegen der konventionellen Schwäche Moskaus rasch erreicht bzw. überschritten werden könnte.

Neben dem noch immer offenen Beitrittsantrag Schwedens wird die Allianz beim Gipfeltreffen im Juli in Vilnius/Litauen vor allem die Frage der Mitgliedschaft der Ukraine behandeln. Wenn diese zwar erst nach dem Krieg verliehen werden kann, so drängen doch Kiew und einige osteuropäische Alliierte auf einen klaren „Pfad zur Mitgliedschaft“. Gleichzeitig läuft Österreich Gefahr, als Neutraler von der weiteren sicherheitspolitischen Entwicklung in Europa abgekoppelt zu werden, da eine hohe Zahl an EU-Partnern diese im nordatlantischen Bündnis erarbeiten wird.

Die Frage stellt sich aber umso dringender nach Beendigung der aktuellen Kampfhandlungen. Dabei zeigen sich hier vage die auch in der EU bekannten Ost-West-Unterschiede. Während osteuropäische Staaten eine Aufnahme Kiews mit Ausnahme Ungarns und eventuell Bulgariens unterstützen, zeigen sich westeuropäische Länder, allen voran Deutschland und Frankreich, zurückhaltender. Das Anfang Juni abgehaltene Treffen der NATO-Außenminister brachte eine erste Orientierung mit dem Vorschlag der Aufwertung der bestehenden NATO-Ukraine-Kommission auf einen NATO-Ukraine Rat. Dies würde bedeuten, dass Kiew selbst Ratstreffen anberaumen könnte, in diesem Rahmen bei der Behandlung von

Sicherheitsfragen mit den NATO-Alliierten also „ein Gleicher unter Gleichen“ wäre. Ein Privileg, das bisher nur Russland mit der 2002 erfolgten Einrichtung des NATO-Russland Rates verliehen wurde.



NATO-Generalsekretär Stoltenberg und Präsident Selenskyi am 20 April 2023 in Kiew

Auf den von der Ukraine im vergangenen September vorgelegten Beitrittsantrag ging NATO-Generalsekretär Stoltenberg am Ende des Treffens aber nicht näher ein und wiederholte nur die aus Bukarest 2008 bekannte Formel, dass Kiew irgendwann NATO-Mitglied werden wird. Ob diese Perspektive Kiew nach einer wie immer gearteten Beilegung des Krieges reicht, muss bezweifelt werden. Aus Sicht der Ukraine haben sich alle vorherigen Sicherheitsgarantien für die Souveränität und territoriale Unversehrtheit des Landes als zu schwach herausgestellt. Dazu zählen die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen und in der OSZE, eine de-facto Bündnisfreiheit, das Budapester Memorandum aus 1994 und der bilaterale Vertrag mit der Russischen Föderation aus 1997. Schaut man auf die osteuropäischen Staaten, die ab 1999 der NATO beigetreten sind, so ist klar: nur die Mitgliedschaft im nordatlantischen Bündnis schützt vor russischer Aggression.

Somit werden die Ukraine, an der Spitze ihr zum Gipfeltreffen eingeladenen Präsident Selenskyi, und ihre osteuropäischen Freunde in Vilnius auf einem klaren „Pfad zur Mitgliedschaft“ bestehen. Alles darunter wird als ungenügend beurteilt und könnte für die Einheit der Allianz bedrohlich werden, was in der ohnehin schon ernstesten Situation unbedingt vermieden werden sollte. Aber Polen sowie die baltischen Länder haben für eben diesen Fall schon angedeutet, selbst aktiv zu werden und nötigenfalls Truppen zur Unterstützung Kiews zu entsenden. So ein Alleingang einer Gruppe von Alliierten liegt nicht im Gesamtinteresse des Bündnisses und birgt Gefahren, bis hin zum Beschuss dieser Truppen in der Ukraine durch russische Kräfte.

So oder so wird die Ausarbeitung einer klaren Antwort zum ukrainischen Beitrittsansuchen die Hauptarbeit beim nächsten Gipfeltreffen sein. Die anderen Themen

wie die weitere Sicherung der Ostflanke, das neue Streitkräftenmodell, welches aus Kräften mit unterschiedlichen Bereitschaftsgraden besteht und die NRF ablösen wird, die Bekräftigung bzw. die Erhöhung der Marke von 2% des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben sowie die Vertiefung der Beziehungen zu den Partnern im Indo-Pazifik (Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea), werden leichter zu einem Konsens führen. Und noch ein unerledigtes Ansuchen um Mitgliedschaft könnte das Bild einer ansonsten erfolgreichen Allianz in Vilnius trüben. Jener Schwedens, falls der wiedergewählte türkische Präsident Erdogan und in seinem Kielwasser der ungarische Premier Orban an ihrer Blockade festhalten.

### **Und Österreich?**

Das immerwährend neutrale Österreich zeigt sich von diesen Vorgängen weitgehend unberührt. Auch die Tatsache, dass nach dem erwartbaren Beitritt Stockholms 23 von 27 EU-Mitgliedsstaaten NATO-Alliierte sind und damit 96 % der EU-Bevölkerung unter dem Schirm der Allianz stehen, rüttelt hierzulande außer einigen sicherheitspolitischen Experten niemanden auf. 61 % der Bevölkerung lehnen laut einer im vergangenen April von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik durchgeführten Umfrage einen NATO-Beitritt dezidiert ab, obwohl fast alle unserer EU-Partner dort ihre Sicherheit am besten gewährleistet sehen. Dieser Wert ist auch seit mehreren Jahren konstant, ähnlich wie die Zustimmung zur Neutralität.

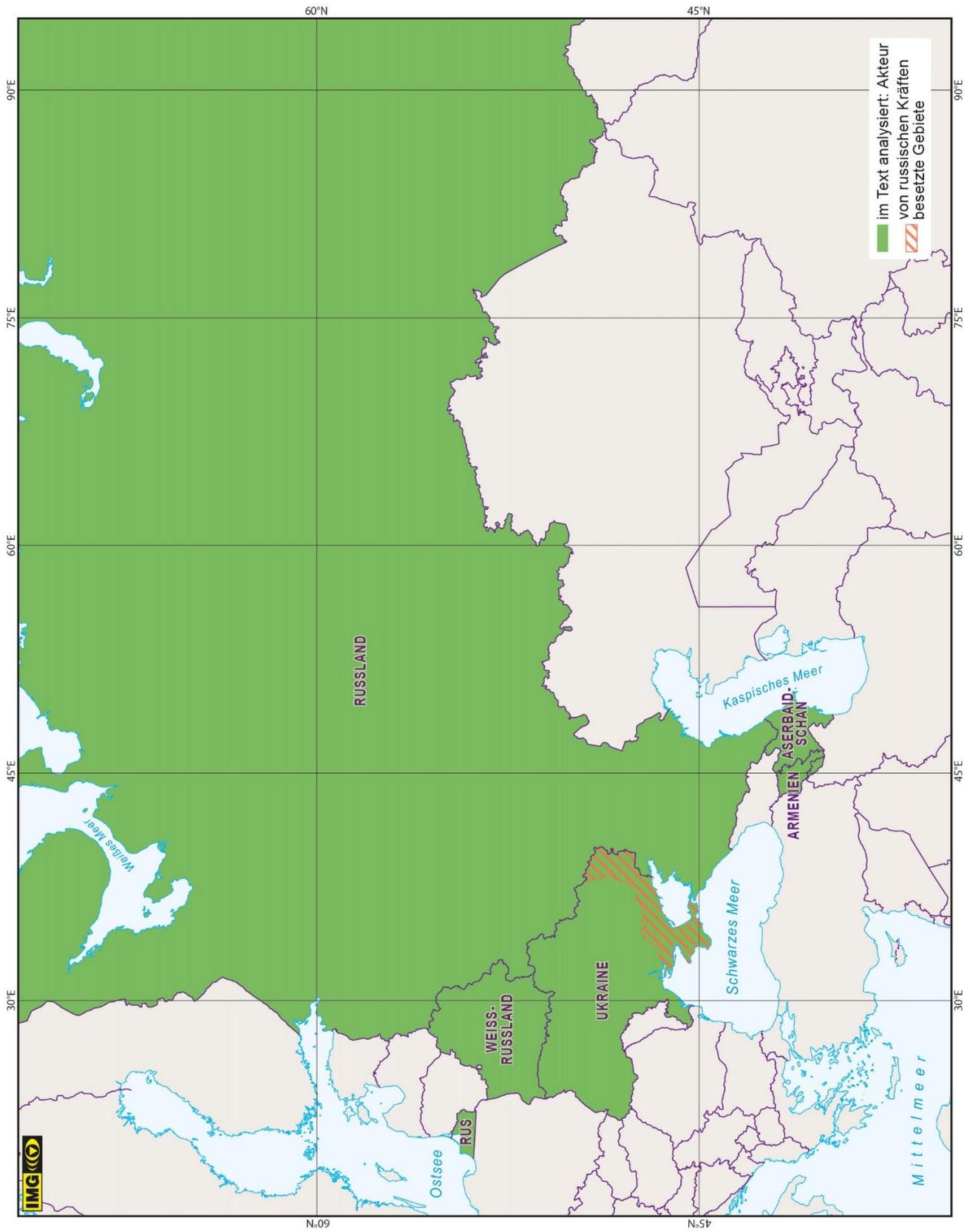
Gleichzeitig muss klar sein, wo sich Österreich 2023 militärisch befindet. Mit Irland, Malta und Zypern bildet unser Land die Gruppe der Neutralen in der EU, an Gemeinsamkeiten weist diese Verbindung die Insellage („der Seligen“...) und die Tatsache auf, dass sie alle militärische Fliegen- bzw. Leichtgewichte sind. Da aber die sicherheitspolitische, und vor allem die militärische Entwicklung Europas vorrangig in der NATO erarbeitet und beschlossen wird, läuft Österreich Gefahr, dabei isoliert zu werden.

Dies zeigt die Sicherung der osteuropäischen Grenze („Ostflanke“), an der Österreich, wie hier schon früher dargelegt, nicht beteiligt ist. Oder NATO-Übungen wie das große Luftwaffenmanöver „Air Defender 2023“, an dem zwar die Streitkräfte fast aller europäischen Länder teilnehmen, nicht aber das österreichische Bundesheer. Um zu erahnen, wie groß die Distanz zu den aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen ist, empfiehlt sich ein Blick auf die Homepage des Bundesheers. Unter „aktuelle Informationen“ wird dort nicht von gemeinsamer Munitionsbeschaffung, von Vorbereitungen zu Großübungen oder von militärischen

Hilfspaketen für die Ukraine, sondern über den 60. Geburtstag des Militärkommandos Wien, die Vertiefung der Kooperation mit der Feuerwehr, dem Führungsunterstützungsbataillon 2 als familienfreundlichen Arbeitgeber oder der Verleihung des Verwaltungspreises an die Heeresbekleidungsanstalt berichtet.

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

**Otto Naderer**



Postsowjetischer Raum

## ... und ihre Partner und Herausforderer

### Der postsowjetische Raum

#### **Russland in der Defensive**

Gut 16 Monate nach Beginn der „Speziellen Militäroperation“ gegen die Ukraine scheint sich Russland in der Defensive zu befinden – militärisch wie auch innenpolitisch. Das zeigt sich nicht nur an der Front, wo seit Anfang Juni die ukrainische Gegenoffensive begonnen hat, sondern auch im Hinterland bei den merklich reduzierten Paraden zur Feier des 9. Mai. Zudem waren erstmals seit Kriegsbeginn signifikante Kampfhandlungen (Oblast Belgorod) und Angriffe (z.B. Kreml) auf unumstritten russischem Gebiet zu verzeichnen.

Innenpolitisch versucht das Putin-Regime seine Stabilität auf allen Ebenen zu erhalten. So wurden unter anderem die seit 2012 quasi traditionellen Märsche des „Unsterblichen Regiments“ im Gedenken an die gefallenen Angehörigen im Zweiten Weltkrieg am 9. Mai aus Sicherheitsbedenken abgesagt. Der eigentliche Hintergrund dürfte aber die Furcht vor einer öffentlichen Debatte über die tatsächlichen Verluste im Krieg gegen die Ukraine gewesen sein. Auch die offene Kritik Jewgenij Prigoschins, Chef der privaten Militärfirma „Wagner“, an der russischen Militärführung u.a. wegen der fehlenden Unterstützung im Kampf um die Stadt Bachmut, zeigt deutlich, dass die Spannungen innerhalb der Eliten zunehmen. Als Reaktion versucht das Regime nun die volle Kontrolle über die privaten Militärfirmen und Freiwilligenverbände in der Ukraine zu erlangen: bis 1. Juli 2023 müssen alle Freiwilligenverbände einen Vertrag mit dem russischen Verteidigungsministerium unterzeichnen, in dem deren Status und Unterstützung geregelt werden. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Duma, General a.D. Andrej Kartapolow, kündigte zudem an, dass ein neues Gesetz auch den Status der – nach geltender Gesetzeslage „illegalen“ – privaten Militärfirmen regeln soll.

#### **Nachfolgergerüchte, Wahlen und ein Haftbefehl**

Trotz Prigoschins „Marsch auf Moskau“ scheint die unmittelbare Gefahr aus dem Inneren für Putin selbst derzeit noch gering. Angesichts des hohen Alters von Putin (70) und seinem engsten Kreis (in ihren 60ern und 70ern), mehrten sich wieder Gerüchte über mögliche Nachfolger. Die Liste möglicher Kandidaten ist lang. Ein gewaltsamer Machtwechsel kann nicht ausgeschlossen werden. Am wahrscheinlichsten wird aber wohl ein Kandidat aus dem System, wie z.B. einer der Söhne der Putin-Vertrauten Nikolaj Patruschew oder Sergej Iwanow, übernehmen. Aber auch andere ca. 50-jährige Prätendenten werden in Expertenkreisen genannt. Allen

ist gemeinsam, dass sie über keine toxische Vergangenheit verfügen, einen Kompromiss zwischen den verschiedenen Elitengruppen schaffen können und für Erneuerung stehen, ohne das „System Putin“ komplett abzuschaffen.

Vorerst scheint sich das Regime aber auf die kommenden Wahlen weiter vorzubereiten. Neben den Präsidentschaftswahlen im März 2024 sind dies vor allem die Regionalwahlen im September 2023. Dabei sind auch die vier von der Ukraine annektierten Regionen Cherson, Saporischschja, Donezk und Luhansk aufgerufen, gemäß russischem Recht ihre „Vertreter“ in die entsprechenden Regionalparlamente und ihre Gouverneure zu wählen. Dass es sich hier nicht um freie und faire Wahlen handeln wird, steht bereits fest. Das Wahlrecht wurde derart angepasst, dass die lokalen Wahlbehörden in diesen Regionen die Möglichkeit haben, Wahllokale „nach Maßgabe der Sicherheitslage“ unangekündigt zu verlegen oder früher zu schließen. Außerdem wird eine unabhängige Wahlbeobachtung massiv erschwert, indem nunmehr den akkreditierten Beobachtern fixe Plätze in den Wahllokalen zugewiesen werden, die sie nicht verlassen dürfen. Es ist davon auszugehen, dass hier in vielen Fällen nicht die beste Sicht auf den Wahl- und Zählvorgang gegeben sein wird.

Putin sichert somit seine Macht im Inneren zwar ab, kann sich allerdings international nur mehr schwer frei bewegen. Im März erließ der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag nämlich einen Haftbefehl gegen Putin. In Russland ist die Befolgung von Urteilen des IGH konsequenterweise seit April mit Haftstrafen bedroht. Dass die Umsetzung aber auch international schwierig sein kann, zeigten die Debatten im Vorfeld des für August geplanten Putin-Besuchs beim BRICS-Gipfel in Südafrika.

#### **Politische Lösung des Ukrainekriegs nicht in Sicht**

Die Regionalwahlen in den besetzten Gebieten stellen auch einen weiteren Versuch dar, die russische Herrschaft über diese Gebiete zu legalisieren, womit eine politische Lösung des Krieges weiter verunmöglicht wird. Am Rande des St. Petersburger Wirtschaftsforum präsentierte eine Delegation afrikanischer Staaten in einem Treffen mit Präsident Putin ihren eigenen Friedensvorschlag (inkl. Anerkennung der international gültigen Grenzen der Ukraine), der vom russischen Präsidenten (und auch dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenski) sofort abgelehnt wurde. Putin bekräftigte, dass er weiter bereit sei, den im März 2022 in Istanbul verhandelten Vertragsentwurf für einen Waffenstillstand umzusetzen. Dieses Dokument ist aber seit dem Teilrückzug der russischen Truppen im

## Prigoschins Abenteuer

Vom 23. auf 24. Juni eskalierte die Situation rund um Wagner, als Prigoschin mit Teilen seiner Truppen nach einem angeblichen Angriff des russischen Militärs auf Wagner-Verbände in die südrussische Stadt Rostow am Don einmarschierte und das Hauptquartier des Südlichen Militärbezirks besetzte und hochrangige Generäle als Geiseln nahm. Prigoschin forderte den Kopf von Verteidigungsminister Schoigu und Generalstabschef Gerassimow. Ein zweiter Teil der Wagner-Truppen setzte sich Richtung Moskau in Bewegung und gelangte bis ca. 200km vor die Stadtgrenzen. Den Wagner-Kämpfern gelang es scheinbar einige russische Armeehelikopter und auch ein „fliegende Kommandostation“ vom Typ IL-22M abzuschießen. Über weitere Verluste und Opfer des knapp eintägigen Aufstandes ist nichts Gesichertes bekannt. Präsident Wladimir Putin erklärte am Vormittag des 24. Juni in einer Fernsehansprache mit aller Härte gegen die Aufrührer vorzugehen, ohne dabei aber Prigoschin direkt anzusprechen. Am Abend erklärte Prigoschin nach der Vermittlung durch den belarussischen Machthaber Lukashenka schließlich den Rückzug seiner Truppen in ihre Feldlager. Der Kreml-Sprecher Dmitrij Peskow berichtete, dass alle Anklagepunkte gegen Prigoschin fallen gelassen würden und Prigoschin ins Exil nach Belarus gehe. Der Großteil der Wagner-Truppen könne, so Peskow, auf individueller Basis Verträge mit dem russischen Verteidigungsministerium abschließen.

Am 26. Juni spät abends trat Putin unerwartet erneut mit einer Ansprache an die Nation auf. Er bedankte sich bei den russischen Bürgern für „ihre Einigkeit und ihren Patriotismus.“. Den Wagner-Kämpfern stellte er nochmals ausdrücklich ihre Optionen dar: als Soldaten der regulären Streitkräfte weiterkämpfen, zu demobilisieren oder nach Belarus auszuwandern. Bei den Streit- und Sicherheitskräften bedankte sich Putin für ihren Einsatz und bekräftigte dies nochmals tags darauf bei einem Empfang einiger Truppen im Kreml. Am 27. Juni erklärte schließlich Lukashenka, dass Prigoschin in Belarus eingetroffen sei. Nach Berichten belarussisch-oppositioneller Quellen sollen Lager für mehrere Tausend Wagner-Truppen in Belarus entstehen. Lukashenka erklärte, dass die belarussischen Streitkräfte von den Erfahrungen der Wagner-Kommandeure lernen müssen. Es sei eine pragmatische Entscheidung gewesen, Wagner in Belarus Asyl zu gewähren.

In Russland wurde Wagner mittlerweile aufgelöst. Auch begannen scheinbar einzelne Säuberungsaktionen, wie z.B. in Syrien wo nach Berichten der syrischen Nachrichtenagentur vom 27. Juni vier Wagner-Kommandanten von der russischen Militärpolizei verhaftet wurden. Ungeklärt scheint noch, was mit dem Vermögen von Wagner – insbesondere den Goldbeständen außerhalb Russlands – geschehen wird. Der russische Außenminister Sergej Lawrow merkte jedenfalls an, dass Russland die Wagner-Missionen in den afrikanischen Staaten weiterführen werde.

Die Expertencommunity ist sich auch einige Tage nach den verworrenen Ereignissen des 24. Juni nicht einig, was das Ziel Prigoschins war: ein Sturz Putins, die Frustration mit Schoigu und Gerasimov oder ob es sich nicht doch um einen Kampf zwischen den St. Petersburger und den Moskauer Clans der russischen Eliten handelte. Putin konnte sich jedenfalls vorerst an der Macht halten. Das kommende Halbjahr wird vermutlich zeigen, wie weit Putin und seine engsten Zirkel gegen alle am Aufstand beteiligten bzw. sich mit Prigoschin solidarisierenden Teile der Elite vorgehen werden.

Zugleich hat das Regime eine Lehre aus dem Vorfall gezogen: die Russische Garde, Putins „Aufstands-bekämpfungstruppe“, soll nun Kampfpanzer und Artilleriesysteme mit großer Reichweite erhalten – nicht nur gegen ähnliche Gegner wie Wagner, auch für einen effektiveren Einsatz in der Ukraine, wie ein Sprecher der Garde erklärte.

Sommer 2022 für die Ukraine keine Verhandlungsbasis mehr. Selenski betonte wiederholt, dass ein Frieden erst nach einem vollständigen russischen Rückzug aus der Ukraine möglich ist. Rund 92% der ukrainischen Bevölkerung teilen einer Umfrage von Jänner 2023 zufolge diese Haltung. Verhandlungen mit Russland lehnen 66 % ab (zum Vergleich: im Mai 2022 waren es nur 37 %).

In einem Interview mit RT erklärte der Kreml-Sprecher Dmitrij Peskow ausführlich, wie Russland den aktuellen Stand des Kriegs sieht. Russland versuche, so Peskow, einen Krieg zu beenden, der von Kyjiw im Jahr 2014 entfesselt wurde, und der zum jetzigen Zeitpunkt faktisch vom „kollektiven Westen“ geführt wird. Die Ukraine habe keine Souveränität und keinen freien Willen, erklärte Peskow weiter. Ob daher eine politische Lösung in Bezug auf die Ukraine mit dem Kreml möglich ist, sei dahingestellt. Die Sichtweise Peskows unterstreicht aber auch, dass sich Russland eigentlich nicht (mehr) in einem zwischenstaatlichen Konflikt befindet, sondern seine Handlungen auf die Erreichung der Kriegsziele auf der globalen Ebene ausrichtet. Putin sei aber, so Peskow im selben Interview, offen für einen Dialog mit allen Kräften, die an einer Wiederherstellung des Friedens in der Welt interessiert seien. Ob Putin nach den Unruhen des 26. Juni aber ein verlässlicher Verhandlungspartner für die Ukraine und den Westen ist, sei vorerst dahingestellt. Es bleibt abzuwarten, ob es dem Regime gelingt sich wieder zu stabilisieren.

#### **Risikofaktor: Russische Atomwaffen in Belarus**

Vorerst setzt Putin jedoch im geopolitischen Systemkonflikt mit dem Westen auf den Faktor Abschreckung. Die angekündigte Stationierung russischer Nuklearwaffen in Belarus dürfte einer Doppelstrategie folgen: zum einen wird Belarus in einer Art „nuklearer Teilhabe“ unter den russischen Atomschirm geholt, zum anderen könnten russische Atomwaffen aus Belarus gegen die Ukraine eingesetzt werden, um somit gegebenenfalls nicht-russisches Territorium einem unmittelbaren (konventionellen) Vergeltungsschlag auszusetzen. Zur Vorsicht mahnen sollte vor diesem Hintergrund, dass laut Berichten auch einzelne belarussische Luftwaffeneinheiten befähigt werden sollen, russische Atomwaffen selbstständig einzusetzen.

Drohungen mit begrenzten Nuklearschlägen gegenüber dem Westen und/oder der Ukraine durch Spitzenpolitiker wie Ex-Präsident Dmitrij Medwedew oder Politanalysten wie dem Doyen der russischen Realisten Sergej Karaganow nahmen in den ersten Juni-Wochen angesichts der nicht erfolgreichen russischen Frühjahressoffensive und der nunmehrigen Bedrohung durch die ukrainische Gegenoffensive wieder zu. Das

Risiko einer nuklearen Eskalation ist aber weiterhin äußerst gering. Trotzdem dürfte ein derartiges Szenario im kommenden Halbjahr je nach den ukrainischen Erfolgen am Schlachtfeld und der weiteren Entwicklung der westlichen (Militär-)Hilfen für die Ukraine angesichts des anstehenden US-Präsidentschaftswahlkampfes unter russischen Entscheidungsträgern vermutlich verstärkt diskutiert werden. Denn auch wenn Russland über ausreichend Mittel verfügt, den Krieg jedenfalls bis 2024 in einer hohen Intensität fortführen zu können, gestehen russische Experten mittlerweile auch im öffentlichen Diskurs die eigenen Schwächen im Vergleich zur westlichen Unterstützung für die Ukraine ein. Für den Kreml wird es wohl immer schwieriger, eine zufriedenstellende Entscheidung in der Ukraine und ultimativ im Krieg gegen den „kollektiven Westen“ herbeizuführen.

#### **Belarus: Gerüchte um eine russische Übernahme**

Anfang des Jahres wurden angebliche Pläne der russischen Präsidentialadministration aus dem Jahr 2021 für eine Annexion von Belarus bis 2030 bekannt. In diesem Papier werden kurz-, mittel- und langfristige Ziele für die Russifizierung von Belarus dargelegt. Der Plan ist entsprechend der damaligen Situation durchaus plausibel, die Zeitanhalte dürften jedoch von einem raschen russischen Sieg in der Ukraine ausgegangen sein.

Der belarussische Machthaber Lukaschenka hat demgegenüber bekanntlich kein Interesse, seine Macht aufzugeben, wenngleich er seit Kriegsbeginn in vielen Politikbereichen umfangreiche Zugeständnisse an Moskau machen musste. So verläuft die Integration von Belarus in den russisch-belarussischen Unionsstaat weiterhin erfolgreich und Lukaschenka selbst berichtete im April, dass rund 80 % der 28 Bereiche des Integrationsprojektes umgesetzt wurden. Dennoch dürfte es Lukaschenka laut Expertenmeinungen gelungen sein, im Tausch für die militärische Unterstützung Russlands seine Wunschnachfolgerin, die Sprecherin des Rates der Republik (Oberhaus) Natalja Kotschanowa, gegenüber dem Kreml durchzusetzen. Vorerst dürfte Kotschanowa aber nur im Falle eines Ablebens von Lukaschenka zum Zug kommen. Lukaschenka sei nämlich nicht bereit, in der gegenwärtigen Situation die Macht abzugeben – wohl auch um einen Machtkampf zu verhindern. Auch die Ukraine strebt einen betont friedlichen Machtwechsel in Minsk an, damit zukünftig von Belarus keine Bedrohung für die Ukraine mehr ausgeht.

#### **Ukraine und Moldau: Ein Jahr EU-Kandidaten**

Am 23. Juni 2022 wurde seitens der EU-Kommission der Ukraine und der Moldau offiziell der EU-Kandidatenstatus verliehen. Damit einher gingen

Reformauflagen, die durch die beiden Staaten vor dem Beginn des formellen Beitrittsprozesses zu erfüllen sind. Im Rahmen eines mündlichen Briefings wurden die EU-Außenminister beim Rat am 22. Juni 2023 über den Zwischenstand der Reformen durch den EU-Erweiterungskommissar Olivér Várhelyi unterrichtet. Eine umfangreiche und öffentliche Einschätzung der Reformen wird voraussichtlich im Oktober veröffentlicht.

Kyjiw hat laut Medienberichten über den Zwischenbericht der EU-Kommission zwei seiner sieben Reformaufträge zur Jahresmitte 2023 umgesetzt:

1. (teilweiser Fortschritt) Reform des Auswahlverfahrens für Richter des Verfassungsgerichts, einschließlich eines Vorauswahlverfahrens auf der Grundlage von Integrität und beruflichen Fähigkeiten im Einklang mit den Empfehlungen der Venedig-Kommission;
2. (erfüllt) Abschluss der Integritätsprüfung der Kandidaten für die Mitglieder des Hohen Justizrates durch den Ethikrat und Auswahl der Kandidaten für die Einrichtung der Hohen Qualifikationskommission für Richter der Ukraine;
3. (teilweiser Fortschritt) Verstärkung der Korruptionsbekämpfung, insbesondere auf hoher Ebene, durch proaktive und effiziente Ermittlungen und eine glaubwürdige Erfolgsbilanz bei Strafverfolgungen und Verurteilungen; Ernennung eines neuen Leiters der auf Korruptionsbekämpfung spezialisierten Staatsanwaltschaft und eines neuen Direktors des Nationalen Antikorruptionsbüros der Ukraine per Auswahlverfahren;
4. (teilweiser Fortschritt) Anpassung der Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche an die Standards der Financial Action Task Force (FATF); Annahme eines übergreifenden strategischen Plans für die Reform des gesamten Strafverfolgungssektors der Ukraine;
5. (teilweiser Fortschritt) Umsetzung des Anti-Oligarchen-Gesetzes zur Begrenzung des übermäßigen Einflusses von Oligarchen im wirtschaftlichen, politischen und öffentlichen Leben; dies sollte auf rechtlich einwandfreie Weise geschehen, unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Venedig-Kommission zu den einschlägigen Rechtsvorschriften;
6. (erfüllt) Bekämpfung des Einflusses von Oligarchen durch die Verabschiedung eines Mediengesetzes, das die ukrainischen Normen mit der EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste in Einklang bringt und die unabhängige Medienaufsichtsbehörde stärkt;

7. (teilweiser Fortschritt) Abschluss der Reform des Rechtsrahmens für nationale Minderheiten gemäß den Empfehlungen durch die Venedig-Kommission, und sofortige und wirksame Umsetzung.

Anonyme Stimmen aus der EU-Kommission zeigen sich verhalten positiv und erkennen insbesondere die Reformbemühungen Kyjiws unter Kriegsbedingungen an. Dennoch seien viele Gesetzesvorschläge noch nicht zufriedenstellend, so EU-Offizielle. Positiv hervorgehoben wurden aber erste Erfolge bei der Korruptionsbekämpfung auf höchster Ebene, wie z.B. die Verhaftung eines stellvertretenden Ministers wegen Annahme von Schmiergeld in der Höhe von 400.000 USD im Jänner 2023 oder die Festnahme eines Höchstrichters wegen einer vermutlichen Schmiergeldzahlung über 2,7 Mio. USD. Dennoch wird der ukrainische Wunsch eines EU-Beitritts bis 2025 wohl nicht erfüllbar sein.

Realistischer ist wohl ein Beitritt bis 2030, den laut Umfragen von Jänner 2023 rund 86 % der Ukrainer erwarten – auch im Osten des Landes. Auch die Präsidentin der Republik Moldau, Maia Sandu, nennt das Jahr 2030 als Ziel für den EU-Beitritt ihres Landes. Seitens der EU und der beiden Kandidaten wird aber auch dieser Zeitraum deutliche Anstrengungen erfordern.

Moldau erfüllt, so der oben erwähnte EU-Zwischenbericht, drei von neun Reformbedingungen in den Bereichen demokratische Reformen, zivilgesellschaftlicher Dialog und Schutz von Menschenrechten. Bei Korruptionsbekämpfung und De-Oligarchisierung müsse Chişinău noch größere Anstrengungen unternehmen.

Neben den geforderten Reformen unterstützt die EU die Republik Moldau seit Anfang Juni auch mit Spezialisten im Rahmen einer zivilen GSVP-Mission (EU-Partnerschaftsmission Moldau – EUPM) beim Ausbau der Krisenmanagement-Kapazitäten, bei der Abwehr von Cyber- und hybriden Bedrohungen sowie der Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und politischer Einflussnahme. Die 39 Personen starke Mission hat vorerst ein Mandat auf zwei Jahre. Rund 80 Mio. EUR wurden zudem über die Europäische Friedensfazilität für den Aufbau bzw. die Modernisierung der moldauischen Streitkräfte bereitgestellt.

### **Armenien-Aserbaidschan: Fortschritte bei der Normalisierung der Beziehungen**

Im Gegensatz zum negativen Ausblick zu Jahresanfang entwickelte sich der armenisch-aserbaidschanische Konflikt in der ersten Jahreshälfte trotz mehrfacher, kleinerer Waffenstillstandsverletzungen positiv. Ungeachtet weiterer negativer Faktoren, wie der aufrechten Blockade des Lachin-Korridors und der Errichtung eines aserbaidschanischen Checkpoints auf der einzigen Verbindungsstraße zwischen Armenien und „Berg-Karabach“ am 23. April 2023 konnten einige Fortschritte im Friedensprozess erzielt werden. Sowohl Russland und die EU als auch die USA haben sich als Vermittler etabliert. Bei diversen Gesprächen auf Minister- und Regierungs-/Staatschef-Ebene in Moskau, Brüssel und Washington demonstrierten sowohl Armenien als auch Aserbaidschan ihren politischen Willen für eine Beilegung des Konfliktes, trotz der steten kleineren Waffenstillstandsverletzungen und der eingangs genannten Probleme.

Bei einem trilateralen Treffen in Brüssel am 14. Mai 2023 einigten sich der armenische Premierminister Nikol Paschinjan und der aserbaidschanische Präsident Ilham Alijew unter Vermittlung durch EU-Ratspräsident Charles Michel auf die Anerkennung ihrer jeweiligen territorialen Integrität. In diesem historischen Schritt erkannte erstmals ein armenischer Regierungschef die Zugehörigkeit der ehemaligen autonomen Oblast Berg-Karabach zu Aserbaidschan offiziell an. Eine zentrale Forderung von armenischer Seite bleibt aber weiterhin die Wahrung der Minderheitenrechte der Karabach-Armenier.

Auch die Normalisierung der türkisch-armenischen Beziehungen zeitigt Fortschritte. So war Paschinjan am 3. Juni bei der Inauguration des wiedergewählten türkischen Präsidenten Recep Erdoğan offiziell eingeladen und auch anwesend. Einen Schatten auf diesen Prozess wirft die Einweihung eines nationalistischen Denkmals in Jerewan, das u.a. an die Mordattentate an osmanischen Offiziellen wegen ihrer Verantwortung am Völkermord an den Armeniern erinnert.

Während sich die offiziellen politischen Vertreter konzilient zeigen und sich auch teilweise in rhetorischer Zurückhaltung üben (z.B. Vermeidung von umstrittenen Begriffen wie „Zangezur-Korridor“), stellen nationalistische Kräfte in den beteiligten Staaten eine nachhaltige Bedrohung für jedes potenzielle Friedensabkommen dar. Vorerst scheint jedoch der politische Wille zu siegen und besonders in Armenien zeigt sich Paschinjan weitgehend unbeeindruckt vom politischen Druck der Opposition. In seiner Ansprache zum Tag der Republik am 28. Mai erklärte er, dass die

Menschen in Armenien „*heute und nicht in einer fernen Zukunft*“ in Wohlstand und Freude leben sollten. „*Der Moment den historischen Knoten aufzulösen ist jetzt und nicht später*“, so Paschinjan weiter. Armenien bleibt angesichts seiner Lage aber auch nur, die gegenwärtige Dynamik für einen baldigen Friedensvertrag zu nutzen, solange alle Parteien an einer Beilegung des Konfliktes interessiert sind und vor allem Russland sich keinen neuen Konflikt im Südkaukasus leisten kann.

### **Ausblick**

Die zweite Jahreshälfte 2023 im post-sowjetischen Raum wird durch den Ausgang der ukrainischen Offensiven bestimmt. Sollte es der Ukraine nicht gelingen, maßgebliche Erfolge vorzuweisen, dürfte vor allem von US-amerikanischer Seite das Ausmaß der Unterstützung angesichts des beginnenden Präsidentschaftswahlkampfes angepasst werden.

Für Russland zeigt sich der Krieg heuer bereits finanziell kostspieliger als erwartet, insofern, als die Staatseinnahmen (v.a. aus Öl- und Gasexporten) hinter den Erwartungen zurückbleiben. Sollte die EU weitere Sanktionspakete beschließen und die Umgehung über Drittstaaten erschweren, so ist zu erwarten, dass Importe sanktionierter Güter nicht unmöglich, aber deutlich teurer werden und den russischen Staatshaushalt weiter belasten.

Nach dem versuchten „Aufstand“ durch Jewgenij Prigosich und „Wagner“ dürfte ein vorrangiges Ziel des russischen Regimes die innere Stabilisierung sein. Es ist zu erwarten, dass einzelne Rädelführer – und möglicherweise auch Prigoschin selbst trotz aller Garantien – in den kommenden Wochen und Monaten für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden. Putins Beliebtheit dürfte der 24. Juni nicht geschadet haben, im Gegenteil zeigen erste Umfragen eine Rekord-Zustimmung von 90%.

Auf die Kampfhandlungen in der Ukraine scheint die innere Unruhe vorerst keine Auswirkungen zu haben. Mit einem Rückgang der Kämpfe ist jedenfalls auch im Herbst/Winter 2023 nicht zu rechnen. Sowohl die Ukraine als auch Russland zeigen kein Interesse an einer Verhandlungslösung. Kyjiw wird wohl auch gerade jetzt ein Einfrieren des Krieges verhindern wollen. Die größte Gefahr für die Ukraine liegt derzeit vermutlich in der Frustration der westlichen Unterstützer, sollte die Offensive nicht deutliche Erfolge bringen. Frustration ist aber auch in Russland ein Risikofaktor, insofern als man sich immer offener in einem als Krieg gegen den „kollektiven Westen“ bezeichneten Systemkonflikt versteht und zugleich die wirtschaftliche Resilienz und rüstungs-industrielle Leistungsfähigkeit des Westens anerkennen muss. Folglich bleibt Russland nur auf eine

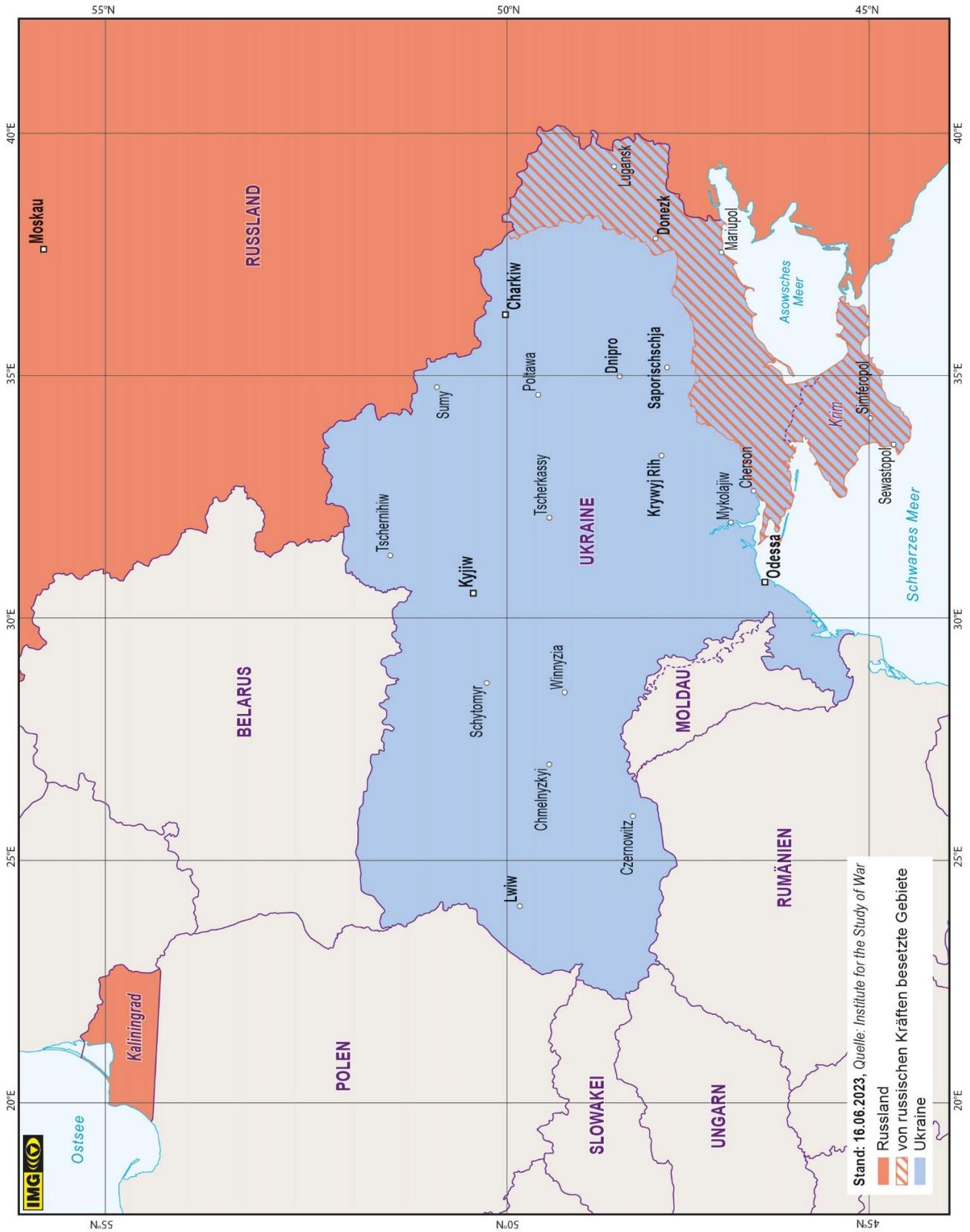
Schwächung des politischen Willens hinzuarbeiten. In dieser Hinsicht ist wahrscheinlich mit einer Zunahme nuklearer Drohungen aus dem Kreml zu rechnen.

Abseits der Kampfhandlungen ist zu erwarten, dass sowohl die Ukraine als die Republik Moldau versuchen werden die von der EU vorgegebenen Reformen bis zur Evaluierung im Herbst voranzutreiben oder sogar abzuschließen. Zudem steht eine erneute Bewertung des georgischen Beitrittsgesuchs von 2022 an. Eine Zuerkennung des Kandidatenstatus an Tiflis wäre jedoch aus gegenwärtiger Sicht eine überwiegend geopolitische Entscheidung, die mehr Nach- als Vorteile für Georgien als auch die EU brächte.

Bei den südkaukasischen Nachbarn Armenien und Aserbaidschan ist nicht von einem Friedensvertrag im kommenden Halbjahr auszugehen, aber weitere Fortschritte sind jedenfalls möglich. Eine Einigung über den in der Trilateralen Erklärung vom 9. November 2020 geforderten Korridor zwischen Aserbaidschan und der Exklave Nachitschewan könnte zumindest grundsätzlich erreicht werden.

**Christoph Bilban**





Der Ukrainekrieg

## Militärstrategische Analyse des russisch-ukrainischen Krieges: 16 Monate Krieg und kein Ende in Sicht

Trotz sechzehn Monaten blutiger Auseinandersetzung in der Ukraine konnte keine der beiden Seiten bis jetzt ihre strategischen Ziele erreichen. Das Kampfgeschehen wogt hin und her – eine militärische Entscheidung zeichnet sich jedoch auch in naher Zukunft nicht ab. Zum Leidwesen der ukrainischen Bevölkerung weisen zahlreiche Indikatoren darauf hin, dass der zermürbende Krieg im Osten Europas noch lange nicht beendet ist. Beide Seiten haben weder ihre (militär-)strategischen Ziele erreicht, noch sind sie am Ende ihrer Kräfte angelangt, was sie an den Verhandlungstisch bringen könnte. Die Folgen der „Meuterei“ der Wagner-Gruppe sind äußerst schwer abzuschätzen, scheinen aber auf den ersten Blick weder das politische System Putins ins Wanken gebracht, noch das Geschehen an der Front maßgeblich beeinflusst zu haben. Im folgenden Beitrag soll ein Überblick über die operativen Ereignisse des ersten Halbjahres 2023 und ihre strategischen Auswirkungen gegeben werden – von der gescheiterten russischen „Winteroffensive“ bis zum „Marsch der Gerechtigkeit“ Prigoschins am 24. Juni. Der Konflikt strahlt jedoch weit über die Grenzen der Ukraine hinaus, weshalb in einem zweiten Teil die internationalen Zusammenhänge und insbesondere der Kampf der Narrative dargestellt werden soll.

### Verlustreicher Stillstand

Ein Blick auf den Frontverlauf offenbart Mitte 2023 nur marginale Veränderungen im Vergleich zum Beginn des Jahres. Nach den erfolgreichen Gegenoffensiven im September und im November des Vorjahres, in denen es den ukrainischen Streitkräften gelang, sowohl im Norden bei Charkiv, als auch im Süden im Raum Cherson, große Teile ihres Heimatlandes zurückzuerobern, waren im Beobachtungszeitraum kaum Verschiebungen der Frontlinie zu vermerken. Trotz der Vorgabe des Kremls, in diesem Zeitraum den gesamten Donbass zu „befreien“, konnten die russischen Streitkräfte unter Inkaufnahme großer Verluste die politischen Vorgaben nicht erfüllen. Schmerzhaft Niederlagen wie bei Wuhledar erstickten die Winteroffensive Russlands im Keim.

Die Kämpfe erfolgten mit Schwergewicht im Osten der Ukraine entlang der Linie Lyman, Bachmut, Avdiivka und Marjinka. Besonders Bachmut stand hier im medialen Rampenlicht, war es doch die Stadt, in der die berühmte Söldner-Gruppe Wagner mit Masse eingesetzt war. Diese Aufmerksamkeit verdankte die Schlacht vor allem dem Kopf dieses Unternehmens,

Jewgeni Prigoschin, der nicht müde wurde in Sozialen Medien, die Erfolge seiner Männer hervorstreichend. Dabei geizte er keineswegs mit Kritik an den regulären Streitkräften und ihrer Führung in Moskau und beschwerte sich über mangelnde Unterstützung. Dennoch gelang es schließlich unter massiven Verlusten die Stadt Ende Mai gänzlich zu erobern – ukrainische Gegenstöße konnten zwar kurzfristige Erfolge erzielen, scheiterten dann aber ihrerseits, die Stadt zu umfassen und einzukesseln.

Wagner setzte in dieser Schlacht unter anderem auf russische Sträflinge, denen im Gegenzug für den Einsatz an der Front eine Amnestie versprochen wurde. Die Verluste waren entsprechend der rücksichtslosen Einsatzführung hoch und betragen auf Seiten Wagners nach Angaben Prigoschins über 20.000 tote Söldner. Überdies hat sich gezeigt, dass die Wagner-Gruppe zwar als schlagkräftig zu bewerten und tatsächlich den aktuell eingesetzten russischen Streitkräften in vielen Punkten überlegen ist, auf der anderen Seite aber auch eine hohe Abhängigkeit von der regulären Armee gegeben ist: Einerseits benötigt Wagner die Lieferungen an Kriegsmaterial und vor allem Munition, andererseits bedarf es staatlicher Unterstützung bei der Rekrutierung. Vor allem aber die Abstützung auf Aufklärungs- und Artillerieunterstützung durch die russische Armee muss hervorgehoben werden. Obwohl die Stadt Bachmut aus operativer und taktischer Sicht keine besondere Bedeutung hatte, konnte Prigoschin durch ihre Eroberung politische und mediale Anerkennung in Russland ernten. Nach der Eroberung der Stadt wurden die Söldner der Wagner-Gruppe durch reguläre Streitkräfte abgelöst.



Bachmut 2023

Andere Beobachter gehen davon aus, dass der Kampf um Bachmut in erster Linie dazu diente, die ukrainischen Streitkräfte abzunutzen und den Aufbau eines Offensivpotentials im Hinblick auf eine Gegenoffensive zu verzögern und zu schwächen. Inwiefern dies Russland gelungen ist, wird der Ausgang der ukrainischen Sommeroffensive weisen.

### **Warten auf die ukrainische Gegenoffensive**

Während die russische Offensive ihr Ziel, den Donbass zu erobern, verfehlte, liefen die Vorbereitungen der vielfach angekündigten ukrainischen Gegenoffensive. Durch die Lieferung westlicher Waffen konnte die Ukraine neun Brigaden aufstellen. Dazu kamen drei weitere Brigaden, die aus eigenen Beständen bestückt werden konnten. Über den Einsatz dieser Kräfte wurde vielfach spekuliert.

Eine Rückeroberung der Krim durch ein Übersetzen des Dnepr ist aus Sicht des Verfassers als sehr riskant zu beurteilen, da die Übersetzung bei fehlender Luftüberlegenheit in diesem schwierigen Gelände in einer raschen Kulmination enden könnte. Darüber hinaus hatten die russischen Streitkräfte Monate Zeit, sich in diesem Raum einzugraben.

Ein Angriff von Saporischschja Richtung Süden, um die wichtigen logistischen Knoten Melitopol und Mariupol zu nehmen, erschien vielen Militärexperten erfolversprechender. Das Gelände ist hier flach und daher günstig für mechanisierte Angriffe, jedoch haben auch hier russische Kräfte massive Verteidigungsvorbereitungen getroffen. Mit diesem Ansatz könnte die Ukraine jedoch die Krim vom russischen Kernland abschneiden, welche dann nur noch über die (bereits einmal angegriffene) Brücke bei Kertsch auf dem Landweg versorgt werden könnte.

Eine dritte Variante wäre ein Vorstoß im Osten – beispielsweise die Rückeroberung Bachmuts – könnte zumindest im Informationsumfeld als großer Erfolg verkauft werden.

Der Zeitpunkt der ukrainischen Gegenoffensive wurde mehrfach nach hinten verschoben. Einerseits wurde dies dem Wetter zugeschrieben – die berüchtigte Schlammperiode („Rasputiza“), die in der Historie bereits mehrfach Offensiven scheitern ließ, wäre hier zu nennen. Andererseits stand die Ukraine auch vor der Herausforderung, die zahlreichen unterschiedlichen Waffensysteme in ihre Streitkräfte zu integrieren. Dies war aus logistischer Sicht eine große Anstrengung, aber auch das Personal musste auf dem Gerät geschult und ausgebildet werden. Aufgrund der großen Erwartungen und des Erfolgsdrucks wollte man auch ein überhastetes Antreten um jeden Preis vermeiden.

### **Die lang ersehnte Gegenoffensive**

Anfang Juni war es schließlich soweit und die ersten lang erwarteten ukrainischen Vorstöße fanden im Raum Saporischschja Richtung Süden, aber auch weiter ostwärts im Raum Donetsk statt. Auf verschiedenen Achsen versuchten die Ukrainer mit den neu aufgestellten Brigaden, die Gefechtsvorpostenlinien der russischen Streitkräfte zu durchbrechen. Die ersten

Ansätze stellten sich als teilweise äußerst verlustreich für die Ukrainer dar, wenngleich definitive Aussagen zu diesem Zeitpunkt noch nicht getroffen werden können.

Dennoch war aus dem verfügbaren Bildmaterial erkennbar, dass bereits einige westliche Waffensysteme – wie etwa Leopard-Kampfpanzer und Bradley-Schützenpanzer – zerstört wurden.



Zerstörte westliche Panzer im Zuge der ukrainischen Gegenoffensive

Besonders schmerzhaft erschien der Verlust essenzieller Minenräumfahrzeuge, ohne die die Gegenoffensive in den Minenfeldern der russischen Streitkräfte zum Erliegen kommen könnte. Fehlende Luftüberlegenheit der Ukraine gepaart mit unterlegener Steilfeuerunterstützung erschwerte ein erfolgreiches Durchstoßen der russischen tiefgestaffelten Verteidigungslinien. Auf Kreml-treuen Informationskanälen herrschte überwiegend eine optimistische Stimmung, die Gegenoffensive abwehren zu können, während auf Seite der Ukraine relativ zurückhaltend über die Offensive kommuniziert wird. Dennoch ist zum aktuellen Zeitpunkt (Ende Juni 2023) eine seriöse Aussage über den finalen Ausgang der ukrainischen Offensivbemühungen nicht möglich. Viele kriegshistorische Beispiele zeigen, dass ein einzelner punktueller Durchbruch massive Auswirkungen auf ein Verteidigungsdispositiv haben kann – es ist daher zu Beginn der Offensive noch alles offen.

Der von Jewgeni Prigoschin initiierte „Marsch der Gerechtigkeit“ der Wagner-Truppen, bei dem Rostov am Don und das darin befindliche Hauptquartier des Militärbezirks Süd der Russischen Streitkräfte besetzt wurde, sorgte am 24. Juni für internationale Verwirrung. Nachdem schon an die 5.000 Wagnersöldner in Richtung Moskau zogen und mehrere Heeresfliegerkräfte vernichteten, blies Prigoschin das Unternehmen nach wenigen Stunden ab und setzte sich nach Weißrussland ab. Obwohl sowohl Putin, als auch Prigoschin um ein Glätten der Wogen nach diesem Zwischenfall bemüht waren, ist von einer nachhaltigen Schwächung des Images Putins als starker Mann auszugehen. Welche Auswirkungen dieser Vorfall auf die Offensive haben

wird, ist zum derzeitigen Zeitpunkt nicht absehbar. Sollte der Kreml mit Paranoia und Repression auf dieses Ereignis reagieren, ist eventuell mit einer Verlagerung von Kräften ins Inland zur Vermeidung ähnlicher Vorfälle zu rechnen.

Eine erfolgreiche Offensive ist für die Ukraine hinsichtlich der Moral der eigenen Truppen, aber vor allem im Hinblick auf weitere westliche Waffenlieferungen von großer Bedeutung. Die Erfolge bei Charkiv und Cherson hatten sicherlich zu einer erhöhten Bereitschaft des Westens beigetragen, die Ukraine mit mehr Material und Waffen zu unterstützen. Es ist daher davon auszugehen, dass die Offensive selbst bei geringen Gebietsgewinnen durch Kiew als Erfolg verkauft werden wird. Entscheidend wird dabei aber auch sein, wie hoch dabei die ukrainischen Verluste sein werden, um vor allem die Kriegsbereitschaft der eigenen Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

### **Der Kampf in der Tiefe der Ukraine...**

Die fehlenden taktischen Erfolge an der Front versuchte Russland bereits im Winter durch strategische Bombardements und gezielte Schläge in der Tiefe der Ukraine zu kompensieren. Die große Befürchtung, die Vernichtung der kritischen Infrastruktur würde im Winter eine humanitäre Katastrophe verursachen, hat sich zur Erleichterung des Westens nicht bewahrheitet. Ein recht milder Winter in Verbindung mit einer hohen Resilienz hinsichtlich der Wiedererrichtung zerstörter Anlagen hatte hier schlimmere Auswirkungen verhindert. Auch im Frühjahr setzte Russland seine Anstrengungen fort, Ziele in der Tiefe des Raums zu bekämpfen. Im Zuge dieser Angriffe kamen nicht nur Marschflugkörper, sondern vor allem auch Drohnen zum Einsatz. Hier sind vor allem die Shahed 136/131 -Drohnen aus dem Iran zu nennen. Deren stetige Lieferung macht deutlich, dass die Hoffnung, Russland könnten die militärischen Mittel für diese Art der Kriegsführung ausgehen, sich nicht realisieren wird. Obwohl eine gewisse Erschöpfung der russischen Reserven bemerkbar ist, lassen die Produktionskapazitäten Russlands in Verbindung mit diesen Waffenlieferungen kurz- bis mittelfristig keine Veränderung dieser Strategie erwarten.

Die Schläge auf die Energieversorgung diente hierbei nicht nur der (fehlgeschlagenen) Zermürbung der Zivilbevölkerung, sondern auch der Beeinträchtigung der ukrainischen Logistik. Insbesondere der Zugverkehr, der in der Ukraine mit Masse auf Elektrizität beruht, konnte damit zeitweise lahmgelegt werden. Angesichts der angekündigten ukrainischen Gegenoffensive wurden seit dem Frühjahr gezielt vermutete Aufmarschräume bekämpft, um ein Wirksamwerden der westlichen Waffenlieferungen zu verhindern. Über den Erfolg dieser Operationen und inwieweit Russland die Kräfte für die

Gegenoffensive tatsächlich abnutzen konnte, kann derzeit nur spekuliert werden.

Ein Angriff der besonderen Art ereignete sich in den frühen Morgenstunden des 6. Juni, als der Staudamm bei Kakhovka vermutlich gesprengt wurde. Beide Seiten schrieben die Verantwortung für diese Aktion der Gegenseite zu, aber auch ein „natürlicher“ Bruch aufgrund fehlender Wartung in den letzten Monaten wurde als Theorie ins Feld geführt. Obwohl durchaus beide Kontrahenten nachteilige Konsequenzen durch die entstandenen Überschwemmungen erlitten haben, schien die Ukraine größere Nachteile daraus zu ziehen: Russland musste zwar seine Verteidigungsstellungen am Dnepr räumen und gleichzeitig wurde die Trinkwasserversorgung auf der Krim gefährdet, für die Ukraine stellen die gefluteten Gebiete aber nicht nur eine humanitäre Katastrophe dar, auch ein möglicher amphibischer Ansatz von Cherson wurde dadurch zumindest kurzfristig ausgeschlossen.

### **...und in der Tiefe Russlands**

Mit Fortschreiten des Frühjahrs konnten aber auch erstmals Schläge auf russisches Territorium beobachtet werden. Zum einen fanden vermehrt Drohnenangriffe auf russische militärische Einrichtungen statt. Besondere mediale Aufmerksamkeit erlangte der „Angriff“ auf den Kreml, als eine Drohne in einen Turm des Gebäudes stürzte. Zum anderen konnten zahlreiche Entgleisungen russischer Züge beobachtet werden, die vermutlich auf Sabotageakte zurückgingen.



Drohnenangriff auf den Kreml am 3. Mai 2023

Ende Mai erfolgte ein Überfall von irregulären Milizen (Russische Freiheitslegion sowie Russisches Freiwilligen Korps) auf einen Grenzposten in der Region um Belgorod. Dieser kompaniestarke Ansatz mit gepanzerten Gefechtsfahrzeugen verursachte gerade im Informationsumfeld große Aufmerksamkeit, obgleich seine militärischen Auswirkungen als überschaubar zu beurteilen sind. Der zeitliche Kontext – der Angriff erfolgte unmittelbar nach der Verkündung der Eroberung Bachmuts – lässt vermuten, dass die

Ablenkung von dieser Niederlage der primäre Zweck dieser Aktion war.

Obwohl die ukrainische Führung sich von diesen fortlaufenden Aktivitäten auf russischem Boden distanziert hat und eine Beteiligung dementiert, zeigt sich doch, dass sie Nutznießer dieser Handlungen ist. Einerseits binden diese Angriffe russische Kräfte, andererseits tragen sie den Krieg zur Bevölkerung der Russischen Föderation, die noch immer von einer räumlich begrenzten „Spezialoperation“ ausgehen soll. Gleichzeitig sind diese Aktivitäten eine Gradwanderung, da viele westliche Verbündete eine Ausdehnung der Kampfhandlungen auf russisches Territorium ablehnen. Das Wirksamwerden westlicher Waffen in Russland lässt viele Verbündete der Ukraine eine Eskalation des Konflikts befürchten.

### **Die Unterstützung des Westens: Von Leopard bis F-16**

Die Unterstützung des Westens ist für die Ukraine unabdingbar, will man eine Chance auf einen militärischen Sieg in diesem Konflikt wahren. Während gerade westeuropäische Staaten anfangs nur zögerlich Waffen und Gerät lieferten, hat sich in den letzten Monaten die Lage verändert. Gerade die Erfolge der Ukraine im Vorjahr haben die Bereitschaft massiv erhöht.

Anfang des Jahres beherrschte die Diskussion um die Lieferung von westlichen Kampfpanzern den öffentlichen Diskurs. Besonders auf Deutschland wurde Druck ausgeübt, den modernen Kampfpanzer Leopard 2 der Ukraine zur Verfügung zu stellen. Schließlich erklärten sich mehrere Staaten dazu bereit, diese Waffensysteme, die besonders für eine Gegenoffensive aufgrund der Faktoren Feuerkraft, Beweglichkeit und Schutz von Bedeutung wären, zu liefern.

Von zentraler Bedeutung sind auch bodengebundene Luftabwehrsysteme, wie beispielsweise PATRIOT- oder das IRIS-T-Systeme, mit dem insbesondere Angriffe im Hinterland abgewehrt werden können.

Mit Ende des ersten Halbjahres wurde schließlich sogar der Weg für die Lieferung von F-16 Kampfflugzeugen geebnet. Obwohl die Einführung eines solchen Systems Monate in Anspruch nehmen wird, da man sowohl die Piloten, als auch das technische Personal schulen muss, ist damit eine neue Dimension der westlichen Unterstützung für die Ukraine erreicht. Die F-16 alleine wird den Krieg nicht entscheiden, muss aber insgesamt – wenn erfolgreich eingesetzt – als potentes Mittel im teilstreitkräfteübergreifenden Kampf gesehen werden.

Eines der größten Probleme der Ukraine ist jedoch trotz der Waffenlieferungen die Munition. Gerade in Europa ist es noch nicht gelungen, die Produktion derart in Gang

zu bringen, um diesen Bedarf zu decken. Die Reduktion der europäischen Rüstungsindustrie aufgrund der geringen Nachfrage der letzten Jahrzehnte sorgte für mangelnde Kapazitäten, die nicht so leicht wiederhergestellt werden können. Darüber hinaus sind auch hier die vielen unterschiedlichen Waffensysteme mannigfacher Herkunft und Bauart eine Herausforderung für den Nachschub.

Finanziell hat der Westen die Ukraine schon mit etlichen Milliarden unterstützt und setzt diesen Weg weiter fort. Erste Bruchlinien innerhalb der EU sind allerdings bei Ungarn erkennbar. Das stark von russischen Rohstoffen abhängige Nachbarland Österreichs nutzte seine Möglichkeiten diverse Hilfen für die Ukraine zu blockieren, um sich auch im innereuropäischen Konflikt mit Brüssel zu positionieren. Auch in anderen Ländern sind innenpolitische Spannungen im Hinblick auf die Unterstützung der Ukraine bemerkbar. Der Rede Selenskyjs im Österreichischen Parlament blieben die Abgeordneten der FPÖ mit Verweis auf Österreichs Neutralität fern und auch viele Mandatäre der SPÖ wählten der Zuschaltung nicht bei. Noch scheint das Bündnis des Westens bemerkenswert geschlossen – weitere Entwicklungen (insbesondere die nächsten US-Präsidentenwahlen) könnten hier jedoch diese Geschlossenheit ins Wanken bringen.

### **Die NATO: Vom „Hirntod“ zu neuer Blüte**

Die NATO hat im letzten Halbjahr mit Finnland ein weiteres Mitglied hinzugewonnen, nachdem die Türkei ihre Blockadehaltung diesbezüglich aufgegeben hat. Damit hat Russland über mehrere hundert Kilometer „NATO-Grenze“ hinzugewonnen und damit eigentlich das Gegenteil von dem erreicht, was durch die Invasion in der Ukraine hätte verhindert werden sollen.

Im Hinblick auf den zweiten im Raum stehenden Antrag – den Schwedens – hat die Türkei bisher mit dem Verweis auf den schwedischen Umgang mit PKK-Mitgliedern einen Beitritt blockiert. Hier ist interessant zu beobachten, wie anscheinend durch hybride Maßnahmen die Konfliktsituation zwischen Schweden und der Türkei aufrechterhalten wird. So fanden beispielsweise kurz vor einem Treffen der beiden Außenminister Demonstrationen in Schweden statt, bei denen nicht nur Erdogan-Puppen aufgehängt wurden, sondern auch Koran-Verbrennungen stattfanden. Die Finanzierung dieser Aktionen weist auf Personen aus dem rechtsextremen Spektrum mit engen Verbindungen nach Moskau. Obwohl aufgrund fehlender Beweise eine klare Zurechnung nicht erfolgen kann, zeigt dieses Beispiel, wie in Zukunft ein hybrid agierender Gegner die gesellschaftlichen Spaltungen und die Meinungsfreiheit in einer Demokratie ausnutzen könnte, um sowohl die Innen- als auch die Außenpolitik europäischer Staaten zu manipulieren.

### **Vier Narrative aus globaler Sicht**

Während der Westen mehr oder weniger geschlossen hinter der Ukraine steht, stellt sich das Bild auf globaler Ebene differenzierter dar. Betrachtet man das Abstimmungsverhalten der Staaten bei den Vereinten Nationen hinsichtlich der UN-Resolutionen, so stellt man fest, dass die meisten Staaten den russischen Einmarsch verurteilten. Nur 35 Staaten enthielten sich, fünf Staaten stimmten gegen die Resolution (Russland, Eritrea, Nordkorea, Syrien und Belarus). Auf den ersten Blick scheint dies eine überwältigende Mehrheit zu Gunsten der Ukraine zu sein. Wenn man jedoch bedenkt, dass sich sowohl China, als auch Indien, die gemeinsam fast drei Milliarden Menschen repräsentieren, der Stimme enthielten, bringt dies den Narrativ „Alle gegen Russland“ ins Wanken.

Auch ein Jahr nach Beginn der Invasion hat sich das Abstimmungsverhalten der Staaten kaum verändert (141 Pro-Stimmen, sieben Gegenstimmen, 31 Enthaltungen). Keiner Seite ist es also nach einem Jahr Krieg gelungen, wesentliche Akteure auf seine Seite zu ziehen.

Die polnischen Historiker Jaroslaw Kuisz und Karolina Wigura haben zuletzt vier Narrative im Hinblick auf den Ukrainekrieg dargestellt und erörtert:

- 1.) Aus der Sicht Russlands muss die Ukraine „entnazifiziert“ und demilitarisiert werden. Die Bevölkerung im Donbass muss vor gewalttätigen Übergriffen geschützt werden und dies kann nur durch einen Regimewechsel in Kiew erreicht werden. Dabei wird der Ukraine auch das Recht als eigenständiger Staat abgesprochen. Im vergangenen Kriegsjahr hat sich der russische Diskurs allerdings immer mehr von einer „militärischen Spezialoperation zum Schutze der russischsprachigen Bevölkerung“ hin zu einem „Krieg gegen den Westen“ entwickelt. Aus dieser Perspektive präsentiert sich Russland als das Opfer, gegen welches sich der dekadente Westen verbündet hat.
- 2.) Die Sicht der Ukraine, die auch von vielen osteuropäischen Staaten – allen voran Polen und den baltischen Staaten – geteilt wird, geht von einer Notwendigkeit einer russischen Niederlage aus. Die Russische Föderation muss besiegt und am besten zerschlagen und aufgelöst werden, um jedwede zukünftige Bedrohung für andere Staaten zu beenden.
- 3.) Die USA und viele westeuropäische Staaten sehen die Dinge differenzierter: Russland muss nicht „verlieren“ – darf aber auch nicht „gewinnen“. Die Vorstellung einer zerfallenden Atommacht wird hier als großes Risiko eingestuft. Unter diesem Blickwinkel kann man auch die Entwicklung der Waffenlieferungen in einem anderen Licht betrachten: Geliefert wird genau so viel, dass die

Ukraine zwar dagegenhalten, aber ihrerseits nicht Russland an die Wand drängen kann.

- 4.) Das letzte Narrativ wird schließlich von den Staaten des „Globalen Südens“ geprägt, die vielfach den Konflikt als europäischen Krieg unter Weißen betrachten. Die Schuldfrage ist aus dieser Perspektive weniger wichtig als das Erreichen eines raschen Friedens durch Verhandlungen. Die große Abhängigkeit von russischen Ressourcen sowie von Nahrungsmitteln spielen hier ebenfalls eine große Rolle, da viele Staaten es sich nicht leisten können, auf diese Rohstoffe zu verzichten, wie auch der indische Außenminister zuletzt betonte. Eine besondere Rolle nimmt hierbei China ein, das zwar einerseits Argumente des Globalen Südens ins Feld führt, andererseits aber auch Sichtweisen Russlands teilt.

### **Die Rolle Chinas**

China hat sich bei den Abstimmungen bei den Vereinten Nationen im Hinblick auf die russische Invasion stets enthalten, beziehungsweise sogar gegen einen Ausschluss Russlands aus dem UN-Menschenrechtsrat gestimmt. Anfang des Jahres hat die Volksrepublik einen 12-Punkte-Plan präsentiert, um den Konflikt in der Ukraine zu lösen. Die dargebrachten Forderungen waren teils sehr allgemein gehalten und verabsäumten es, Russland als Aggressor darzustellen. Punkte wie die Verurteilung des Einsatzes von Atomwaffen oder die Erleichterung von Getreidetransporten dienten wohl in erster Linie dem Image Chinas als Vermittler und seiner internationalen Rolle, schienen aber nur sekundär auf eine reale Lösung des Konflikts abzielen. Einerseits wurde zwar zum Respekt der Souveränität anderer Staaten aufgerufen, andererseits wurde aber auch das Ablegen der „Kalten-Krieg-Mentalität“ gefordert – im chinesisch-diplomatischen Jargon eine Aufforderung an die USA, hegemoniale Ansprüche zurückzustellen.

Obwohl mittlerweile auch Treffen mit Präsident Selenskyj stattgefunden haben, pflegt Peking eindeutig engeren Kontakt zu Moskau als zu Kiew. Dennoch hat China soweit bekannt bis jetzt keine Waffen an Russland geliefert. Ein Abgehen von dieser Haltung wäre voraussichtlich ein wesentlicher Game-Changer für diesen Konflikt.

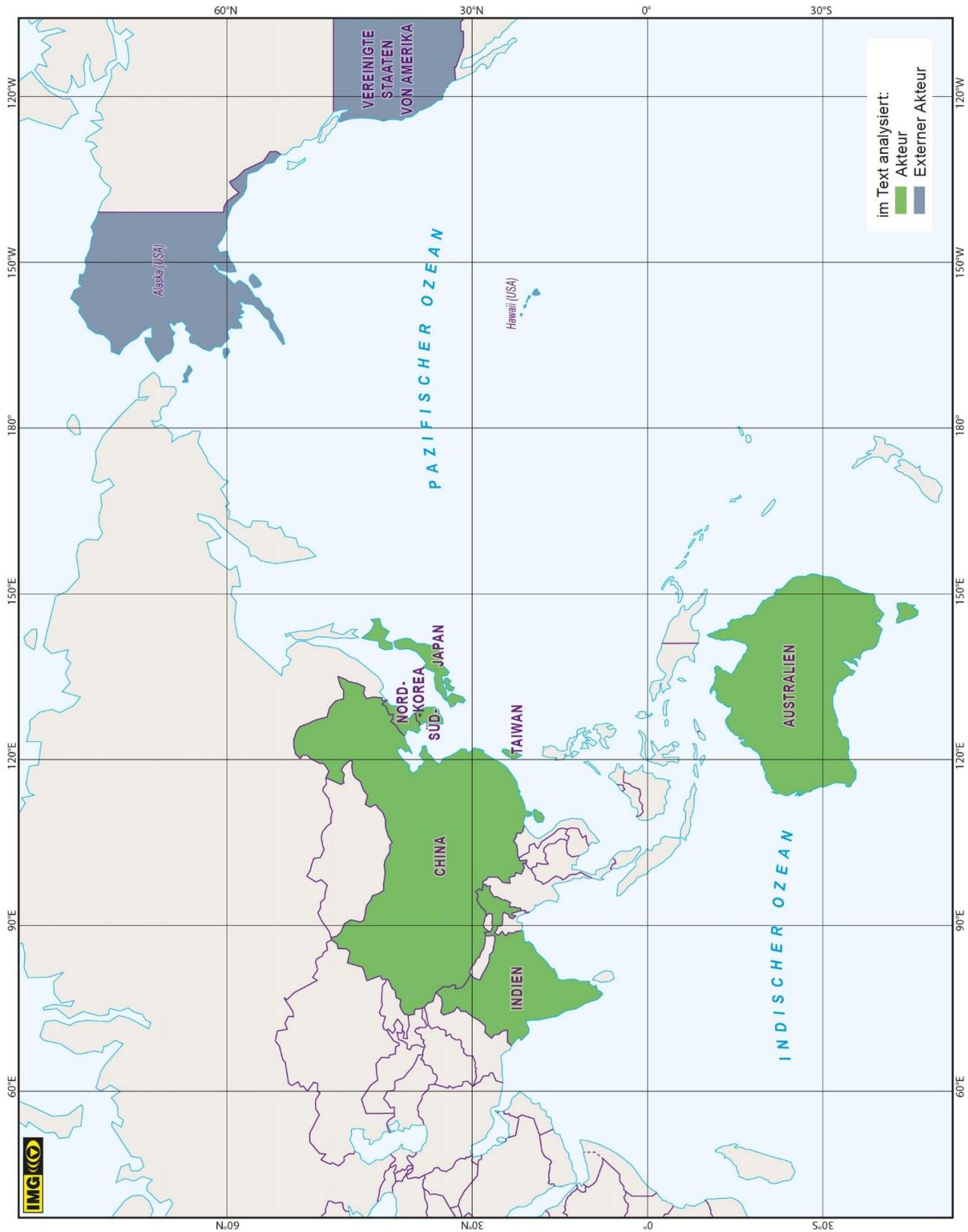
### **Fazit**

Der Krieg in der Ukraine hat in den vergangenen 16 Monaten weder auf dem Schlachtfeld noch auf dem diplomatischen internationalen Parkett zu einer Entscheidung geführt. Beide Parteien verfügen noch über genügend Reserven, um diesen Krieg auch weiterzuführen. Forderungen sogenannter „Friedensinitiativen“ zu verhandeln, sind aus dieser

Perspektive naiv. Solange bei keiner Seite der Leidensdruck so hoch ist, beziehungsweise niemand seine strategischen Zielsetzungen erreicht hat, sind ernst gemeinte Verhandlungen nicht zu erwarten. Inwiefern die Kräfte im Kreml nachhaltig durch die Ereignisse rund um die Wagner-Gruppe geschwächt wurden, ist derzeit schwer abzuschätzen. Ein Einstellen der Unterstützung des Westens würde dieses Gleichgewicht zu Gunsten Russlands aus dem Lot bringen und dem völkerrechtswidrigen Angriff Putins damit in die Hände spielen. Man muss sich daher wieder auf die vergessen geglaubte Weisheit besinnen, dass Kriege möglicherweise eben doch auf dem Schlachtfeld entschieden werden.

**Albin Rentenberger**





Indo-pazifischer Raum

## Der indopazifische Raum

### Konfliktdynamik in Ostasien

Die tatsächliche und erwünschte, auch nukleare Aufrüstung lässt den Bedarf an einer nachhaltigen Sicherheitsarchitektur in Ostasien erkennen. Denn die Konfliktdynamik verfügt über ein rasches Eskalationspotenzial. Die Schwierigkeit der Lageeinschätzung beruht auf dem komplexen strategischen Denken der Länder Ostasiens. Der strategische Fokus liegt auf der grundsätzlichen Absicht, ist allerdings in den Positionierungen und im Handeln nicht immer auf den ersten Blick ersichtlich. Darin zeigt sich der kumulative Charakter von Strategie sowie die Bedeutung von Interaktion und Beziehungen. Die strategische Umgebung, insbesondere Gelegenheiten, werden effektiv und flexibel genutzt. Beispielhaft ist die situative Perspektive Chinas auf die Nuklearisierung der koreanischen Halbinsel oder die Prioritätenverlagerung Südkoreas zwischen strategischer Autonomie und der Stärkung des US-Sicherheitsbündnisses.

Die geopolitischen Entwicklungen, die regionale Aufrüstung und die strategischen Kulturen verschärfen die Konfliktdynamik und die Kriseninstabilität in Ostasien. Vordergründig inkonsequente Haltungen beruhen auf der grundlegenden strategischen Absicht und der situativen Einschätzung.

### Nukleare Aufrüstung auf der koreanischen Halbinsel

Ein Drehpunkt der regionalen Sicherheit ist **Südkorea**. Es steht im Spannungsfeld zwischen den Handlungen Nordkoreas, seinem eigenen US-Sicherheitsbündnis und der Positionierung Chinas. Die größte Herausforderung Südkoreas war stets die Gestaltung der (regionalen) Beziehungen, wobei die limitierenden realistischen Optionen nur Prioritätenverschiebungen innerhalb enger Grenzen ermöglichen. Denn ein strategisches Paradoxon ergänzt das grundlegende realpolitische Sicherheitsdilemma Südkoreas. Es besteht in der umgekehrten Proportionalität der Handlungsfähigkeit zu den Prioritäten. Südkorea verfügt inzwischen über die Fähigkeit zur Übernahme einer konstruktiven Rolle in internationalen Angelegenheiten, dies weckt entsprechende Erwartungen. Zugleich erlaubt das komplexe regionale und von Großmächten geprägte Sicherheitsumfeld Südkorea nur einen kleinen selbstbestimmten Handlungsspielraum für seine außenpolitischen Ambitionen. Zudem bestehen in der Region zahlreiche langfristige strategische und territoriale Konflikte.

Südkoreas Präsident Yoon Suk-yeol präsentierte am 11.01.2023 zwei sicherheitspolitische Optionen für Südkorea. Zum einen könnte Südkorea die USA ersuchen, zum Zweck der erweiterten Abschreckung erneut taktische Atomwaffen vor Ort zu stationieren, da diese 1991 von den USA unilateral abgezogen wurden. Zum anderen ist für Südkorea die Entwicklung einer eigenständigen nuklearen Abschreckung denkbar. Yoon Suk-yeols Aussage entfachte trotz der raschen Relativierung eine Diskussion über eine potenzielle autonome nukleare Aufrüstung Südkoreas, insbesondere in Bezug auf deren fragliche Effektivität zur Erhöhung der regionalen Sicherheit, auf die regionalen und globalen Konsequenzen sowie den geopolitischen Kontext. Denn wesentlich ist nicht nur Abschreckung, sondern auch die Krisenstabilität, etwa durch Eskalationskontrolle. Kriseninstabilität beschreibt die Gefahr eines Krieges aufgrund der Sorge beider Seiten, dass die andere angreifen wird.

### Sicherheitspolitische Umgebung

Das grundlegende Sicherheitsproblem auf der koreanischen Halbinsel ist die Asymmetrie der Risikoakzeptanz und der relativen Einsätze im Konfliktfall sowie in der Folge die Glaubwürdigkeit der militärischen Reaktionen. Dies geht über das Ungleichgewicht der (militärischen) Kapazitäten der beiden Koreas hinaus. **Nordkorea**, seit 2012 Atommacht, erklärte sich im September 2022 zum Atomstaat, der bereit ist, seinen Kernwaffenbesitz zur politischen Machtausübung einzusetzen. Seine Risikobereitschaft und Entschlossenheit sind generell sehr hoch. Nordkorea und China verbesserten im Zuge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ihr Verhältnis zu Russland, Südkorea zu den USA und Japan. Die engere Kooperation zwischen Nordkorea und Russland intensiviert bestehende und schafft neue Bedrohungen, vor allem wegen Nordkoreas Quid pro quo-Grundsatz. Denn Russland verfügt über keinen Einfluss auf Nordkorea, obwohl es dessen provokative Politik unterstützt. Damit gehen die Sicherheitsrisiken über den Verkauf nordkoreanischer Waffen an die russische Söldnergruppe Wagner hinaus.

Zur Erhöhung seiner sicherheitspolitischen Unabhängigkeit strebte **Japan** seit Anfang der 1990er Jahre nach einer multilateralen kollektiven Sicherheitsarchitektur mit asiatischen Partnern. Ab 2010 vertiefte es die Zusammenarbeit mit den USA im Bereich der (sicherheits-) politischen Normensetzung und richtete seine jahrzehntelange defensive Verteidigungshaltung allmählich neu aus. Zugleich intensivierte es seinen normativen Einfluss auf die Geoökonomie. In seiner strategischen Kultur ist die bewusste Orientierung an der Machtpolitik der Großmächte internalisiert. Ebenso ist der hohe

Stellenwert der Technologie sowie die Kooperation zwischen der zivilen und der militärischen Wirtschaft verfestigt. Aktuell wiederholt Japan seine Forderung nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Grundsätzliche Hemmnisse für eine Militarisierung Japans waren bisher in erster Linie normativer und politischer, jedoch auch technisch-infrastruktureller und soziokultureller Natur. Beispielhaft ist der (nun neu interpretierte) Artikel 9 der Friedensverfassung, das seit 1952 bzw. 1960 bestehende Sicherheitsbündnis mit den USA, das defensive militärische Ökosystem oder die Demographie. Wesentliche Wirkfaktoren für die künftig proaktivere Ausrichtung der Selbstverteidigungskräfte liegen im Wandel der regionalen strategischen Umgebung, der Machtverhältnisse und der Sicherheitsbedrohungen sowie in der Innenpolitik, in wirtschaftlichen Faktoren und im internationalen Status. Hinzu kommen materielle und ideelle Faktoren. Japan erweitert nun seine Perspektive auf die kollektive Selbstverteidigung und seine Verteidigungskapazitäten, etwa mit der Gegenschlagsfähigkeit. Die Lockerung der Exportvorschriften für Rüstungsgüter ermöglicht den Rüstungskonzernen künftig strategische Allianzen und wirtschaftliche Renditen. Das Verteidigungsbudget wird von 210 Mrd. US-Dollar in den nächsten fünf Jahren um 56 % erhöht. Wie auch Südkorea profitiert Japan von einer erweiterten nuklearen Abschreckung durch die USA. Es hält (noch) an den drei Prinzipien fest, Atomwaffen weder herzustellen, noch zu besitzen oder auf japanischem Territorium zu stationieren. Am 13.11.2022 verpflichteten sich Japan, Südkorea und die USA zur Stärkung der erweiterten Abschreckung, etwa durch die Ausweitung der gemeinsamen Militärübungen.

**Taiwan** baut seine Verteidigungskapazitäten gegen eine mögliche Invasion Chinas aus.

**Indien** führt seine strategische und opportunistische Eigenständigkeit unter Abwägung der eigenen Verteidigungsbereitschaft, der (Grenz-) Konflikte mit China und der Einbindung in die US-Indopazifikstrategie fort.

Die **USA** konzentrieren sich auf einen möglichen Konflikt mit China, insbesondere über Taiwan, und stärken ihre militärischen Optionen und regionalen Allianzen. Beispielhaft ist die im Februar 2023 bekannte Erweiterung der fünf bestehenden US-Militärbasen auf den Philippinen mit weiteren vier. Einen Aufbau von Nuklearkapazitäten in Südkorea, beispielsweise ein nationales Nuklearprogramm, Anreicherungs- bzw. Wiederaufbereitungsprojekte oder eine Verlegung US-amerikanischer taktischer Nuklearwaffen, missbilligen die USA. Die im Kalten Krieg lokal stationierten US-Atomwaffen wurden, für

Südkorea unzugänglich, in einem extraterritorialen Gebiet gelagert.

### **Erweiterte US-Abschreckung für Südkorea (Option 1)**

Die US-Verteidigungsallianz mit Südkorea gilt trotz der geringen Institutionalisierung als eine der militärisch interoperabelsten bilateralen Beziehungen der USA und verfügt über eine integrierte Befehlsstruktur. Prioritäten- und Budgetanpassungen veränderten die Zusammensetzung und Anzahl der in Südkorea stationierten US-Streitkräfte. Südkoreas Förderung seiner Selbstbestimmung und der eigenen Rüstungsindustrie veränderte die Bündnisstruktur mit den USA. Die größte Sorge Südkoreas gilt der langfristigen Verlässlichkeit der USA, jedoch auch einer potenziellen Involvierung in eine Militärauseinandersetzung der USA mit China. Dies spiegelt die veränderte geopolitische Umgebung sowie die innenpolitische Polarisierung der USA wider und ist weniger Ausdruck eines grundsätzlichen Misstrauens Südkoreas gegen das US-Bündnis. Der Erwerb von Atomwaffen könnte jedoch durch die Unterhöhnung der Bündnisgrundlage paradoxerweise erst recht zur Schwächung des bilateralen Bündnisses führen.

Das Konzept der erweiterten Abschreckung ist die offizielle Position Südkoreas und beruht auf der Glaubwürdigkeit der Abschreckung. Es inkludiert die laufende kooperative Weiterentwicklung der konventionellen und erweiterten Abschreckung. Auf der konventionellen Ebene sollen die Militärübungen intensiviert sowie die gemeinsamen Kriegsführungsfähigkeiten und das Drei-Achsen-System verbessert werden. Beispielhaft ist *Freedom Shield*, die größte Militärübung seit fünf Jahren. Sie begann unter Mitwirkung der Streitkräfte Südkoreas, der US-Forces Korea und dem Kommando der Vereinten Nationen am 13.03.2023 für elf Tage und inkludierte zwanzig Feldübungen unter der Bezeichnung *Warrior Shield*, darunter amphibische Landungen. Das Übungsziel war die Verteidigung, Gegenoffensiven und die Stabilisierung Nordkoreas. Nordkorea reagierte mit Drohungen und der Testung von zwei strategischen Marschflugkörpern kurz vor Manöverbeginn.

Das Drei-Achsen-System kombiniert eine *Kill Chain* für Präventivschläge, das Raketenabwehrsystem Südkoreas und massive Bestrafungs- und Vergeltungsmaßnahmen. Der Begriff Kill Chain beschreibt eine militärische Ablaufplanung und umfasst die Zielidentifizierung, die Entsendung von Streitkräften, den Angriff und die Zielzerstörung. Die Verbesserung der erweiterten Abschreckung und die rechtzeitige Stationierung strategischer US-Waffen in Südkorea erhalten eine zunehmend größere Bedeutung. Die Befürworter des US-Schutzschirmes in Südkorea fordern eine aktivere

Beteiligung Südkoreas am Informationsaustausch, an der gemeinsamen Planung und teils auch am gemeinsamen Einsatz von US-Atomwaffen. Am 13.02.2023 trafen sich beispielsweise Repräsentanten Südkoreas und der NATO zu ihren ersten direkten militärischen Konsultationsgesprächen in Seoul zum Ausloten der Optionen für eine verstärkte Sicherheitszusammenarbeit auf der koreanischen Halbinsel.

Die Forderung nach einer erneuten Stationierung von taktischen US-Atomwaffen in Südkorea dient in erster Linie als Verhandlungstaktik und soll eine glaubwürdige Verpflichtung der USA zur erweiterten Abschreckung bewirken. Eine Verlegung ist ebenso wenig plausibel wie eine nukleare Teilhabe Südkoreas. Eine Verlegung bedürfte umfassender Vorbereitungen, etwa die Schaffung der physischen Infrastruktur, die Kartierung möglicher Standorte für Lagereinrichtungen oder Umweltverträglichkeitsprüfungen. Die Schulungen für Sicherheit und Gefahrenabwehr betreffen etwa die nukleare Sicherheit, die Sicherheit der Lager oder die Reaktion auf Zwischenfälle.

### **Südkoreas potenzieller Aufbau einer Nuklearwaffenindustrie (Option 2)**

Auf Basis der vorhandenen wissenschaftlichen, technischen, industriellen und wirtschaftlichen Kapazitäten wäre Südkorea vermutlich innerhalb eines Jahres zum Aufbau eines eigenen Nuklearwaffenarsenals in der Lage. Das Streben nach strategischer Autonomie und der operative Pragmatismus sind in der strategischen Kultur Südkoreas tief verankert.

Das als essenziell wahrgenommene **US-Bündnis** führte Südkorea in eine verteidigungspolitische strukturelle Abhängigkeit von den USA, wobei es eine Involvierung in die Zielsetzungen der USA und in direkte Eindämmungsstrategien gegen China vermeidet. Südkorea zog insbesondere aus der Aufstellung des US-Raketenabwehrsystems THAAD 2016 und den langfristig nachwirkenden Wirtschaftsboykotten sowie dem politischen Druck Chinas Lehren. Der Grundcharakter der Beziehungen zwischen Südkorea und den USA verschob sich von einer asymmetrischen zu einer zunehmend gegenseitigen Abhängigkeit. Seine sicherheitspolitische Autonomie, nationale Stärke und regionale Einflussnahme vergrößert Südkorea stetig, vor allem mit der effektiven Mobilisierung von materiellen und personellen Ressourcen sowie der Diversifizierung und Stärkung der einheimischen Rüstungsindustrie. Die Strategieanpassungen der USA gegenüber der Region waren, neben den Veränderungen des globalen und nationalen Systems, stets eine Schlüsselvariable des strategischen Denkens Südkoreas.

Theoretisch denkbar wäre ein Austritt Südkoreas aus dem Atomwaffensperrvertrag oder ein geheimes militärisches Nuklearprogramm, das allerdings rasch aufgedeckt würde. Ein geheimes Atomprogramm begann Südkorea 1973 während der Militärdiktatur Park Chung-hees. Auf Druck der USA wurde es in den 1970er Jahren offiziell eingestellt und die verbliebene Infrastruktur bis Ende der 1980er Jahre beseitigt. Seit Anfang der 1990er Jahre verfolgte Südkorea offiziell eine Politik der Denuklearisierung in der Hoffnung, dass Nordkorea dem Beispiel folgt. Dennoch führte es bis ins Jahr 2000 ungemeldete Aktivitäten im Zusammenhang mit der Uranumwandlung, der chemischen und Laseranreicherung (einschließlich der Herstellung von hochangereichertem Uran) und der Plutoniumabtrennung fort.

Ein möglicher Austritt Südkoreas aus dem **Atomwaffensperrvertrag** hätte unter anderem dessen Schwächung und die mögliche Vorbildwirkung Südkoreas für andere Länder als Konsequenz. Die zu erwartenden Sanktionen würden den Energie- und Wirtschaftssektor betreffen. Denn die Kernkraftwerke, verantwortlich für 27 % der Stromproduktion 2022, sind vollständig von importiertem Uran und Urananreicherungsdiensten abhängig. Damit wäre auch das nukleare Exportpotenzial gefährdet, das Yoon Suk-yeol als strategisches Ziel seiner Regierung verkündete. Beeinträchtigt wären zudem die Kapazitäten der USA zum Bau neuer Kernkraftwerke, einschließlich kleiner modularer Reaktoren, weil die US-amerikanische Industrie bei der Herstellung und Lieferung wichtiger Ausrüstungen für Reaktoren derzeit stark auf Südkorea angewiesen ist. Dies würde die globalen Marktchancen für China und Russland erhöhen. Beispielhaft ist die anzunehmende Beendigung der Zusammenarbeit der russischen Atomindustrie mit südkoreanischen Unternehmen in der zivilen Nuklearindustrie. Dies betrifft etwa die Lieferung von Ausrüstung durch die Korea Hydro & Nuclear Power an das von Russland in Ägypten errichtete Kernkraftwerk El Dabaa im Wert von 2 Mrd. US-Dollar. Zudem würden die Lieferungen von angereicherten Uranprodukten aus Russland nach Südkorea im Rahmen eines bestehenden langfristigen Vertrags für den Zeitraum bis 2030 im Wert von 500 Mio. US-Dollar ausgesetzt werden.

### **Ausbau der zivilen Kernkraftnutzung in Südkorea**

Während seines Präsidentschaftswahlkampfes verkündete Yoon Suk-yeol sein Vorhaben zur Erhöhung des südkoreanischen Atomstromanteils auf 30 % bis 2030. Zu den bestehenden 25 Kernreaktoren sollen sechs neue kommen, als Exportziel visiert Südkorea zehn Kernkraftwerke bis 2033 an. Die USA begrüßen diese Pläne grundsätzlich, diese sind jedoch eine Abkehr des geplanten Kernkraftausstiegs unter der vorigen

progressiven Regierung Moon Jae-ins. Bedeutend ist Südkoreas Abhängigkeit von internationalen Partnern für Schlüsselmaterialien und Technologien, insbesondere für angereichertes Uran. Bei Planung, Bau, Betrieb und Wartung von Kernreaktoren reichen die Kapazitäten Südkoreas aus. Zudem beansprucht das US-Unternehmen Westinghouse Patente auf das wichtigste Reaktorexportmodell APR1400, das von der Korea Electric Power Company entwickelt wurde. Daraus könnten rechtliche Probleme resultieren, insbesondere bei der internationalen zivilen nuklearen Zusammenarbeit und dem gleichzeitigen Streben Südkoreas nach Atomwaffen.

### **Nordkoreas nukleare Aufrüstung**

Das vorrangige Kerninteresse Nordkoreas gilt dem Erhalt seines politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems. Darin und in der Funktion als Verhandlungsmasse liegt der Zweck des Nuklearprogramms. Das Ende der 1950er-Jahre begonnene Atomwaffenprogramm übt für Nordkorea, basierend auf der Bedrohungserfahrung im 20. Jahrhundert, eine strategische und eine symbolische Funktion aus. Daher wird Nordkorea vermutlich die konventionellen und asymmetrischen Streitkräfte sowie die nuklearen Fähigkeiten als Legitimation und Vermächtnis langfristig ausbauen. Seine ballistischen Raketen sowie die chemischen, die biologischen und die Nuklearwaffen stellen eine ernsthafte Bedrohung dar. 2022 testete Nordkorea 42 ballistische Raketen und Marschflugkörper mit unterschiedlichen Reichweiten. Ende Dezember 2022 kündigte es den Beginn der Massenproduktion taktischer Atomwaffen an. Mit der Erklärung seines irreversiblen Status als Kernwaffenstaat war eine Aktualisierung der Nuklearpolitik sowie eine Klarlegung der Führungs- und Kontrollbefugnisse über die Atomwaffen verbunden. Die alleinige Entscheidungsgewalt liegt bei Kim Jong-un. Erstmals wurde jedoch die Bestimmung festgelegt, dass ein Atomschlag bei einem Angriff auf das Führungs- und Kontrollsystem automatisch ausgeführt wird. Darin zeigt sich die Sorge Nordkoreas vor einem Enthauptungsschlag. Der Einsatz der Atomwaffen ist unklar definiert. Offiziell dienen sie der Abschreckung eines Angriffs, jedoch möglicherweise auch der Angriffsabwehr oder einem Präventivschlag. Ein Bankrott Nordkoreas durch ein Wettüben, ähnlich der Sowjetunion im Kalten Krieg, ist unwahrscheinlich, da es mit dem Ausbau seiner asymmetrischen Strategien reagieren würde.

Nordkoreas Streben nach Selbstbestimmung und einer eigenständigen Verteidigungsfähigkeit führte zu einer starken Politisierung und Zentralisierung der Streitkräfte. Die innerstaatlichen und strukturellen Gegebenheiten resultierten in einem ineffizienten Ressourceneinsatz und

technischen Mängeln, letztlich jedoch auch in asymmetrischen militärischen Kapazitäten. Nachdem die konventionellen Streitkräfte seit den 1990er-Jahren an relativer Stärke verloren hatten, investierte Nordkorea in komplementäre, asymmetrische und irreguläre Fähigkeiten. Inzwischen stellt Nordkorea international eine zunehmend komplexe und hochentwickelte Cyberbedrohung dar. Die opportunistische Cyberstrategie ist als Instrument des Machtausgleichs mit niedrigen Kosten und geringem Risiko in die umfassendere nationale Strategie eingebettet. Die Hauptprioritäten der Cyberspionage liegen im Machterhalt des Regimes und der Frühwarnung vor militärischen Angriffen. Die Cybereinheiten dienen dem Sammeln von Informationen, der Sabotage oder dem Diebstahl von Daten, Finanzmitteln oder geistigem Eigentum. Die wichtigsten Wirkfaktoren für das strategische Denken Nordkoreas sind die historische Weltansicht und Bedrohungswahrnehmung, die Geschichte und ihre verzerrte Interpretation, die persönlichen Charakteristiken der Staatslenker, die Juche-Ideologie, die relative Staatsmacht, die Beziehung zu den USA und die Kooperationsbereitschaft anderer Länder.

### **Japans potenzieller Aufbau einer Nuklearwaffen-industrie**

Wesentliche Wirkfaktoren für Japans Haltung zu Nuklearwaffen und zum Atomwaffensperrvertrag sind die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der erweiterten nuklearen Abschreckung durch die USA. Ein potenzieller Rückzug der USA aus Asien, die nukleare Aufrüstung Südkoreas oder ein Zurücklassen Japans im (unwahrscheinlichen) Falle einer sino-amerikanischen Annäherung könnten Japans Haltung verändern und zur Erwägung eigener Atomwaffen führen. Die strukturellen Faktoren stellen für Japan derzeit kein Motiv für eine Nuklearisierung dar, jedoch möglicherweise ein Scheitern des US-Bündnisses. Ein Atomwaffenbesitz Japans würde die regionale Sicherheitsdynamik, ihre Komplexität und die Risiken erhöhen und den Atomwaffensperrvertrag schwächen.

### **Chinas komplexes Sicherheitsdilemma**

Die Komplexität des Sicherheitsdilemmas und des geopolitischen Kalküls Chinas würde durch Nuklearwaffen in Südkorea deutlich erhöht. Die Erholung der Beziehung zu Nordkorea 2018, die innenpolitische Zentralisierung und der wachsende Systemkonflikt mit den USA machten öffentliche Diskussionen über die koreanische Halbinsel in China politisch sensibel. China betrachtet Südkorea als verwundbare Komponente des regionalen US-Bündnissystems. Es sieht daher eine Gelegenheit, mit den USA um den geopolitischen Einfluss auf Südkorea zu konkurrieren. Angesichts seines Interesses an der Aufrechterhaltung des Atomwaffensperrvertrags

bestünde Chinas beträchtliche Hebelwirkung, um Südkorea vor der Entwicklung von Nuklearwaffen abzuschrecken, oder für Vergeltungsmaßnahmen aus Wirtschaftssanktionen. China ist, mit einem Importanteil von 27 % und einem Exportanteil von 25 %, der größte Handelspartner Südkoreas. Südkorea ist in hohem Maß von Ressourcenimporten abhängig, etwa für 93 % der Energieversorgung oder 90 % des Getreides, sowie von ausländischen Investitionen.

In der Perspektive Chinas stellen die USA eine existenzielle Bedrohung dar. Denn analog zu Chinas Aufstieg erhöhen die USA ihre Eindämmungsmaßnahmen. Daher ging China von einer passiven zu einer aktiven Reaktion über, die auf die Reduktion des regionalen und internationalen US-Einflusses abzielt, in erster Linie über den systemischen Wettbewerb und nötigenfalls auch konfrontativ. Aus diesem Grund will China die Integration Südkoreas in einen US-geführten antichinesischen geopolitischen Block verhindern und betrachtet in diesem Zusammenhang den nuklearen US-Schutzschirm als Kontrollinstrument über die US-Verbündeten. China scheint eher eine selbstständige nukleare Abschreckung und Erhöhung der strategischen Autonomie Südkoreas zu akzeptieren als eine Stärkung der US-Sicherheitsallianz. Damit käme China (und Nordkorea) seinem strategischen Ziel näher, die in seiner Perspektive für den Nordkorea-Konflikt ursächliche regionale US-Präsenz zu reduzieren.

Da die Beziehung zu den USA das strategische Denken Chinas prägt, muss China die Optionen der USA im Falle einer selbstständigen nuklearen Aufrüstung Südkoreas berücksichtigen. Die Haltung und das Handeln der USA könnten sich auf unterschiedliche Weise auf China auswirken. Sollten die USA mit der Beendigung des bilateralen Sicherheitsbündnisses und mit Sanktionen gegen Südkorea reagieren, könnte China deutlich geringeren Druck als die USA anwenden und versuchen, dadurch eine stärkere Orientierung Südkoreas an China zu erreichen. Eine größere Herausforderung für China wäre eine widerstrebende Akzeptanz der südkoreanischen Ambitionen durch die USA. In diesem Fall würde China mit umfassenden Sanktionen gegenüber Südkorea reagieren. In beiden Szenarien ist eine erfolgreiche Zusammenarbeit Chinas mit den USA zur Erzwingung einer militärischen Denuklearisierung Südkoreas unwahrscheinlich. Aufgrund dieser geopolitischen Realität ist es wiederum denkbar, dass ein entschlossenes Südkorea die Kosten für seine Ambitionen als tragbar kalkuliert. Chinas Wahrnehmung über die Einhaltung der Nichtverbreitungsnormen durch die USA bleibt ein Schlüsselfaktor für die strategischen Kalkulationen Chinas in Bezug auf die Nichtverbreitungsprinzipien und seine eigenen

geostrategischen Interessen. Beispielhaft ist das AUKUS-Abkommen zur Kooperation zwischen den USA, Großbritannien und Australien bei Atom-U-Booten. Es stärkte Chinas Überzeugung, dass die USA zur Eindämmung Chinas die Grundsätze der Nichtverbreitung verletzen und AUKUS Australien den Weg zum Erwerb von Atomwaffen ebnen könnte. Denn Australien ist weltweit der viertwichtigste Produzent von niedrig angereichertem Uran und verfügt über die weltgrößten Uranreserven. Das für den Atomantrieb benötigte hochangereicherte Uran bzw. die Reaktoren bezieht Australien aus den USA oder Großbritannien.

Die Aufrechterhaltung der regionalen Machtverhältnisse ist ein grundsätzliches politisch-strategisches Ziel Chinas. Der wesentliche Faktor ist der geopolitische Kontext. China wollte stets einen Zweifrontenkonflikt mit den USA bzw. den US-Verbündeten im indopazifischen Raum sowie mit Russland vermeiden. In einem geopolitischen Zusammenhang steht auch der japanisch-russische Territorialkonflikt um die Kurilen, die das Ochotskische Meer vom Pazifik trennen. Denn eine Inbesitznahme der Südlichen Kurilen durch Japan umfasst eine potenzielle Stationierung von US-Streitkräften. Russland militarisierte die von ihm verwalteten Kurilen zunehmend, Japan vertiefte seine Kooperation mit der NATO. In Abwendung von seinem seit 1964 eingenommenen Blickwinkel anerkennt China seit April 2023 nicht mehr den Souveränitätsanspruch Japans auf die Südlichen Kurilen. Die Nichtparteinahme in den Territorialkonflikten des anderen entspricht der bisherigen Positionierung Chinas und Russlands in ihrer bilateralen Beziehung.

**Barbara Farkas**

### Strategische Positionierungen im indopazifischen Raum zum Taiwan-Konflikt

Im Mittelpunkt vieler Debatten zu Taiwan steht die Frage, ob, wie und wann China die als nationale Zielsetzung verkündete „Wiedervereinigung“ mit Taiwan realisiert bzw. die effektiven Handlungsoptionen der USA. Dieser Beitrag konzentriert sich auf die systemischen Konsequenzen und die strategischen Positionierungen im indopazifischen Raum im Hinblick auf eine potenziell erfolgreiche Inbesitznahme Taiwans durch China. Ein wesentlicher Faktor ist die situationsbedingte Entwicklung der Ereignisse, vor allem die entstehende regionale und geopolitische Sicherheitslage.

Der **strategische Wert Taiwans** liegt im politischen Charakter, der geostrategischen Lage innerhalb der ersten Inselkette, dem geopolitischen Kontext, den militärischen und nachrichtendienstlichen Fähigkeiten sowie der Marktführung in globalen Hightech-Lieferketten (siehe „*Die strategische Lage Taiwans*“, ISS-Aktuell 2/2022, 81-83). Taiwan ist ein wesentliches Element in der regionalen Sicherheitsarchitektur. Eine bedeutende Konsequenz seiner potenziellen Einnahme durch China wäre das regionale, in Südkorea möglicherweise auch nukleare, Wettrüsten.

Sowohl im Falle eines Verteidigungsversagens als auch einer Unterstützungsverweigerung an Taiwan würde die regionale und internationale Glaubwürdigkeit der **USA** als Sicherheitsgarant enorm unter Druck geraten. Die globale Führungsrolle der USA würde untergraben und das US-Bündnisystem sowie die internationale Ordnung belastet.

**China** könnte seine militärische Machtprojektion und Handlungsfreiheit für strategische oder territoriale Ziele insbesondere in Ostasien, im Pazifik und im Südchinesischen Meer erweitern, mit Auswirkungen auf das Völkerrecht und die nationale Souveränität anderer Länder. Chinesische strategische Atom-U-Boote könnten direkt in den Pazifik auslaufen. Die Wahrnehmung, dass die nationale Stärke Chinas ebenso wie der sino-amerikanische Systemkonflikt zunimmt, würde sich vertiefen. Die regionalen und globalen Konsequenzen beruhen auf dem weiteren Vorgehen Chinas und der USA. Denkbar wäre einerseits ein selbstbewussteres und durchsetzungsstärkeres China, etwa mit Kontrolle über die maritimen Transportrouten. Dies würde in Folge des Vertrauensverlustes zu einer (allmählichen) Distanzierung von den USA führen, insbesondere von Ländern mit sicherheitspolitischer Absicherung über die USA und wirtschaftlicher Abhängigkeit von China. Dazu zählen etwa Indonesien, Malaysia oder die Philippinen. Die stärkste Solidarität zu den USA würde Japan aufrechterhalten. Es würde vermutlich Südkorea, das ausgeprägtere innenpolitische Konflikte als Japan bewältigen müsste, unter Druck setzen, sich ebenfalls deutlicher Richtung USA zu positionieren. Andererseits könnte China zur Vermeidung einer internationalen Isolierung regional ein größeres Entgegenkommen zeigen. Entscheidend wären dafür Chinas Weltsicht und Wirtschaftslage (siehe „*CHINA - Teil oder Bedrohung der liberalen Weltordnung?*“, ISS-Aktuell 4/2020).

**Südkoreas** Lage ist höchst komplex. Sein strategisches Denken beruht auf der konservativen bzw. progressiven Ausrichtung der Regierungspartei. Wirkfaktoren sind der Charakter der bilateralen Beziehung zu den USA bzw. zu China, das Vertrauen in die USA sowie das strategische Kalkül und die Nuklearfähigkeiten Nordkoreas. Denn Südkorea müsste mit einem ermutigten Nordkorea rechnen. Hinzu kommt die potenzielle Entsendung von lokal stationierten US-Streitkräften oder südkoreanischen Soldaten zur Bewältigung einer Taiwan-Krise und die Reaktion Nordkoreas darauf. Vermutet wird eher ein Einsatz der US-Forces Japan als jener der US-Forces Korea. Dies würde wegen der begrenzten Aufmerksamkeit der USA und den limitierten eigenen Ressourcen zu ernsthaften Sicherheitsbedenken Südkoreas führen. Denn **Nordkorea** könnte die Lage für die Bedrohung, einen kinetischen oder Cyberangriff oder gar einen Einmarsch in Südkorea auszunutzen, möglicherweise unter Mitwirkung Chinas. Die (militärische) Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel und der Abzug der USA aus der Region stellen die strategischen Hauptziele Nordkoreas dar.

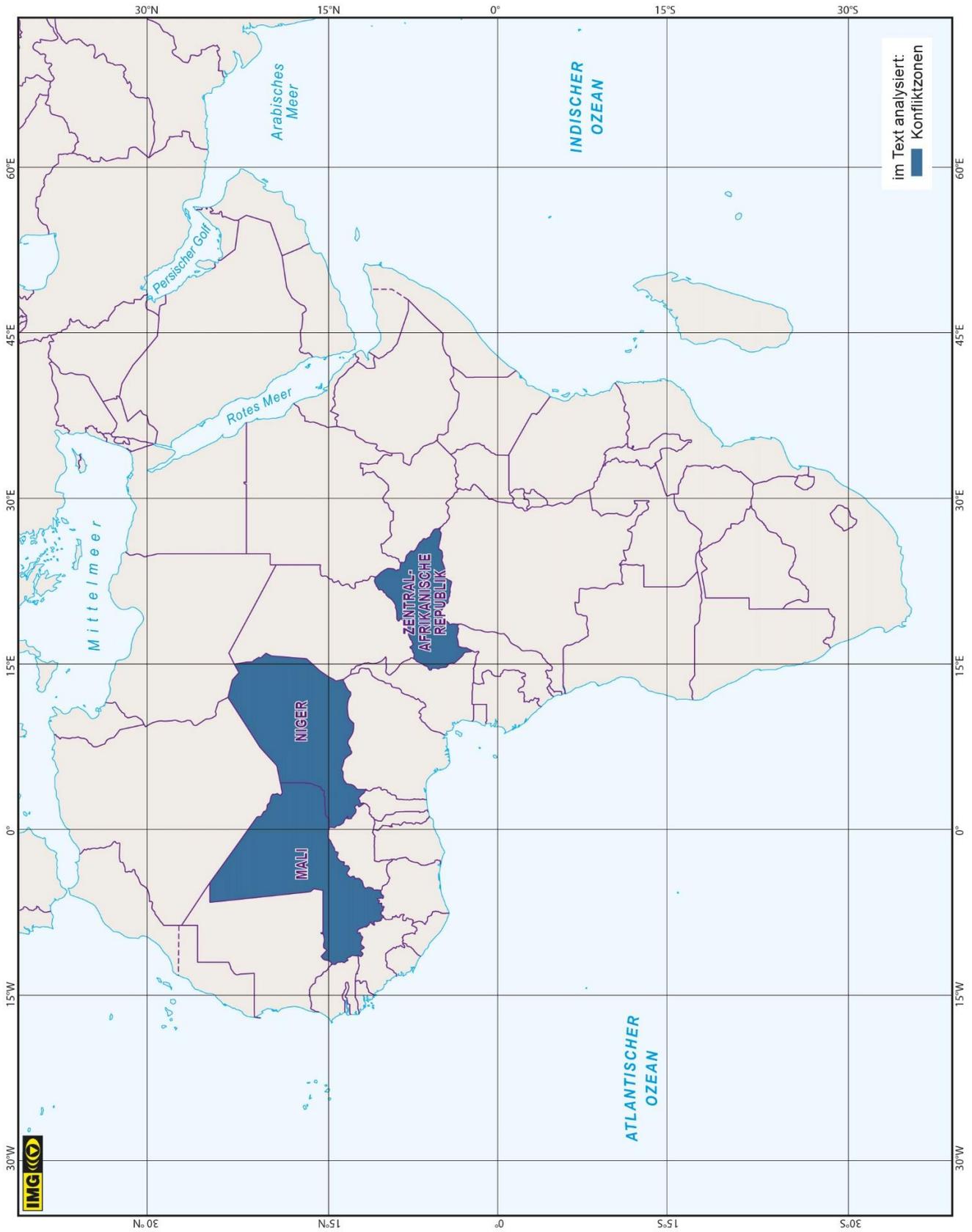
Vorstellbar, wenn auch unwahrscheinlich, wäre ein Angriff Nordkoreas (oder Chinas) auf US-Stützpunkte in Südkorea zur Unterstützung einer Invasion Chinas in Taiwan, etwa zur Beeinträchtigung der Logistik. Dies würde als Angriff auf Südkorea gewertet und militärisch beantwortet. Etwaige Präventivschläge Südkoreas könnten den Konflikt auf der koreanischen Halbinsel ebenfalls eskalieren lassen.

Die hohen strategischen Risiken und Sicherheitsbedrohungen für **Australien** liegen bei einer Inbesitznahme Taiwans durch China in der militärischen Machtprojektion Chinas in den zentralen Pazifik, etwa durch vorwärts stationierte Streitkräfte in Taiwan. Australien könnte das regionale US-Engagement mit der Öffnung weiterer Militäreinrichtungen für US-Streitkräfte fördern. Es würde mittels Neuausrichtung seiner Verteidigungspolitik die eigene Verteidigungsfähigkeit und die nationalen Sicherheitskompetenzen stärken, vermutlich in Kooperation mit regionalen Partnern wie Japan, Südkorea, Indien, Neuseeland und den Ländern Südasiens. Als politische Reaktion wäre eine engere Zusammenarbeit mit Großbritannien und der NATO denkbar.

Ebenso wie Australien positioniert sich **Japan** deutlich pro-Taiwan, denn darauf beruht seine Sicherheitspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg. China könnte durch den neu gewonnenen Zugang in den Pazifik das ressourcenarme Japan isolieren, etwa mittels Blockade seines Seehandels oder von Unterseekabeln. Japan importiert beispielsweise 98 % seines Erdöl- und Erdgasbedarfs. Die Verteidigung Japans ist gegenwärtig in Richtung Pazifik nicht auf einen zunehmenden Druck Chinas ausgerichtet, etwa mit militärischen Stützpunkten. Zum Vorteil Japans konzentrieren sich Militärplanung und -aktivitäten Chinas auf Taiwan und weniger auf Japan. Im Falle einer US-Verteidigung Taiwans würde Japan die US-Streitkräfte auf Grundlage des bilateralen Verteidigungsbündnisses unterstützen, etwa logistisch. In der Folge wäre mit kinetischen und Cyberangriffen Chinas auf US-Stützpunkte in Japan zu rechnen.

Eine Invasion Chinas in Taiwan hätte auch in der unmittelbaren Nachbarschaft **Indiens** weitreichende negative Auswirkungen. Denn für die Länder Südasiens ist China ein wesentlicher Partner für Handel, Investitionen und Rüstungsgüter. Die indischen Wirtschaftsinitiativen sind der chinesischen Seidenstraße an Wirkung, Nachhaltigkeit, Ressourceneinsatz und Sichtbarkeit deutlich unterlegen. Indiens Neubewertung der US-Partnerschaft aufgrund der Veränderungen des internationalen Systems könnte einerseits zu einer Distanzierung von den USA führen und andererseits zu Versuchen, die USA zu Zugeständnissen zu bewegen. Aus indischer Sicht verfügen die bilateralen Beziehungen zu den USA nicht über genug Gewicht, um für Taiwan Risiken einzugehen. Zugleich würde ein Erfolg Chinas über Taiwan die indischen Annahmen über die strategischen Absichten und militärischen Fähigkeiten Chinas in Frage stellen. Als Konsequenz würde Indien die chinesischen Bedrohungen im maritimen und grenznahen Bereich stärker wahrnehmen und seine nationale Sicherheitspolitik direkt auf China als Hauptbedrohung konzentrieren.

**Barbara Farkas**



Afrika

## Afrika

### Der Einfluss externer Akteure im Sahel-Raum

Als am 15. August 2022 die letzten französischen Truppen Mali Richtung Niger verließen, endete nach neun Jahren die Mission Barkhane und damit die französische Präsenz in einem der instabilsten Länder der Sahelzone.

Nach anfänglichen Erfolgen in der Bekämpfung von Aufständischen und Terrorgruppen sowie der Ausbildung malischer Streitkräfte, konnte die Nachfolgemission der Operation Serval die Erwartungen nicht erfüllen. Durch den Abzug der 2400, in Mali stationierten französischen Soldaten, rückte mit der russischen Gruppe Wagner ein vermeintlich neuer Akteur in den Fokus der medialen Berichterstattung. Offiziell von der malischen Regierung Ende 2021 als Militärberater ins Land geholt, gilt mittlerweile als gesichert, dass die Söldner der Gruppe Wagner an Kampfeinsätzen der malischen Armee teilnehmen oder auch selbstständig eingesetzt operieren.

Die Gründe für den Abzug Frankreichs und den wachsenden Einfluss Russlands in Mali sind vielfältig. So schaffte es die französische Mission nicht, terroristische Aktivitäten nachhaltig einzudämmen. Allein 2022 wurden 4839 Menschen Opfer terroristischer Gewalt mit tödlichem Ausgang. Das entspricht einer Steigerung von rund 70 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Darüber hinaus kam es zu zivilen Opfern, verursacht durch französische Truppen. Zudem verstärkten sich im Laufe der Zeit die diplomatischen Spannungen zwischen Frankreich und der malischen Militärregierung. Während das französisch-malische Verhältnis unter Präsident Bah Ndaw noch als verhältnismäßig freundschaftlich bezeichnet werden konnte, änderte sich das nach dem Putsch von 2021 mit der Machtübernahme von Assimi Goïta schlagartig. Der französischen Regierung wurde von der neuen malischen Regierung Unfähigkeit vorgeworfen, terroristische Aktivitäten in Mali zu unterbinden. Einen Tiefpunkt der Beziehungen zwischen den beiden Ländern bildete die Ausweisung des französischen Botschafters Joel Meyer, nachdem der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian die Militärregierung als nicht legitim und „außer Kontrolle geraten“ bezeichnete. Im Kern spiegelten die Worte des französischen Außenministers wider, dass Frankreich die neue malische Führung nicht als verlässlichen Partner sah.

Bildeten diese Faktoren zwar Anlässe für den Rückzug französischer Truppen aus Mali, lagen die Ursachen für das Scheitern der Operation Barkhane dennoch tiefer. Laut Nathaniel Powell von War on the Rocks, war die französische Militärpräsenz nicht dazu in der Lage, lokale Konfliktdynamiken zu erkennen und entsprechend zu

handeln. Dem zugrunde lag die grundlegende Fehleinschätzung, dass allein dschihadistische Gruppierungen für die prekäre Situation in Mali verantwortlich seien. Als Nährboden für die sich zunehmend verschlechternde Sicherheitslage, erwies sich unter anderem das Fehlen einer in den Augen der malischen Bevölkerung legitimierte Regierung. Bedingt durch die koloniale Vorgeschichte Malis, kamen latente, in der Bevölkerung manifestierte, antifranzösische Ressentiments hinzu, welche in rezenter Zeit durch Goïta geschürt und instrumentalisiert wurden.

Befürchtungen eines möglichen Sicherheitsvakuums nach dem Abzug der französischen Soldaten traten dennoch, zumindest vorerst, nicht ein. Bereits im Dezember 2021 landeten die ersten Wagner-Söldner in Bamako. Im selben Monat verkündete die Junta, die für Februar 2022 angesetzten demokratischen Wahlen bis 2026 zu verschieben. Seit dem offenkundigen Auftreten von Wagner-PMCs lässt sich eine signifikante politische Eskalationsspirale feststellen und die malische Regierung wendet sich zusehends von westlichen beziehungsweise UN-Partnern und der G5-Sahel-Gemeinschaft ab. So wurden beispielsweise Überflugrechte für einige an der MINUSMA-Mission teilnehmenden Staaten gestrichen oder der MINUSMA-Menschenrechtsbeauftragte Guillaume Ngefa-Atondoko-Andali zur Persona non grata erklärt. Im selben Zeitraum wurden immer wieder gravierende Menschenrechtsverletzungen unter Beteiligung von Wagner-Söldnern bekannt. Den bis dato traurigen Höhepunkt bildete das im März 2022 begangene Massaker von Moura mit geschätzten 450 Todesopfern in der Zivilbevölkerung.

Als Reaktion auf die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen ziehen sich einige MINUSMA-Entsendestaaten aus der Mission zurück oder setzen diese aus, darunter auch Deutschland mit circa 1100 eingesetzten Soldaten. Ob das mit 30. Juni 2024 auslaufende Mandat der MINUSMA-Mission verlängert wird, ist bis dato noch nicht absehbar. Auch ob es eine Verlängerung der bis Frühjahr 2024 laufenden EU-Trainingsmission EUTM Mali geben wird, bleibt abzuwarten.

Das Engagement der Wagner-Gruppe in Mali stellt jedoch keinen Einzelfall oder gar ein neues Phänomen in der geopolitischen Interessensphäre Russlands dar. Zwar bestreitet die russische Führung in einem direkten Zusammenhang mit eingesetzten Wagner-Truppen in Nordafrika und dem Sahel zu stehen, es wird jedoch bei genauerer Betrachtung klar, dass Wladimir Putin spätestens seit Ausbruch des arabischen Frühlings seine Ambitionen als illiberaler Gegenpol zu aufkeimenden Demokratiebestrebungen gefährdet sah. Deswegen verwundert es nicht, dass Russland beispielsweise 2011 General Haftar nach dem Sturz Gaddafis als potentiellen neuen Machthaber in Libyen mit Wagner-Söldnern,

Luftschlägen und gezielten Desinformationskampagnen unterstützte. Auch der nunmehrige ägyptische Präsident Al-Sisi oder Algeriens Langzeitherrscher Bouteflika, beides Herrscher mit autokratischen Zügen, genossen die Unterstützung Russlands.

In jüngerer Vergangenheit etablierte sich Russland als beliebter Partner bei illegitimen Militärregierungen in Westafrika. In Mali und Burkina Faso wurden demokratisch gewählte Regierungen im Vorfeld systematisch mittels Desinformationskampagnen untergraben und somit der Weg für autokratische Regierungssysteme vorbereitet. Die Vorgangsweise in beiden Staaten ähnelte sich dabei in der Ausführung maßgeblich. So gaben sich Gruppen in Sozialen Netzwerken, hauptsächlich Facebook und Telegram, als NGOs, Wohltätigkeitsvereine oder teilweise offen als Gruppe Wagner selbst aus und verbreiteten prorussische und antifranzösische oder antiwestliche Inhalte. Themen waren unter anderem die Verunglimpfung demokratisch legitimer Volksvertreter oder Forderungen nach einer „Revolution“ im Sahelraum.

Es stellt sich dementsprechend die Frage, welches Ziel Russland mit der konsequenten Einmischung in die Politik und Stabilität afrikanischer Staaten verfolgt. War man nach dem Kalten Krieg der Meinung, dass Russland relativ „ideologiebefreit“ auf der Weltbühne auftritt und agiert, gab es bei der Sicherheitskonferenz 2007 in München Anzeichen für einen grundlegenden Paradigmenwechsel in dieser Hinsicht. Putin kritisierte damals in seiner Rede das Modell einer unipolaren Welt unter der Führung der USA und des Westens und postulierte sozusagen ein Ende der westlichen Hegemonie mit ihren demokratischen Werten. Mit Interventionen in Libyen und Syrien, aber auch durch den Angriffskrieg gegen die Ukraine, wird knapp zwei Jahrzehnte später klar, dass seine Forderungen nicht bloß Lippenbekenntnisse waren.

Mittlerweile vom Westen als Paria betrachtet, wundert es demnach kaum, dass Putin in politisch instabilen Ländern des Sahel autokratische Regierungsformen fördert und somit seine Vision von einem russlandfreundlichen, antidemokratisch-liberalen Gegenpol vorantreibt. Für Russland ist das Engagement in Nordafrika und dem Sahel insofern attraktiv, als unter anderem durch gezielte Elitenförderung Interventionen politischer und militärischer Art erleichtert werden. Hinzu kommen Faktoren wie die geografische Nähe zu Europa, aber auch Einfluss über die Stimmen afrikanischer Länder in internationalen Organisationen wie beispielsweise in der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Die russische Einflussnahme im Sahel dient demnach in erster Linie als Vehikel zur Verbreitung autoritärer Ideologien, dem Schutz kleptokratischer Autokraten im

Austausch für Konzessionen für den Abbau von Bodenschätzen wie Gold oder Uran und als Druckmittel gegen den Westen. Wie so oft gehen diese Interventionen zulasten der einheimischen Bevölkerung. Demokratische Prozesse, Partizipation, aber auch die Sicherheit der Zivilbevölkerung spielen nahezu keine Rolle. Auf Seiten der betroffenen Länder steht der Machterhalt der lokalen Eliten und Herrscher, international gestärkt von Russland, im Vordergrund.

Der Einsatz der Wagner-Gruppe als bewaffnetes Element russischer Interventionen trägt kaum zu einer verbesserten Sicherheitslage der Bevölkerung im Sahel bei. Laut Colin Clarke, Forschungsleiter der Soufan Group, ist Gegenteiliges der Fall. Er erkennt im Wesentlichen drei Faktoren, die für eine weitere Destabilisierung fragiler Staaten in dieser Region ausschlaggebend sind. Ein Faktor sind die mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen, begangen durch und mit den Wagner-PMCs. Neben dem bereits erwähnten Massaker von Moura in Mali lassen sich weitere gravierende Ausbrüche an Gewalt in der Zivilbevölkerung feststellen. Im Februar 2021 wurde beispielsweise bekannt, dass Wagner-Söldner in der zentralafrikanischen Goldgräberstadt Bambari aus Helikoptern auf fliehende Personen schossen. Im April 2023 wurden die Goldminen rund um Bambari erneut Ziel eines bewaffneten Angriffes nicht-staatlicher irregulärer Kräfte, bei dem neun chinesische Minenangestellte regelrecht hingerichtet wurden. Die Zentralafrikanische Regierung machte hierfür unter anderem Söldner aus dem Tschad, der DRC, der Republik Kongo, aber auch die Rebellengruppe Coalition of Patriots of Change (CPC) rund um Expräsident François Bozizé verantwortlich. Zeugen berichten allerdings, dass die Angreifer von weißer Hauptfarbe und professionell militärisch ausgerüstet waren und nicht Französisch sprachen. Die Annahme liegt nahe, dass es sich bei den Aggressoren ebenfalls um Wagner-Söldner handelte. Ein weiteres Indiz für die Täterschaft seitens der Wagner-Söldner, ist die offen gewaltsame Konkurrenz mit chinesischen Firmen, welche ebenfalls am Abbau von Bodenschätzen in der Zentralafrikanischen Republik beteiligt sind.

Doch nicht nur die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen steht im Fokus. Seit dem Eintreffen der Wagner Gruppe in der Zentralafrikanischen Republik im Jahre 2018 weitet sich ihr Einfluss auf den Staat und die Wirtschaft zunehmend aus. Präsenz in den Staatsmedien oder die ihr übertragene Zollabwicklung sind nur einige Beispiele dafür. Subsumierend kann festgestellt werden, dass durch begangene Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung Unruhe ausgelöst und so der Zulauf zu radikalen Gruppierungen reizvoller wird.

Ein weiterer Destabilisierungsfaktor in fragilen Sahel-Staaten, in denen Wagner aktiv ist, ist eine fortgesetzte

Delegitimierung der autoritären Regierungen in den Augen der Bevölkerung. Staatliche Aufgaben, wie das Gewaltmonopol oder die Versorgung der Bevölkerung mit grundlegenden Dienstleistungen, werden kaum bis nicht wahrgenommen. Die Auslagerung von Sicherheitsaufgaben an Wagner geht, im Gegensatz zu westlichen Partnern, ohne Auflagen im Hinblick auf Einhaltung von Menschenrechten oder Good Governance oder Antikorruptionsmaßnahmen einher. Gemeinsam mit russischen Diplomaten mischen sich Vertreter der Gruppe Wagner aktiv in die politische Agenda der Aufnahmestaaten ein. In der zentralafrikanischen Republik beispielsweise pochten russische Vertreter darauf, dass Präsident Touadéra die verfassungsgemäße Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten abschaffe. In Mali unter anderem beraten Social-Media-Experten von Wagner die Junta in puncto Online-Kampagnen gegen demokratische Bewegungen. Außerdem stellt Clarke fest, dass sich die militärischen Operationen der Wagner-PMCs ausschließlich im kinetischen Bereich bewegen. Klassische Counterinsurgency-Methoden, wie die parallele Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Good Governance finden keine Anwendung. Fehlende Checks and Balances der Wagner-PMCs fördern unter anderem die Ausübung von Gräueltaten und schüren Ressentiments in der Bevölkerung. Dementsprechend sind punktuelle und lokale Verbesserungen in der öffentlichen Sicherheit meist nur von kurzer Dauer und wenig nachhaltig. Extremistische Gruppierungen profitieren hingegen von der einseitigen Auftragserfüllung der Söldner und nutzen die begangenen Gräueltaten als effektives Rekrutierungsmittel. In Mali beispielsweise führten die rücksichtslosen Interventionen der malischen Armee in Zusammenarbeit mit den Wagner-PMCs zu einem signifikanten Anstieg terroristischer Aktivitäten. So wurden beispielsweise 2022 insgesamt 115 terroristische Akte und Kampfhandlungen seitens der mit Al-Qaida in Zusammenhang stehenden Katiba Macina (KM) in Zentralmali verzeichnet. Im Jahr davor waren es hingegen zehn. Erwähnenswert ist, dass sich die Aktivitäten der Wagner-Gruppe vornehmlich auf Zentralmali beschränken, während Grenzregionen und die Peripherie außen vorgelassen werden. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass diese außer Acht gelassenen Regionen gute Bedingungen für die Ausbreitung dschihadistischer Terrororganisationen bieten. Das lässt auch Befürchtungen potenzieller destabilisierender Auswirkungen auf Nachbarländer, wie beispielsweise Côte D'Ivoire laut werden. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich die sicherheitspolitische Lage bereits vor dem Eintreffen der Wagner-Gruppe in den betroffenen Ländern verschlechtert hat. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es das westliche und allen voran französische Engagement nicht geschafft hat,

Grundlagen für eine einigermaßen stabile und demokratische Entwicklung in den betroffenen Ländern zu schaffen. Kommunikative, kulturelle und operative Fehler in der Auftragserfüllung mündeten letztlich in Staatsstreichen wie in Mali oder Burkina Faso und bildeten Anlässe für Russland aktiv einzugreifen und das entstandene Vakuum zu füllen. Seit der Machtübernahme von Assisi Goïta stellt Mali einen attraktiven Brückenkopf für die Expansion russischer Interessen in der Sahel-Region dar.

Zwar hält Russland offiziell am Narrativ als Partner für die Beseitigung des vom russischen Außenminister Lawrow als solchen bezeichneten europäischen Kolonialismus in Westafrika fest, jedoch wird bei näherer Betrachtung klar, dass eine hauptsächlich für Russland und regionale illegitime Machthaber opportune Politik betrieben wird. Ideologischer Transfer, geopolitische Interessen in Bezug auf Konkurrenz zum Westen, aber auch die Ausbeutung von Bodenschätzen stehen dabei im Fokus. Methoden, die hierfür zur Anwendung kommen, sind als fragwürdig und als nachteilig für die lokale Bevölkerung zu beurteilen. Das Spektrum reicht hier von propagandistischer Beeinflussung durch Social-Media-Kanäle bis zu stumpfer Gewalt in der operativen Auftragserfüllung durch Wagner-Truppen. Nicht selten fallen bei letzteren unbeteiligte Zivilisten zum Opfer. Übergriffe auf die Zivilbevölkerung werden seitens der Herrscher willfährig hingenommen, steht doch der eigene Machterhalt im Zentrum. Es hat den Anschein, dass die geopolitischen Implikationen für die Subsahara-Region in den Hintergrund rücken.

Experten sind der Meinung, dass der Einsatz der Wagner-Truppen das Potenzial hat, nicht nur innerhalb der betroffenen Länder zu weiterer Destabilisierung beizutragen. Die Intensivierung interner Konflikte und der damit verbundene Anstieg von terroristischen Aktivitäten und Binnenflüchtlingen kann auch negative Effekte auf angrenzende, bis dato unbeteiligte Länder wie Côte D'Ivoire, Benin, Senegal oder Togo haben.

Ferner lässt sich in der Zentralafrikanischen Republik ein schwelender Konflikt zwischen Russland und China um die Ausbeutung von Bodenschätzen feststellen. Die Attacke mutmaßlicher russischer Söldner auf chinesisch betriebene Goldminen in der Bamabari-Region veranlasste Präsident Touadéra bereits, nach China zu reisen, um dort Investoren zu beruhigen.

Es stellt sich ebenfalls die Frage der sicherheitspolitischen Nachhaltigkeit des Einsatzes der Wagner Gruppe. Es ist davon auszugehen, dass sich nach der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen die Wagner Truppen aus den betroffenen Ländern zurückziehen werden. Westliche Akteure, allen voran Washington und Paris, sollten ihren Rückzug aus den betroffenen Ländern überdenken. Was allenfalls bleiben wird, ist eine politisch hochvolatile Region als sicherer Hafen dschihadistischer Umtriebe.

## Niger

Als eines der bis vor Kurzem kaum in der Öffentlichkeit präsenten und ärmsten Länder der Welt konnte sich Niger in Zeiten sicherheitspolitischer Umbrüche in der Sahel-Region als Bollwerk westlicher Interessen in der Region profilieren. Während in unmittelbarer Nachbarschaft des Landes illegitime Machthaber bestehende Konflikte verschärfen und die russische Einflussnahme zu weiterer Destabilisierung führt, etablierte sich 2021 mit der Wahl von Mohamed Bazoum die erste überhaupt demokratisch legitimierte Staatsführung im Niger. Bazoum versprach bei seiner Amtseinführung, den Staat und seine Institutionen zu stärken und vehement gegen Terror dschihadistischer Milizen aufzutreten.

Daher wundert es kaum, dass westliche Vertreter den Niger als verlässliche Ultima Ratio in dieser hochvolatilen Region betrachten und entsprechend umwerben. Neben der militärischen Präsenz Frankreichs engagieren sich auch die USA zunehmend im Niger. So eröffneten die Vereinigten Staaten 2019 nahe der nördlichen Stadt Agadez eine Drohnenbasis und beteiligen sich unter anderem in der Ausbildung von Unteroffizieren der nigrischen Streitkräfte. Auch die zuletzt in Bedrängnis und Kritik geratene EU-Ausbildungsmission (EUTM) in Mali soll in durch die EU Military Partnership Mission in Niger (EUMPM Niger) ersetzt werden. Es ist anzunehmen, dass die vorherrschenden politischen Rahmenbedingungen für einen Erfolg der Ausbildungsmission besser geeignet sind als in Mali.

Besonderes Augenmerk liegt auf den französischen Truppen, welche sich 2022 aus Mali in den Niger zurückgezogen haben. Laut eigenen Angaben versucht die französische Armee aus begangenen Fehlern der Mission Barkhane in Mali zu lernen und bemüht sich um einen unauffälligeren und „weicheren“ Ansatz. Gemeint damit ist etwa, dass nigrische Truppen besser in die französische Kommandostruktur eingebunden werden und einheimische Truppen beispielsweise selbst auch französische Soldaten kommandieren. Das Ziel ist die Stärkung des Staates in den Augen der Bevölkerung. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob diese Strategieanpassung letztlich zum Erfolg führen wird.

Trotz des politischen und militärischen Willens des Nigers und seinen westlichen Partnern, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich hierbei nach wie vor um ein sicherheitspolitisch fragiles Land handelt. So sieht sich der Niger einer Vielzahl an Herausforderungen ausgesetzt.

Zum einen zeigt sich der Staat besonders in der Peripherie als schwach und weitgehend in seinen Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt. Mangelnde Bildung, dysfunktionale staatliche Institutionen, Trennlinien entlang ethnischer Gräben, Zugang zu Ressourcen oder der Einfluss veränderter klimatischer

Bedingungen sind nur einige Eckpunkte vielfältiger Herausforderungen. Diese Bedingungen bieten naturgemäß einen guten Nährboden für den Erfolg radikaler islamistischer Gruppierungen, welche der lokalen Bevölkerung eine Alternative zum Staat und seinen Unzulänglichkeiten versprechen.

Zum anderen herrschen wie auch in Mali oder Burkina Faso im Niger latente Ressentiments gegen die ehemalige Kolonialmacht Frankreich. Es gibt bereits Stimmen, die das französische Engagement kritisieren, allen voran die Bewegung M62 rund um ihren Vorsitzenden Abdoulaye Seydou. In der Hauptstadt Niamey kam es im vergangenen Jahr bereits zu Protesten, die von M62 organisiert worden waren. Neben den gestiegenen Lebenshaltungskosten und der prekären Sicherheitslage richtete sich der Protest hauptsächlich gegen die im Niger aktiven französischen Truppen. Zwar negiert Seydou eine Zusammenarbeit mit russischen Akteuren, dies bleibt jedoch anzuzweifeln. So wurden bei den Protesten in der Hauptstadt das Schwenken russischer Fahnen seitens der Demonstranten beobachtet. Seydou behauptet aber, dass diese Provokationen mithilfe einer False Flag Aktion von der nigrischen Regierung selbst inszeniert wurden. Héni Nsaibia, Forscher des Armed Conflict Location and Event Data Project (ACLED) hält es dagegen für sehr unwahrscheinlich, dass die Regierung zu solchen Mitteln greift.

Im Februar 2023 wurde Seydou schließlich von den nigrischen Behörden festgenommen. Ihm wurde vorgeworfen, Informationen zu verbreiten, welche die öffentliche Ordnung zu stören vermochten. Diese Vorwürfe wurden später fallen gelassen, beim Verlassen des Gerichtes wurde er aber erneut festgesetzt und in das rund 30 Kilometer von der Hauptstadt Niamey entfernte Hochsicherheitsgefängnis Kollo verlegt. Die nigrische Justiz wirft Seydou nun vor, bei Angriffen auf Goldminen in der Region Say beteiligt gewesen zu sein. Ob die Vorwürfe nun belegbar sind oder nicht, es zeigt eindeutig die Angst der nigrischen Regierung vor russischer Einflussnahme und der Schürung antifranzösischer Tendenzen in der Bevölkerung.

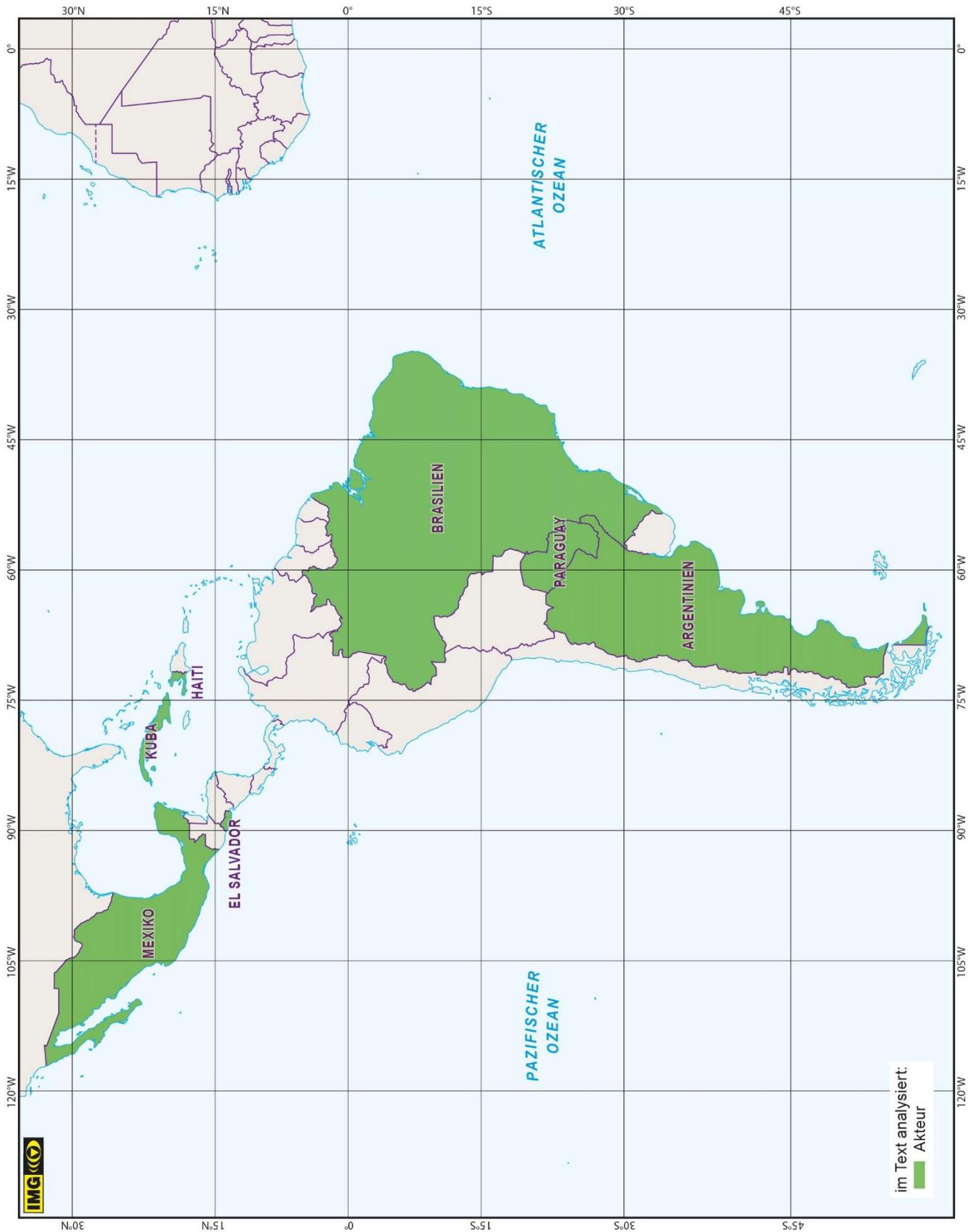
Mit der Entscheidung der direkten Zuwendung Bazoums Richtung Westen, wurde der Niger zu einem attraktiven Ziel klandestiner russischer Interventionen. Die Entwicklungen in den Nachbarländern Mali und Burkina Faso lassen die Befürchtungen der Regierung in Niamey als nicht unberechtigt erscheinen.

Es bleibt demnach abzuwarten, ob die Engagements der EU, USA und Frankreichs im Niger letztlich zum Erfolg führen werden. Zwar sind die politischen Rahmenbedingungen im Moment dafür noch geeignet, jedoch kommt eine Vielzahl an Herausforderungen auf die westliche Präsenz zu. Fehler, die zu einem Ergebnis wie in Mali führten, sollten vermieden werden. Hierzu gehören unter anderem die Stärkung des demokratisch

legitimierten, aber noch immer schwach ausgeprägten nigrischen Staates, der Schutz der Zivilbevölkerung und die Bekämpfung terroristischer Aktivitäten. Ein besonderes Augenmerk sollte allerdings auf die

Entwicklung von Strategien bezüglich der Abwehr destabilisierender russischer Eingriffe gelegt werden.

**Lorenz Sack**



Lateinamerika

## Unzufriedenheit und Spannungen am Halbkontinent

### **Lateinamerikas emanzipatorische Tendenzen führen zu Spannungen mit den USA**

Die US-Kongressabgeordnete María Elvira Salazar warnte die argentinische Regierung vor einer Abkehr von einer freien Welt zu einer „Welt der Sklaven“. Anlass dazu gab das Interesse der argentinischen Luftwaffe, das in China erzeugte Kampfflugzeug Chengdu FC-1 in Argentinien einzuführen, weiterzuentwickeln und technisch auszubauen.

Noch bedrohlicher klangen die Worte der US-Republikaner Linsey Graham und John Kennedy Richtung **Mexiko**. Beide US-Senatoren hatten kommuniziert, dass die US-Regierung den Einsatz von Waffengewalt in Mexiko autorisieren könne, um den immer stärker werdenden Drogenhandel im Nachbarland entgegenzuwirken. Mexikos Staatsoberhaupt Andrés Manuel López Obrador konterte ungewöhnlich scharf, indem er den USA einerseits vorwarf, sich für die Regierung der Welt zu halten und andererseits festhielt, dass Mexiko keine Kolonie der USA sei und niemals zuliebe, dass ein fremdes Land in Mexiko einmarschiere und mit militärischer Gewalt in das öffentliche Leben eingreife.

**Argentinien** schlägt hingegen ein Treffen mit britischen Vertretern am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York vor. Grund für die vorgeschlagene Zusammenkunft sind die Falkland Inseln, auf die Argentinien weiterhin Anspruch erhebt. Obwohl sich 2013 eine überwältigende Mehrheit der Bewohner der Inseln für einen Verbleib beim Vereinigten Königreich entschieden hat, strebt die argentinische Regierung weiterhin einen Anschluss an Argentinien an. Die Entdeckung von Öl- und Gasvorkommen auf dem Inselgebiet verstärkt seit geraumer Zeit die Forderung Argentiniens. Mit der Aussage vor dem argentinischen Kongress, dass die Falklandinseln immer Teil Argentiniens waren, sind und weiterhin bleiben, bekräftigte der linksgerichtete Präsident Alberto Ángel Fernández erst in jüngster Vergangenheit die Bestrebungen des lateinamerikanischen Landes. Als erster Schritt in Richtung Abkoppelung von der britischen Hoheitsverwaltung, zieht sich Argentinien aus dem Faradori-Duncan-Pakt zurück. Die gemeinsame Erklärung regelt die Förderung von Gas und Öl sowie auch die Schifffahrt und die Fischerei rund um den Inselarchipel.

Eine ältere, aber wieder aufs Neue entfachte Idee, ist die einer gemeinsamen Währungsunion in Lateinamerika. Bei einem Besuch des brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva Anfang des Jahres im Nachbarland Argentinien kündigte dieser an, gemeinsam mit der argentinischen Regierung eine Gemeinschaftswährung in

der gesamten Region anzustreben. Argentinien musste jedoch immer wieder aufgrund seiner enormen Staatsverschuldung im internationalen Zahlungsverkehr Insolvenz anmelden. Ob das finanziell instabile Land für die Einführung einer regionalen Währung fähig wäre, sei dahingestellt. Dennoch würde eine Währungsunion, die den gesamten Halbkontinent umfasst, etwa fünf Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes abdecken.

Allerdings gibt es diese politische Diskussion schon seit Beginn des regionalen Wirtschaftszusammenschlusses Mercosur, welchem zurzeit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay angehören. Bislang haben es die USA geschafft, emanzipatorische Tendenzen, welche die lateinamerikanische Wirtschaft betrifft, immer wieder abzuwenden, den Widerstand zu brechen gelang ihnen jedoch nicht.

### **Klimawandel belastet lateinamerikanische Wirtschaft**

In den beiden flächenmäßig größten Ländern Lateinamerikas birgt sich noch eine ganz andere Gefahr. In Argentinien wurde die desolante Wirtschaftslage von einer extremen Trockenheit zusätzlich geschwächt. Als einer der größten Grundnahrungsexporteure der Welt, insbesondere bei Mais, Weizen und Sojabohnen, haben die ausgetrockneten Anbauflächen bereits im ersten Quartal 2023 zu Verlusten von über 50 Mio. Tonnen geführt. Nach Schätzungen von Experten wird das BIP im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der fehlenden Ernteerträge um etwa 20 Mrd. USD geringer ausfallen. Die fehlenden Steuereinnahmen aus den Exporten werden die Inflation der argentinischen Volkswirtschaft weiter „anheizen“.

**Brasilien** ist hingegen einem wachsenden internationalen Druck ausgesetzt, der ungezügelter Umweltzerstörung ein Ende zu setzen und wieder zu einem glaubwürdigen Mitspieler im Kampf gegen die Erderwärmung zu werden. Bereits im Februar 2023 wurden aus bestimmten Gebieten des brasilianischen Amazonas-Regenwaldes Zerstörungen gemeldet, die im Vergleichszeitraum zum Vorjahr eine 99-prozentige Steigerung aufgezeigt hat. Und das, obwohl das brasilianische Staatsoberhaupt und seine Umweltministerin Marina Silva gemeinsam mit Umweltschutzorganisationen begonnen haben, einen nationalen Aktionsplan zum Schutze des Regenwaldes umzusetzen, der auch einen internationalen Fonds in der Höhe von 545 Mio. EUR beinhaltet.

Die Folgen der Klimaänderungen beschäftigen Regierungen schon seit längerer Zeit. Die Erderhitzung droht in manchen Regionen Grund für Eskalationen und Auseinandersetzungen zu werden. Mittlerweile kann beobachtet werden, dass klimabedingte

Migrationsbewegungen aufgrund von Ernteausfällen, Überschwemmungen und anderen – durch Wetterveränderungen hervorgerufene Umweltkatastrophen – innerhalb Lateinamerikas, aber insbesondere in die USA, stark im Ansteigen sind und weiter zunehmen werden. Die USA haben den Klimawandel ja auch deshalb bereits im Jahr 2014 als Bedrohung für die nationale Sicherheit eingestuft.

### **Ist Brasilien der Regionalplayer?**

Ende Mai 2023 hatte Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva im südamerikanischen Teil Lateinamerikas eigentlich seine regionale Führungskompetenz unter Beweis stellen wollen und lud dazu die Staatsoberhäupter der Region in Brasiliens Hauptstadt Brasília ein. Mit Ausnahme der peruanischen Präsidentin Dina Boluarte, deren Ausreise vom Parlament ihres Landes verwehrt wurde, waren alle südamerikanischen Staatsoberhäupter anwesend und obwohl mehr als die Hälfte der Länder Südamerikas, sowie auch Brasilien selbst, politisch linksgerichtet sind, konnte Lula da Silva keinen außenpolitischen Triumph erzielen. Grund dafür war nicht die Einladung und das Erscheinen des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro, was aus außenpolitischer Sicht im Sinne eines „gemeinsamen“ Südamerikas für Lösungen in Fragen der Wirtschaftskrise und der Flüchtlingsproblematik in Venezuela durchaus sinnvoll erscheint, sondern der außerordentlich freundliche Umgang Lulas mit Maduro.

Der brasilianische Staatspräsident nahm bei einem Gala-Empfang offiziell wieder Beziehungen mit Venezuela auf und erklärte Maduro zum lupenreinen Demokraten. Die angebliche Diktatur in Venezuela sei für ihn ein Narrativ und die Sanktionen der USA und Europas gegen Venezuela seien für ihn schlimmer als jeder Krieg gegen das Land. Doch der Brasilianer stand mit seiner Sicht über das venezolanische Staatsoberhaupt, auf das Washington sogar eine internationale Prämie ausgesetzt hat, in der Region allein da. Der uruguayische Präsident Luis Alberto Aparicio Alejandro Lacalle Pou meinte, dass kein falsches Narrativ über Venezuela besteht. Ebenso mahnte der linke Staatspräsident Chiles, Gabriel Boric, die fehlende Demokratie in Venezuela ein. Nicht einmal Kolumbiens linkes Staatsoberhaupt Gustavo Francisco Petro Urrego, der seit seinem Amtsantritt im Vorjahr auf Appeasement-Politik mit dem Nachbarland Venezuela bemüht ist, konnte sich der Meinung Lulas anschließen.

Dennoch konnte sich Lula bei seiner Position, dass die südamerikanischen Länder bei den gemeinsamen Herausforderungen wie etwa dem Klimawandel, der Förderung einer stärkeren sozialen Entwicklung, einer Stärkung des Handels oder in der Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit ihre Allianz noch weiter ausbauen müssen, einer geschlossenen Zustimmung der anderen

anwesenden Staatsoberhäupter sicher sein. Im Hinblick auf die globale Wirtschaft, insbesondere aber auf die USA, meinte der brasilianische Staatsoberhaupt, dass Lateinamerika mit einem BIP von vier Bio. USD die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt sei. Die Region sollte sich daher künftig weigern, weitere 500 Jahre an der ökonomischen Peripherie nur als Rohstofflieferant für die entwickelten Länder zu fungieren.

### **Kubas Reise in die Vergangenheit**

Eine Bedrohung für die USA entsteht gegenwärtig auch auf **Kuba**. Havanna hat dem Bau einer chinesischen Abhöranlage auf der Zuckerinsel zugestimmt. Für die Möglichkeit, dass China eine Anlage errichtet, welche u.a. für elektronische Fernmelde- und elektronische Aufklärung verwendet wird und nur 150 Kilometer vom amerikanischen Festland entfernt ist, zahlt das China Milliarden an den verarmten Karibikstaat. Diese Armut wird bekanntlich größtenteils durch US-amerikanische Sanktionen verursacht.

Dass eine mit den USA rivalisierende Großmacht auf Kuba einen nachrichtendienstlichen Stützpunkt bauen lässt, der dazu fähig ist, fremde Radarsignale auszuwerten, sorgt in Washington für Unruhe. Befinden sich im Süden der USA doch zahlreiche Militärstützpunkte sowie auch das in Florida ansässige US-Southern Command (SOUTHCOM), welches für die Koordination und Führung jeglicher militärischen Operationen in Lateinamerika und der Karibik zuständig ist. Aber auch der gesamte Schiffsverkehr des Golfs von Mexiko lässt sich von der Karibikinsel ausgezeichnet überwachen und immerhin sind in der Riesenbucht acht der zehn größten US-Ölraffinerien angesiedelt. Die Inbetriebnahme einer solchen Einrichtung wäre für Peking eine hervorragende Möglichkeit, in Bereichen der elektronischen Aufklärung gegenüber der militärischen Supermacht USA aufzuholen. Zudem ist die geplante chinesische Abhörstation auf Kuba wohl auch eine Reaktion Pekings auf die Präsenz von Teilen der US-Streitkräfte im Südchinesischen Meer und vor Taiwan. Immer wieder fliegen die USA von Basen aus Südkorea, Japan und Singapur Überwachungsflüge entlang der chinesischen Küste sowie über das Südchinesische Meer, das China für sich beansprucht.

Dass die beiden kommunistischen Länder China und Kuba eng miteinander zusammenarbeiten, liegt in der Natur der (gemeinsamen) Sache. Durch die „Spionagebasis“ erlangt einerseits China von den USA – als größten Feind des Kommunismus – möglicherweise neue technologische und militärrelevante Erkenntnisse, und andererseits erhält das durch US-Sanktionen geschädigte Kuba finanzielle Gegenleistungen in Milliardenhöhe. China ist nach dem Zerfall der Sowjetunion ohnehin bereits zum wichtigsten

Handelspartner des sozialistischen Karibikstaates aufgestiegen.

### **Staatszerfall in Haiti**

Seit der Ermordung des haitianischen Präsidenten Jovenel Moïse 2021 lässt sich der freie Fall des Karibikstaates ins Chaos nicht mehr aufhalten. Haiti gilt als das ärmste Land im lateinamerikanischen Raum und der Karibik, deren Bevölkerung seit Jahren von Banden unterdrückt wird.

Nun werden die Hilfeschreie der haitianischen Übergangsregierung und der UNO nach einer Friedensmission immer lauter. Über 600 Personen wurden allein im April 2023, das etwas kleiner ist als Oberösterreich und die Steiermark gemeinsam, durch Bandenkriminalität getötet. Der Konflikt verschärfte sich im Gegensatz zum Vorjahr dahingehend, dass immer mehr rivalisierende und bewaffnete Gruppen entstehen. In vielen Stadtteilen wurden angesichts der gefährlichen Lage bereits Krankenhäuser geschlossen. Der Staat ist nicht imstande, gegen die gewaltsamen Banden vorzugehen. Vielmehr werden immer mehr Polizisten Opfer der Gangs, sofern sie nicht „überlaufen“.

Die seit mittlerweile mehreren Jahren andauernde und extreme Gewaltausübung von Banden gegenüber der Bevölkerung zerreißt indessen die Gesellschaft. Haitianer organisieren sich immer öfter zu bewaffneten Gruppen, um die Gangs zu bekämpfen. Ebenso wurden gemeinsame Nachbarschaftspatrouillen ins Leben gerufen, um ihre Stadtviertel zu überwachen und gegebenenfalls die darin wohnenden Menschen zu beschützen. Lynchmorde an Mitgliedern diverser Banden häufen sich und der Ausbruch eines Bürgerkrieges wird immer wahrscheinlicher.

Obwohl die UNO schon mehrmals die Entsendung einer spezialisierten internationalen Truppe gefordert hat und auch die USA signalisiert haben, der Stationierung von UN-Friedenstruppen in ihrem Hinterhof nichts entgegenzusetzen, möchte bislang niemand eine solche Mission anführen, um den Frieden in Haiti wiederherzustellen.

### **Autoritarismus in El Salvador gewinnt immer mehr Anhänger**

Ganz anders sieht es hingegen in **El Salvador** aus. Für den salvadorianischen Präsidenten Nayib Bukele hat die öffentliche Sicherheit oberste Priorität. In der Liste der am stärksten von Gewalt geprägten Staaten der Welt stand das Land etliche Jahre an oberster Stelle. Obwohl vorherige Regierungen auch rigoros gegen terrorisierende Straßenbanden (Maras) vorgegangen sind und mit ihnen sogar Friedensvereinbarungen ausgehandelt haben, konnte die erschreckende Bandengewalt nie unter Kontrolle gebracht werden. Die Polizei hatte auch kaum Mittel, um

die damals weltweit höchste Mordrate zu reduzieren. Zudem herrschte bei den salvadorianischen Sicherheitskräften die Meinung vor, dass es nichts bringe, einzelne Gangmitglieder zu verhaften, da dadurch die Maras nicht aufgelöst werden würde. Vielmehr war man überzeugt, dass nur die Verhaftung aller Mitglieder dem täglichen Terror der Straßenbanden ein Ende setzt. Der seit 2019 amtierende Nayib Bukele realisierte im ersten Quartal des laufenden Jahres diese äußerst ambitionierte Idee und überzog das gesamte Land mit einer beispiellosen Verhaftungswelle. In einem riesigen Gefängnis-Komplex wurden bereits mehr als 60.000 Häftlinge unterbracht. Seit über einem Jahr gilt in El Salvador der Ausnahmezustand, der durch das Parlament immer wieder verlängert wird und solche Massen- und Schnellverhaftungen überhaupt erst ermöglicht. Inzwischen hat das Land nicht mehr die höchste Mordrate, sondern die weltweit höchste Gefangenenerate.

Obwohl durch den Ausnahmezustand Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten umgangen werden, begrüßt die Mehrzahl der Salvadorianer die strengen Maßnahmen der Regierung. Die Bevölkerung, die jahrelang in Angst vor den Maras gelebt hat, fühlt sich nun auf ihren Straßen und Gemeinden so frei, wie schon lange nicht mehr und das Leben hat sich seitdem wieder nach draußen verlagert. Parks und Fußballplätze, die aus Furcht vor Bandenübergreifen jahrzehntelang leer standen, werden plötzlich wieder von Kindern genutzt.

Im Kontext der Bandenkriminalität wurde auch das von 2009 bis 2014 amtierende Staatsoberhaupt des Landes, Mauricio Funes, in dessen Abwesenheit zu 14 Jahren Haft verurteilt. Dem Ex-Präsidenten werden rechtswidrige Verhandlungen mit kriminellen Jugendbanden vorgeworfen. Laut Generalstaatsanwaltschaft hat die Regierung in der Amtszeit von Funes mit den beiden Maras Salvatrucha und Barrio 18 illegal eine Waffenruhe ausgehandelt, die den Häftlingen der Maras bessere Haftbedingungen ermöglichte und für weitere Bandenmitglieder andere Vorteile mit sich brachte. Durch das Abkommen wurden Wahlvorteile erlangt, von denen die damalige Regierung politisch profitierte. Auch der damalige Sicherheits- und Justizminister, David Munguía, wurde zu 18 Jahren Haft verurteilt.

Auch wenn sich die Regierung mit der sinkenden Mordrate in ihrer Strategie bestätigt sieht, ist El Salvador immer noch unter den zwanzig Ländern – 18 davon in Lateinamerika und der Karibik – mit der höchsten Mordrate zu finden. Bukele kann sich durch sein hartes Vorgehen gegen die Bandenkriminalität zwar großer Beliebtheit erfreuen und dem Zuspruch der salvadorianischen Bevölkerung sicher sein, dennoch birgt sich in seinem charismatischen und knallharten Führungsstil eine große Gefahr für das Überleben der Demokratien in Lateinamerika. Im

Gegensatz zum klassischen Populismus, der die Länder Lateinamerikas in der Vergangenheit immer wieder zwischen links und rechts spaltete, versteht es Bukele, das Land zu vereinen. Sein Erfolg hat ihn im eigenen Land zum Nationalhelden aufsteigen lassen, dessen Umfragewerte inzwischen bei über 90 % liegen. Sein schillerndes und aufsehenerregendes Auftreten findet mittlerweile auch außerhalb El Salvadors große Beachtung.

Das politische Experiment von Nayib Bukele zeigt auf, dass nicht das Scheitern Autokraten gefährlich macht, sondern deren Erfolg. Die populistische Erfolgsstory des jungen Präsidenten wirkt sich bereits auf die ganze Region aus. So begrüßen inzwischen Politiker aus Argentinien, Guatemala und Peru die beeindruckenden Veränderungen zum Wohle aller Salvadorianer, die das Staatsoberhaupt durch seine Null-Toleranz-Politik umgesetzt hat und sehen im „Bukelismo“ eine neue Version politischen Führungsstils in Lateinamerika.

### **Machtausbau des mexikanischen Präsidenten wird gebremst**

Mexikos linkspopulistischer Präsident Manuel Andrés López Obrador (AMLO), dessen Wahlslogan vor knapp fünf Jahren „Umarmungen statt Kugeln“ lautete, scheint seine Macht weiter ausbauen zu wollen. In der zweitgrößten Volkswirtschaft Lateinamerikas soll der Einfluss der unabhängigen Wahlbehörde (INE) drastisch beschnitten werden. Etliche regionale „INE-Stellen“, die für die Vorbereitung, Organisation, Überwachung und Durchführung von Wahlen zuständig sind, sollen aufgelöst werden. Der Senat des mexikanischen Kongresses hat demnach schon einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der die Wahlbehörde drastisch verkleinern und ihr Budget erheblich kürzen soll. Die Oppositionsparteien sowie die Wahlbehörde selbst kündigten umgehend an, die Verfassungskonformität der neuen Regeln durch den Obersten Gerichtshof überprüfen zu lassen, da nach deren Ansicht die künftige Organisation freier Wahlen in Mexiko gefährdet seien.

Ein anderes Vorhaben der mexikanischen Regierung wurde indessen vom Obersten Gerichtshof bereits unterbunden. Nach einer neuen Sicherheitsstrategie des mexikanischen Präsidenten, die eine zunehmende Militarisierung der öffentlichen Sicherheit beinhaltet, sollte die operative und administrative Führung der Nationalgarde den Streitkräften unterstellt werden. Die geplante Übertragung des Kommandos der Nationalgarde an das Verteidigungsministerium wurde allerdings durch den Obersten Gerichts als verfassungswidrig eingestuft. Das Korps bleibt somit zivilen Behörden unterstellt, was diverse NGOs, die dem Präsidenten wachsenden Einfluss des Militärs im Inneren vorwerfen, sehr begrüßen.

Die 2019 geschaffene Nationalgarde löste die als extrem korrupt geltende Policía Federal (Bundespolizei) im Kampf gegen gewalttätige kriminelle Gruppen ab. Trotz des – nun verbleibenden – zivilen Überbaus, versehen mehrheitlich Soldaten in der Nationalgarde ihren Dienst, die u.a. auch für den Grenzschutz eingesetzt sind. Temporär nahmen ab Anfang Mai 2023 illegale Grenzübertritte zu. Einer der Gründe liegt in der Aufhebung der unter Donald Trump erlassenen „Title 42“-Regelung durch die Biden-Administration am 11. Mai 2023. Diese sah vor, dass Einwanderer, die nicht aus Mexiko stammen, umgehend und ohne die Möglichkeit eines Asylantrags an der Grenze zu den USA zurückgeschickt werden können. Im Hinblick auf die im März 2020 weltweit startenden COVID-19-Eindämmungsmaßnahmen wurde diese Regelung damit begründet, Menschen von der Einreise in die USA abzuhalten, wenn durch Einschleppung von Krankheiten eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit besteht.

Die USA bereiten sich auf einen weiteren Anstieg der illegalen Einwanderung vor und wollen vorübergehend 1.500 zusätzliche Soldaten an die Grenze zu Mexiko entsenden, um die Grenzschützer vor Ort zu entlasten. Angesichts der Zunahme von Migranten verschiedenster lateinamerikanischer Länder, die über Mexiko die in die USA einreisen wollen, verschärft auch die mexikanische Regierung ihre Migrationspolitik. Das Ausstellen von Transitdokumente, die dazu dienten, eingereiste Migranten legal durch Mexiko bis zur US-Grenze ziehen zu lassen, wurden bereits eingestellt. Auch der behördlich zugelassene Aufenthalt von maximal 30 Tagen, ohne ein Aufgreifen von lokalen Sicherheitskräften befürchten zu müssen, wurde für Migranten aufgehoben. Zudem wurde seitens der mexikanischen Regierung angekündigt, Migranten ohne Papiere künftig schneller in ihre Heimatländer abschieben zu wollen und keine Durchreise zur US-Grenze zuzulassen. Im Juni 2023 hielten sich etwa 150.000 Migranten in der Grenzregion im Norden Mexikos auf.

### **Wahlen auf Kuba und in Paraguay**

#### **Präsidenten- und Parlamentswahlen führen zu keinen Veränderungen auf der Karibikinsel und in Paraguay**

Auf **Kuba** waren Ende März acht Millionen Kubanerinnen und Kubaner aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Für 470 Sitze standen 470 Kandidaten zur Auswahl, die zuvor von staatlichen Kommissionen zugelassen werden mussten. Oppositionskandidaten wurden nicht nominiert. Die wichtigsten Auswahlkriterien für die Nominierung auf nationaler Ebene sind Verdienste um das Land, moralische Autorität, Akzeptanz in der Bevölkerung sowie angemessenes gesellschaftliches Engagement.

In **Paraguay** wurde hingegen Ende April ein neuer Präsident gewählt. Obwohl anfänglich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem konservativen Kandidaten Santiago Pena und seinem liberalen Herausforderer Efraim Alegre erwartet wurde, konnte sich letztlich Santiago Pena klar durchsetzen. Paraguays Regierungsarbeit bleibt somit – wie schon die letzten sieben Jahrzehnte – konservativ geprägt. Ebenso waren rund fünf Millionen Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, ein neues Parlament und 17 neue Gouverneure zu wählen. Der Wahlkampf wurde allerdings von Korruptionsvorwürfen beherrscht, da in manchen Gebieten Vertreter der Konservativen unerreichte Mehrheiten erhielten und weit vor den Oppositionskandidaten lagen.

## Lateinamerikas internationale Rolle

### **Ukrainekonflikt spaltet den Halbkontinent**

Während eines Staatsbesuches in Spanien hat sich der kolumbianische Staatspräsident Gustavo Petro für ein Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine ausgesprochen. Laut Petro nehmen Armut und Hunger in Lateinamerika aufgrund der steigenden Lebensmittelpreise zu. Die Ursache des Preisanstiegs sieht er im Krieg. Obwohl der Halbkontinent durchaus das Potenzial hätte, durch eigene Produktion von Nahrungsmitteln die Ernährung seiner Bevölkerung selbst sicherzustellen, hindern die durch den Krieg bedingten Verteuerungen von Düngemittel- und Nahrungsmittelimporten dieses Vorhaben. Kolumbien sei deshalb an der Weiterführung des Krieges nicht interessiert.

In Nicaragua und Venezuela sowie auf Kuba, rief der russische Außenminister Sergej Lawrow hingegen zum gemeinsamen Widerstand gegen die Erpressungsversuche des Westens auf. Nach Lawrows Auffassung müssen sich die durch Sanktionen belegten lateinamerikanischen Länder gemeinsam mit Russland bündeln, um dem illegalen und einseitigen Druck des Westens zu begegnen.

Gleichzeitig bagatellierte er die Sanktionen der USA, die wegen des Angriffskrieges auf die Ukraine gegenüber Russland verhängt wurden. In Nicaragua verhängten die USA Sanktionen gegenüber drei Richtern, die 316 nicaraguanischen Ortega-Gegnern die Staatsbürgerschaft aberkannt hatten. Russland ist ein wichtiger Verbündeter Nicaraguas und lieferte dem Land u.a. Sputnik-Vakzine und Busse für den öffentlichen Nahverkehr. Zudem ist Russland der größte Getreidelieferant Nicaraguas.

Dem nicaraguanischen Präsidenten Daniel Ortega brachte der russische Außenminister seine Dankbarkeit für die Unterstützung Nicaraguas in der Auseinandersetzung mit den USA und ihren Verbündeten zum Ausdruck. Mit Blick

auf die USA ist es Lawrows größter Wunsch, die politische Weltordnung multipolar zu gestalten. Gegenüber den drei sozialistischen Ländern Nicaragua, Venezuela und Kuba, die alle diktatorisch regiert werden, haben die Vereinigten Staaten aus unterschiedlichen Gründen Sanktionen verhängt. Auf Kuba dauert die US-Blockade mittlerweile über 60 Jahre an.

### **Abschluss des umstrittenen EU-MERCOSUR-Abkommens steht kurz bevor**

Sowohl die EU als auch die USA lenken ihre Wirtschaftsinteressen verstärkt auf Lateinamerika. Nach den pandemiebedingten Störungen wichtiger Lieferketten, des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und dem immer stärker werdenden Wunsch, sich von China abzukoppeln, wird der Halbkontinent für die beiden Wirtschaftsmächte immer interessanter.

Ein baldiger Abschluss eines Handelsabkommens zwischen der EU und der lateinamerikanischen Mercosur-Freihandelszone scheint in greifbarer Nähe zu sein. Seit 1999 verhandelt die EU mit den Mercosur-Ländern, welche die Vollmitglieder Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay sind. Hinzu kommen noch mehrere südamerikanische Länder, die ein Assoziierungsabkommen mit Mercosur unterschrieben haben. Bolivien ist Beitrittskandidat. Ende Juni werden die Hauptverhandler der EU und des Mercosur in Argentinien weitere Gespräche führen, bei denen insbesondere Brasilien hofft, Sanktionen wegen Verstößen gegen internationale Klimaabkommen abzuwenden.

Schon 2019 wurde zwar eine allgemeine Einigung erzielt, der große Durchbruch scheiterte allerdings an politischen Fragen und ungelösten Problemen, insbesondere bezüglich des Schutzes des Amazonasregenwaldes. Auch aus Argentinien kommen politische Widerstände, da die Regierung die heimische Wirtschaft von der internationalen Konkurrenz zu schützen versucht. In dieser Sache möchte sich der brasilianische Präsident Lula da Silva aktiv einbringen und Argentinien von den wirtschaftlichen Vorteilen eines gemeinsamen Abkommens mit der EU überzeugen. Mit dem Kurswechsel Brasiliens – vor allem, was die Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens betrifft – und der immer stärker empfundenen Abhängigkeit von China, hat ein baldiger Abschluss des Handelsabkommens stark an Bedeutung gewonnen. Weitere begünstigende Faktoren sind der Wunsch nach einer Diversifizierung des internationalen Marktes aufgrund der Coronapandemie und des Ukrainekrieges. Auch die gegenwärtige EU-Ratspräsidentschaft Schwedens und der anschließende spanische Vorsitz spielen dabei eine wesentliche Rolle, da beide Länder großes Interesse an einem Abschluss haben.

Die aufwendigen und langjährigen Verhandlungen für das EU-Mercosur-Abkommen könnten noch im Sommer zum Abschluss kommen und eine neue Ära der Handelsbeziehungen zwischen Europa und Lateinamerika einläuten. Allerdings gibt es noch einige Bedenken. Europas Bauern befürchten eine Importflut an Billigfleisch, welche die EU mit Quoten und Kompensationen einzudämmen versucht. Ferner gibt es Klauseln, wonach der Handel zum Schutze der Bauern auch temporär ausgesetzt werden kann. Umweltorganisationen kritisieren hingegen die extrem schwach ausgeprägten Umweltauflagen. So ist das Umweltkapitel im Abkommen explizit von Sanktionen ausgenommen, was einen eventuellen Verstoß gegen Umweltregelungen folgenlos bleiben lässt. Befürworter begrüßen das Zustandekommen des Abkommens damit, dass einerseits die Wettbewerbsfähigkeit vergrößert wird und andererseits Tausende Arbeitsplätze geschaffen werden. Kritiker entgegnen, dass die Umwelt- und Sozialstandards Lateinamerikas nicht jenen der EU entsprechen.

Es ist nicht verwunderlich, dass die EU auf eine rasche Unterzeichnung des Abkommens hinarbeitet. In Argentinien wird im Herbst ein neuer Präsident gewählt und im Juni 2024 werden in der Europäischen Union die Wahlen zum Europäischen Parlament (Europawahlen) durchgeführt. Vor allem erhöht aber der wachsende Einfluss Chinas in Lateinamerika den Anreiz der EU, den Mercosur-Deal endlich abzuschließen. Analysten rechnen in den nächsten zehn Jahren mit einer Verdoppelung des Handelsvolumens zwischen China und Lateinamerika.

Die EU muss einerseits versuchen, das EU-Mercosur-Abkommen in der politischen Öffentlichkeit nicht als Freihandelsabkommen, sondern als Abkommen zur Sicherstellung der strategischen Autonomie Europas zu präsentieren und andererseits ihre geopolitischen Ziele in der Welt vertreten. Denn auch wenn das Abkommen nicht zustande kommt, haben beispielsweise brasilianische Fleischexporte schon jetzt ein Rekordniveau erreicht. Ebenso hat die Abholzung des brasilianischen Regenwaldes trotz der Nichtunterzeichnung des EU-Mercosur-Abkommens unter der Präsidentschaft von Jair Bolsonaro deutlich zugenommen. Seine umweltfeindliche Politik hatte die öffentliche Meinung in Europa stark beeinflusst und die Unterzeichnung des Vertrages verhindert. Unter dem neuen brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva, der in seiner Amtszeit null Entwaldung zulassen möchte, wurden die Vertragsverhandlungen seitens der EU wieder aufgenommen. Österreich ist aktuell aus verschiedensten Gründen gegen einen Vertragsabschluss.

Mittlerweile umfassen diverse EU-Freihandels- und Wirtschaftsabkommen beinahe alle Staaten Lateinamerikas und der Karibik, lediglich das EU-Mercosur-Abkommen

fehlt noch für eine Vertiefung der strategischen Partnerschaft der beiden Wirtschaftsblöcke.

Sollten die beiden Weltregionen Ende Juni in den offenen Fragen des Umwelt- und Sozialschutzes sowie den Erhalt des Regenwaldes zu einem positiven Ergebnis kommen, könnte 2023 tatsächlich das Jahr Lateinamerikas in Europa und das Jahr Europas in Lateinamerika werden, wie es EU-Außenbeauftragter Joseph Borrell formulierte.

Auch die USA wollen die wirtschaftlichen Kooperationen mit Lateinamerika erweitern und den Einfluss Chinas am Halbkontinent reduzieren. Die USA erhoffen sich dadurch nicht nur eine Verbesserung der Handelsbeziehungen, sondern auch eine generelle Anhebung des Wohlstandes in der Region. Dadurch könnten auch die gegenwärtigen Migrationsprobleme entschärft werden. Lateinamerika spielt auch eine Schlüsselrolle, was Metalle für viele Zukunftstechnologien betrifft. So befinden sich dort etwa 56 % des weltweiten Lithium-Vorkommens. Das Leichtmetall, das als Erdöl des 21. Jahrhunderts gilt, befindet sich in etlichen elektronischen Geräten und wird auch für die Herstellung von diversen Akkus und Batterien verwendet. Im Augenblick ist vorwiegend China am Abbau von Lithium in der Region aktiv. 2022 betrug das Handelsvolumen zwischen China und Lateinamerika 437 Mrd. Euro, womit die kommunistische Volksrepublik direkt hinter den USA zum zweitgrößten Handelspartner in der Region aufgestiegen ist. In Brasilien, Chile und Peru führt das Reich der Mitte bereits heute in der Außenhandelsbilanz.

Lateinamerika ist für China in doppelter Hinsicht interessant. Einerseits bietet die Region einen riesigen Absatzmarkt und andererseits gibt es ein sehr hohes Rohstoffvorkommen. Brasilien und Venezuela allein haben Rohstoffvorkommen im Wert von über 30 Bio. EUR. Vorwiegend werden Aluminium, Eisen und Zinn nach China exportiert. Chinesische Großkonzerne und staatliche Kreditinstitute beteiligen sich jedoch auch an Infrastrukturprojekten am Halbkontinent. So wurde beispielsweise schon in brasilianische Häfen, argentinische Atomkraftwerke oder das chilenische Stromnetz investiert. Für das 4G- und 5G-Netzwerk in Brasilien ist der chinesische Telekommunikationsriese Huawei bereits seit einigen Jahren Hauptlieferant.

## Resümee

Gegenwärtig gewinnt man den Eindruck, dass Lateinamerika trotz des Drucks der westlichen bzw. US-amerikanischen Hegemonie seine eigenen Interessen durchsetzen kann. Obwohl einige Länder der Region den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine bereits verurteilt haben, erwarten die USA und die EU eine klare Stellungnahme zu dem Konflikt, die wiederum den Interessen der westlichen Welt dienen soll. Tatsächlich hat

es jedoch den Anschein, dass Lateinamerikas Politik nicht von einer der Mächte bestimmt werden will, die in diesem Konflikt verwickelt sind. Ausnahmen bilden vielleicht die von Russland stark wirtschaftlich abhängigen Länder Kuba, Nicaragua und Venezuela, die naturgemäß eine prorussische Einstellung aufweisen.

Aber auch das argentinische Interesse an chinesischen Kampfflugzeugen und den „Anschluss“ der Falklandinseln an das argentinische Mutterland lassen einen Konflikt erkennen. Auch die herbeigesehnte Währungsunion, die den US-Dollar als „Leitwährung“ obsolet machen würde, kann als Versuch des Halbkontinents angesehen werden, sich von der westlichen Einflussnahme emanzipieren zu wollen und eine geopolitische Front aufzubauen, die auch auf internationaler Ebene Auswirkungen hätte.

Im mittelamerikanischen Raum ist zurzeit das verstärkte Etablieren eines autoritären Führungsstils und das Nachahmen des Autoritarismus als Herrschaftsform zu beobachten. Die Null-Toleranz-Politik des salvadorianischen Präsidenten findet in den umliegenden Ländern hohen Anklang, obwohl Kritiker anmerken, dass sie unter Umständen nicht so nachhaltig und zukunftsfähig ist, wie sie im Augenblick wahrgenommen wird. Denn derzeit ist noch kein Plan erkennbar wie zehntausende inhaftierte Bandenmitglieder in El Salvadors Gefängnissen irgendwann wieder in die Gesellschaft zu integrieren sein werden. Dies kann potentiell zukünftig noch zu größeren Problemen führen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass bei so einer großen Anzahl von Menschen mit gleicher Gesinnung eine kampfbereite „Masse“ entsteht, die in Zukunft nicht mehr kontrolliert werden kann. Die weitere Ausbreitung des „Bukelismos“ könnte die schwach ausgeprägten Demokratien in der Region stark ins Wanken bringen. Demokraten wären deshalb gut beraten, andere Lösungen für die Sicherheitsprobleme und Bekämpfung der kriminellen Banden zu finden. Es ist derzeit nicht seriös absehbar, wie viele Lateinamerikaner bereit sind, ihre Freiheiten für eine scheinbar sichere Diktatur aufzugeben.

**Alexander Panzhof**

## Cyber-Bedrohungslage

Die Lage war im Beobachtungszeitraum von der Fortsetzung der Cyberschlacht gegen die Ukraine und den Aktivitäten gegen die Unterstützer der Ukraine gekennzeichnet. Cyberspionage-Operationen erfolgten auf hohem Niveau und die Cyberkriminalität erreichte neuerlich Höchstwerte.

## Cyberschlacht um die Ukraine

Im Jahr 2022 wurden fast 2.200 Cyberangriffe auf ukrainische Organisationen registriert, von denen die meisten auf zivile Dienste abzielten. Die am häufigsten angegriffenen Sektoren in der Ukraine sind Energie, Sicherheit und Verteidigung, Telekommunikation, Technologie und Entwicklung, Finanzen und Logistik und die ukrainischen Medien. Ein Viertel der Angriffe betrafen die Regierung und lokale Behörden im Verteidigungs- und Sicherheitssektor.

In den ersten Monaten des Krieges wirkten alle Cyberattacken ausschließlich gegen ukrainische Ziele. Mutmaßlich sollten Übertragungseffekte wie beim *Petya*-Angriff 2017 vermieden und eine potenzielle Eskalation verhindert werden. Ab Sommer 2022 richteten sich die russischen Cyberaktivitäten zunehmend gegen die Unterstützer der Ukraine, darunter v.a. die NATO-Mitgliedsstaaten, große EU-Staaten und die Nachbarländer der Ukraine. Im Jänner und Feber 2023 sollen die Cyber-Spezialisten des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes (SBU) bereits mehr als 500 Cyberangriffe neutralisiert haben und seither laufend mit der Abwehr von zwei- bis dreihundert Cyberbedrohungen beschäftigt sein. Russlands Hacker zielen nunmehr in der Ukraine vorwiegend auf die Zerstörung der Informationsinfrastruktur ab, führen Desinformationsoperationen durch und setzen in großem Umfang Schadprogramme zum Stehlen und Unbrauchbarmachen von Daten ein.

Schon jetzt lassen sich eine Reihe von Erkenntnissen aus der Cyberschlacht ziehen. Die Lahmlegung des KA-SAT-Satellitennetzwerks unmittelbar vor Angriffsbeginn am 24. Februar 2023 war erfolgreich. Dadurch war die Kommunikation zwischen der ukrainischen Regierung und den Streitkräften sowie innerhalb der Streitkräfte beeinträchtigt. Dies war die einzige erfolgreiche große Cyberoperation, was den Schluss zulässt, dass Russland mit einem raschen Sieg gerechnet hat. Cyberattacken für einen längeren Krieg waren offensichtlich nicht vorbereitet. Es hat sich bestätigt, dass Cyberoperationen nur nach langfristiger Vorbereitung erfolgreich durchgeführt werden können. Eine Wiederholung eines Angriffes ist grundsätzlich nicht möglich. Wenn Angriffsvektoren und Schadprogramme bekannt sind, werden durch die Cyberverteidigung Schwachstellen geschlossen und die Absicherungsmaßnahmen angepasst. So scheiterte im April 2022 der russische Versuch, das ukrainische

Stromnetz mit der gleichen Methode wie 2016 lahmzulegen. Eine gänzliche Ausschaltung ukrainischer militärisch-relevanter Einrichtungen gelang mit Cyberangriffen nicht. Das bedeutet, Cyberangriffe sind relevant, aber ihre Wirkung ist nicht mit der Wirkung konventioneller Waffen zu vergleichen. Besonders die Kombination von Cyber-Angriffen mit kinetischen Schlägen kann aber nachhaltig wirken und die Behebung von Ausfällen merklich erschweren.

Die Ukraine hat ihre Cyber-Defensivfähigkeiten zur raschen Reaktion gut aufgestellt, z. B. wurden die Rechenzentren von Kiew in westliche Regionen und Daten in die Cloud verlagert. Die ukrainische IKT-Infrastruktur hat bis dato alle Angriffe überstanden und funktioniert immer noch. Das Glasfasernetz der Ukraine erwies sich als sehr resilient. Die Unterstützung internationaler Partner, z. B. die des *US Cyber Command* und zahlreicher anderer Länder, die Freischaltung des *Starlink*-Satellitensystems (bereits am 26. Feber 2022) und die Unterstützung durch *Microsoft* und andere IKT-Firmen, war für die Cyberverteidigung von großer Bedeutung.

## Russische Akteure

Die aktivsten russischen Hackergruppen sind mutmaßlich bei den russischen Geheimdiensten, FSB (Inland), SVR (Ausland) und GRU (Militär) eingegliedert. Am häufigsten in Erscheinung treten *Sandworm*, *Gamaredon*, *APT-28*, *APT-29* sowie *Turla*. Einige Akteure sollen wegen der von ihnen ausgehenden eminenten Bedrohung näher beschrieben werden.

## Sandworm

Die Hackergruppe *Sandworm* (u. a. auch *Telebots*, *Voodoo Bear*, *Iron Viking*, *Hades* genannt) ist mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Einheit des russischen Militärgeheimdienstes GRU. *Sandworm* werden u. a. die Hackerangriffe auf die ukrainische Stromversorgung 2015 und 2016, die Attacke mit dem *Petya*-Schadprogramm gegen die Ukraine im Jahr 2017 sowie die Attacken gegen die Olympischen Winterspiele 2018 angelastet. Auch an den Operationen zur Beeinflussung der Präsidentenwahl 2016 in den USA soll *Sandworm* beteiligt gewesen sein. Die vermutlich von *Sandworm* entwickelte *Malware AcidRain* legte am 24. Februar 2022 das KA-Sat-System lahm. Im April 2022 wurden erfolglos mehrere Angriffe auf die ukrainische Stromversorgung lanciert. Einem *Microsoft*-Bericht vom November 2022 zufolge soll *Sandworm* auch für einen destruktiven Cyberangriff mit Cyber-Erpressungssoftware gegen Logistikunternehmen in der Ukraine und Polen im Oktober 2022 verantwortlich sein. Seit Beginn des Jahres 2023 setzt *Sandworm* ein neues Sabotageprogramm, das Wiper-Programm *SwiftSliver*, gegen ukrainische Ziele ein. *SwiftSliver* löscht

Schattenkopien, überschreibt Dateien und das Computersystem kann nicht mehr gestartet werden. Insgesamt hat *Sandworm* fünf verschiedene Wiper-Programme beim Angriff vom 17. Jänner 2023 gegen die nationale Nachrichtenagentur *Ukrinform* genutzt.

### **Gamaredon**

Bei Gamaredon (u.a. auch *Actinium*, *Armageddon*, *Iron Tilden*, *Primitive Bear*, *Shuckworm*, *Trident Ursa*, *Winterflounder* genannt) soll es sich um eine Einheit des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB handeln. *Gamaredon* hat seit seiner Gründung im Juni 2013, wenige Monate vor der gewaltsamen Annexion der Halbinsel Krim durch Russland, mehrere Cyber-Spionageangriffe gegen ukrainische Unternehmen sowie die Streit- und Sicherheitskräfte durchgeführt. Gamaredon hackte u. a. auch Angestellte des Verteidigungsministeriums in Lettland. Mittels einer App wurden Profile von Opfern erstellt, geografische Standorte ermittelt und Opfer mit *Malware* infiziert.

### **Turla**

Hierbei handelt es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um eine weitere Einheit des FSB. *Turla* (u. a. auch *Snake*, *Uroburos*, *Venomous Bear* genannt) hat mit der bereits im Jahre 2003 entwickelten Schadprogramm-Plattform *Snake* mutmaßlich Ziele in über 50 Ländern weltweit angegriffen. Ziele sind v.a. kritische Infrastrukturen, wie Regierungsnetzwerke, Forschungseinrichtungen, Finanzservices, Produktion, Kommunikation und Journalisten.

### **APT-28**

*Advanced Persistent Threat 28* (u. a. auch *Fancy Bear*, *Sofacy*, *Strontium* genannt) soll laut britischen und US-amerikanischen Behörden eine Einheit des russischen militärischen Geheimdienstes (GRU) sein. *APT-28* ist seit etwa 2004 aktiv und darauf spezialisiert, prominente Ziele anzugreifen und vertrauliche Informationen zu stehlen. Beispiele sind die Angriffe im Rahmen der US-Präsidentschaftswahl, gegen den Deutschen Bundestag und die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW).

### **APT-29**

Eine weitere Einheit, vermutlich dem russischen Auslandsnachrichtendienst (SWR) zugehörig, ist *Advanced Persistent Threat 29* (u. a. auch *Cozy Bear*, *CozyCar*, *CozyDuke*, *Nobelium*, *Dark Halo*, *TheDukes*, *Office Monkeys*, *StellarParticle*, *UNC2452*, *Yttrium* genannt). Diese Organisation ist mutmaßlich seit 2010 aktiv und soll auch bei den Angriffen im Rahmen der US-Präsidentschaftswahlen 2016 beteiligt gewesen sein. *APT-29* wird auch die Cyberkampagne *SolarWinds* zugeschrieben, mit der ab September 2019 in

Netzwerke von Ministerien, diplomatischen Einrichtungen und Unternehmen der EU- und NATO-Staaten in bisher unerreichtem Umfang ausgespäht wurden.

### **Haktivisten auf beiden Seiten führen weiter Cyberangriffe durch**

Rund 100 Haktivisten-Gruppen, mittlerweile mehr als die Hälfte prorussisch, wurden bisher aktiv. Hauptsächlich sind Desinformations- und *Hack&Leak*-Operationen zu beobachten. Die Haktivisten sind in der Lage, auf Ansagen und Maßnahmen zu reagieren. Zum Beispiel führte die Ankündigung eines Auftritts des ukrainischen Präsidenten in einem westlichen Parlament regelmäßig zu Attacken gegen das Gastgeberland, zuletzt gegen die Schweiz. Die Aktivitäten der Haktivisten dienen vermutlich der Demonstration des Willens und der Möglichkeiten des Aggressors und sollen ökonomische Konsequenzen aufzeigen. Damit sollen politische Entscheidungen beeinflusst und Dritte abgeschreckt werden. Daten-Leaks könnten auch zur Lokalisierung, zum Tracken und zur Kompromittierung von Personen genutzt werden. Dabei gehe es oft um DDoS-Attacken, bei denen Server mit Anfragen geflutet werden, um sie zeitweise lahmzulegen.

Die prorussischen Hackergruppen *NoName057(16)* und *KillNet* sind auch im Beobachtungszeitraum mit DDoS-Angriffen besonders aktiv gewesen. Diese Gruppen zielen auf alle Länder, welche die Ukraine materiell unterstützen und die Sanktionen gegen Russland mittragen. Vermutlich agieren sie im Rahmen des russischen Konzepts für Informationsoperationen zur Begleitung einer militärischen Operation.

### **KillNet**

Diese Einheit ist seit Anfang 2022 aktiv und übernahm die Verantwortung für eine Reihe von DDoS-Angriffen im Jänner 2023. Dabei wurden Webseiten von Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen in einer Reihe von westlichen Ländern (USA, Vereinigtes Königreich, Spanien, Norwegen, Finnland, Polen, Niederlande und Deutschland) gestört oder sogar lahmgelegt. Die Angriffe erfolgten als Reaktion auf die Entscheidung, die Ukraine mit schweren Waffen (Panzen) zu beliefern. Neben Webseiten aus dem medizinischen Bereich sollen auch Banken und Flughäfen attackiert worden sein.

### **NoName057(16)**

Hierbei handelt es sich um eine prorussische Hackergruppe, die erstmals im März 2022 bekannt wurde. *NoName 057(16)* attackierte wiederholt Ziele in Italien, u. a. am Tag des Besuchs der italienischen Premierministerin am 21. Februar 2023 in Kiew. Betroffen waren die IT-

Systeme der Carabinieri, der Polizei, verschiedener Ministerien, einiger Banken und des Telekommunikationskonzerns TIM. In Tschechien wurden die Webseite eines Präsidentschaftskandidaten und die Webseite des Außenministeriums durch DDoS-Angriffe beeinträchtigt. Auslöser war gemäß Angaben der Angreifer die Ausbildung ukrainischer Soldaten in Tschechien. Ferner wurden Unternehmen und Organisationen in Polen, Litauen, Estland und der Slowakei attackiert. Diese Einheit bekannte sich auch zu den DDoS-Angriffen auf den dänischen Finanzsektor. Kanadische Webseiten wurden während des Treffens zwischen dem kanadischen Premierminister mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten im April 2023 attackiert. Ziele waren u. a. die Webseiten des Premierministers, die Häfen von Montreal, Québec und Halifax sowie der Laurentian Bank of Canada. *NoName 057(16)* führte seit Dezember 2022 in mehreren Wellen unter Anwendung multipler Techniken politisch motivierte DDoS-Angriffe auf diverse Webseiten auch in Österreich aus. Zum Beispiel soll die Webseite des Ministeriums für Arbeit und Wirtschaft attackiert worden sein, weil die österreichischen Behörden die Teilnahme der russischen OSZE-Delegation an einer Kranzniederlegung am „Heldendenkmal der Roten Armee“ in Wien verhindert hätten.

Potenziell betroffen waren auch alle internetbasierten Dienste des BMLV (z. B. diverse Web-Services, E-Mail, Remote-Zugänge). Aus technischer Sicht wurden bei diesen Angriffen bekannte Methoden in moderater Stärke angewandt, die mit überschaubarem Aufwand abgewehrt werden konnten.

### **Ukrainische Cyberaktivitäten**

Auf ukrainischer Seite sind im Cyberraum vermutlich der ukrainische Sicherheitsdienst (SBU) und der militärische Nachrichtendienst (GUR) aktiv. Ferner sind anzuführen, die Freiwilligen der *IT-Army der Ukraine*, die dem Aufruf des ukrainischen Technologieministers vom 26. Februar 2022 zur Teilnahme gefolgt sind. Nunmehr behauptet die *IT Army of Ukraine* für rund 750 Angriffe auf russische Ziele u. a. im Finanzsektor, der Regierung und der kritischen Infrastruktur, den militärisch-industriellen Komplex sowie für Informationsoperationen gegen die russische Bevölkerung verantwortlich zu sein. Bekannt wurden, DDoS-Angriffe gegen die Internetseiten russischer Staatsmedien, wodurch eine Direktübertragung der Rede von Präsident Wladimir Putin im Parlament am 21. Februar 2023 behindert wurde. Ferner sollen russische Rundfunkstationen, die Rossiya Bank und zahlreiche andere Webseiten blockiert oder gestört worden sein. Die ukrainische Regierung beabsichtigt Medienberichten zufolge, die *IT-Armee der Ukraine* in die Streitkräfte einzugliedern. Damit soll die Unsicherheit über ihren Status in einer rechtlichen Grauzone geklärt werden.

### **Chinesische Spionage – eine Bedrohung für die EU**

Anhaltende Aktivitäten der chinesischen Cyberspionage-Einheiten, darunter v.a. *APT-27*, *APT-30*, *APT-31*, *Ke3chang*, *GALLIUM* und *Mustang Panda*, stellen gemäß der EU-Agentur für Cybersicherheit (ENISA) und dem CERT-EU für die EU eine erhebliche Bedrohung dar.

Weitere chinesische Cybereinheiten wie *APT-15*, *KeChang*, *NICKEL*, *BackdoorDiplomacy*, *Playful Taurus* und *Vixen Panda* spionieren seit 2010 gegen Regierungs- und diplomatische Einrichtungen in Nordamerika, Südamerika, Afrika und dem Nahen Osten. Die Einheit *APT-27*, auch als *Iron Tiger*, *Bronze Union*, *Emissary Panda* und *Lucky Mouse* bekannt, wurde erstmals 2009 entdeckt und zielt in der Regel auf Regierungen, Verteidigungsunternehmen und nationale kritische Infrastrukturen in Asien, den USA und dem Nahen sich auf Cyberspionage spezialisiert hat. Im Februar 2023 veröffentlichte die Agentur der EU für Cybersicherheit (ENISA) eine Warnung. Demnach habe China seinen Cyberkriminellen erlaubt, die EU anzugreifen. Zudem wird *APT-27* eine maßgebliche Rolle bei dem chinesischen Cybercrime-Syndikat namens *Tilted Temple* zugeschrieben.

### **Russland späht kritische Infrastruktur in Nordeuropa aus**

Skandinavischen Medien zufolge spioniert Moskau mit Forschungsschiffen kritische Infrastrukturen in nordeuropäischen Gewässern aus. Ein militärisches Spionageprogramm zielt darauf ab, die Positionen etwa von Offshore-Windparks, Gasleitungen sowie Strom- und Internetkabeln um Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland aufzuzeichnen. Insgesamt seien 50 Schiffe ausgemacht worden, die in den vergangenen zehn Jahren verdächtige Fahrten unternommen hätten, darunter Forschungs- und Frachtschiffe, Fischereiboote und Yachten. Geheimdienste und Fachleute gehen nach Senderangaben davon aus, dass mit dem Vorgehen Sabotageakte vorbereitet werden sollen, um die Möglichkeit zu haben, etwa die Stromversorgung in Nordeuropa lahmzulegen.

### **Nordkoreanische Spionage gegen Südkorea**

Die nordkoreanische Hackergruppe *Kimsuky*, u. a. auch als *Velvet Chollima* oder *Thallium* bekannt, soll eine Einheit des nordkoreanischen Nachrichtendienstes RGB sein. *Kimsuky* ist seit etwa zehn Jahren aktiv und hatte sich bisher auf Spionage in den Bereichen Politik, Forschung und Wissenschaft spezialisiert. Mittlerweile dürften Unternehmen und Organisationen, die sich im weitesten Sinne im Spannungsfeld des innerkoreanischen Konflikts bewegen, oder mit Sicherheitspolitik im Allgemeinen beschäftigen, vermehrt in den Fokus der Einheit geraten sein. Mittels *Spear-Phishings* sowie gefälschter und als legitim getarnter Webseiten (z. B. *gnx.net*) werden insbesondere Forscher zum innerkoreanischen Konflikt ausspioniert.

## Cyberkriminalität

Der vom Weltwirtschaftsforum (WEF) veröffentlichte „Globale Cybersicherheitsausblick 2023“ enthält Beiträge aus Interviews mit über 300 Führungskräften weltweit. Der Bericht zeigt u. a., dass 86 % der Wirtschaftsführer und 93 % der staatlichen Cyberführungskräfte überzeugt sind, dass die globale geopolitische Instabilität in den nächsten Jahren mit mittlerer bis sehr hoher Wahrscheinlichkeit zu einem katastrophalen Cyberereignis führen wird. Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine hat diese Befürchtungen weiter geschürt. Faktum ist, dass die Cyberkriminalität weltweit alarmierende Ausmaße erreicht hat und noch immer ansteigt. Der Anstieg der Cyberbedrohungen, darunter *Ransomware*-Angriffe und DDoS-Angriffe hat ein Allzeithoch mit einem geschätzten Umsatz von 10.5 Bio. USD (im Vergleich zu 3 Bio. USD im Jahr 2015) erreicht. Zu den Kosten der Cyberkriminalität zählen die Beschädigung und Zerstörung von Daten, der Diebstahl finanzieller Mittel, Produktivitätsverluste, der Diebstahl von geistigem Eigentum und persönlicher und finanzieller Daten, Unterschlagung, Betrug, die Unterbrechung des normalen Geschäftsablaufs nach einem Angriff, die Kosten für forensische Untersuchungen, die Wiederherstellung und Löschung gehackter Daten und Systeme sowie Rufschädigung. Dazu passend untersucht das FBI derzeit mehr als 100 Ransomware-Varianten mit jeweils einer Vielzahl von Opfern.

## Nordkoreanische Hacker erbeuten Milliarden

Um an Fremdwährung zur Finanzierung seines Atom- und Raketenprogramm zu kommen, hat Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un offenbar eine Cyberarmee aufgebaut. Einem vertraulichen Expertenbericht der Vereinten Nationen zufolge soll Nordkorea im vergangenen Jahr mehr Geld mit Cyberkriminalität erwirtschaftet haben als jemals zuvor. Mehrere Schätzungen gehen von mindestens 630 Mio. EUR durch Internetbetrug aus. In den vergangenen sechs Jahren sollen die staatlich eingesetzten Hacker online insgesamt sogar mehr als 2 Mrd. EUR in Kryptowährung erbeutet haben. Ein Haupttäter soll die Gruppe *Lazarus* (u. a. auch als *APT-38* oder als *Guardians of Peace* bezeichnet) sein, welche seit 2009 weltweit für Spionage und Sabotage verantwortlich sein soll. Im März 2022 erbeutete die Gruppe *Lazarus* Krypto-Geld im Wert von etwa 570 Mio. EUR vom Ethereum-Netzwerk des Computerspiels *Axie Infinity*. Im Februar 2023 wurde bekannt, dass *Lazarus* auch viele Forschungseinrichtungen und den Energiesektor in Europa, Asien und Nordamerika inklusive deren Lieferanten ausspioniert haben soll.

## Entwicklung der Bedrohungslage

Für die weitere Entwicklung der Bedrohungslage könnten die kürzlich veröffentlichten Einschätzungen britischer

und US-amerikanischer Behörden richtungweisend sein. Das britische National Cyber Security Centre (NCSC) geht in seinem aktuellen Bericht zur Entwicklung der Bedrohungslage davon aus, dass die Bedrohung nicht nur umfangreicher, sondern auch weniger vorhersehbar werde. Laut Einschätzung des NCSC wird die Verbreitung von *Cyber-Tools* und Dienstleistungen die Bedrohungslandschaft in den nächsten fünf Jahren tiefgreifend verändern. Den staatlichen, aber auch nichtstaatlichen Akteuren werden noch mehr Fähigkeiten und Informationen zur Verfügung stehen. Beispielhaft wird darauf hingewiesen, dass in den vergangenen zehn Jahren mehr als 80 Länder offensive Cybermittel (Angriffssoftware) gekauft haben. Des Weiteren rechnet das NCSC mit einer weiteren Zunahme von Spionageprogrammen und anderen Hacking-Tools sowie mit einer zunehmenden Zahl von „Auftragshackern“ (*Crime-as-a-Service*). Der wachsende Markt für „Auftragshacker“ vergrößert das Risiko von unvorhersehbaren Angriffen oder einer „unbeabsichtigten Eskalation“.

Im Rahmen der „CyberUK-Konferenz“ im April 2023 warnte der britische Kabinettsminister, dass eine „neue Klasse“ russischer Hacker versuchen würde, britische Infrastruktur lahmzulegen. Kreml-nahe Gruppen könnten potenziell verheerende Cyber-Angriffe starten, die auf die Infrastruktur in Schlüsselsektoren wie Energie und Versorgung abzielen, um „zu stören oder zu zerstören“. Diese Gruppen seien „eher ideologisch als finanziell motiviert“.

Der jährliche Bericht des britischen *Government Communication Headquarters* (GCHQ) vom April 2023, gibt einen Einblick in die Cyberabwehroperationen und Tätigkeiten der *National Cyber Force* (NCF). Demnach haben verdeckte britische Einheiten seit drei Jahren „täglich“ Cyberoperationen durchgeführt, um militärische Einsätze im Ausland zu unterstützen und u. a. Terroristen und Cyberkriminelle zu bekämpfen. Als Mitglied des Nachrichtendienstverbundes *Five Eyes*, zu dem auch Australien, Kanada, Neuseeland und die USA gehören, verfügt das Vereinigte Königreich über einige der weltweit fortschrittlichsten Fähigkeiten zur Cyberkriegsführung. Die NCF soll in den kommenden Jahren von einigen Hundert auf 3.000 Mitarbeiter anwachsen. Im Mittelpunkt des Cyberansatzes steht die „Doktrin des kognitiven Effekts“, die laut NCF-Techniken umfasst, die darauf abzielen, Misstrauen zu säen, die Moral zu schwächen und die Fähigkeit des Gegners zu schwächen, seine Aktivitäten zu planen und durchzuführen.

## China stellt die größte Bedrohung für die USA dar

Laut dem Direktor des US-amerikanischen *Federal Bureau of Investigation* (FBI) stellt China möglicherweise die größte Bedrohung für die USA dar. Der Konflikt zwischen den

beiden Mächten spielt sich zunehmend entlang technologischer Linien ab. Der Bericht stellt fest, dass China derzeit die breiteste, aktivste und hartnäckigste Bedrohung mittels Cyberspionage für die US-Regierung und Netzwerke des privaten Sektors darstelle. Zu Chinas Cyberspionage-Operationen gehörten Angriffe auf Telekommunikationsunternehmen, Technologiedienstleister sowie auf weitverbreitete Software, die potenziell zahlreiche Möglichkeiten für das Sammeln von Informationen, Angriffe oder Beeinflussungsoperationen bieten. China hat ein größeres Hacking-Programm und hätte angeblich mehr persönliche und Unternehmensdaten gestohlen als alle anderen Nationen zusammen. Das FBI sei den chinesischen Hackern zahlenmäßig mindestens 50:1 unterlegen, selbst wenn sich jeder der Cyber-Agenten und Intelligence-Analysten des FBI ausschließlich auf die Bedrohung durch China konzentrieren würde. Zusätzlich stellten jedoch Länder wie Russland, Iran und Nordkorea und die nichtstaatlichen kriminellen Akteure ebenfalls ein erhebliches Problem für die Cybersicherheit dar. Als eine wichtige Verteidigungsmaßnahme beabsichtigt die USA, das *Energy Threat Analysis Center* (ETAC) des US-Energieministeriums (DOE) per Gesetz zu ermächtigen, „den Informationsaustausch, die Bedrohungseinschätzungen und die Maßnahmen zur Bedrohungsminderung“ zwischen dem DOE, der US-Cybersicherheit und der Infrastruktursicherheitsagentur (CISA), den Nachrichtendiensten und Partnern aus dem Privatsektor zu koordinieren.

## **Europäische und globale Entwicklungen im Cyberraum**

### **EU Cyber-Resilience Act**

Am 18. April 2023 hat die EU-Kommission ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der Cybersicherheit der EU vorgelegt (Cyber Package), das auf der EU-Cybersicherheitsstrategie von 2020 aufbaut und als komplementäre Maßnahmen zur EU-Cyber Defence Policy vom November 2022 verstanden werden können. Darin enthalten ist u.a. der Cyber-Resilience Act, mit dem die Rahmenbedingungen für die Entwicklung sicherer Produkte mit digitalen Elementen festgelegt werden sollen, indem sichergestellt wird, dass Hardware- und Softwareprodukte mit weniger Schwachstellen auf den Markt gebracht werden und die Hersteller die Sicherheit während des gesamten Lebenszyklus eines Produkts gewährleisten.

Damit sollen Produkte mit digitalen Elementen, die in ein größeres elektronisches Informationssystem integriert oder mit diesem verbunden sind und als potenzielle

Angriffsvektoren dienen können, entsprechend sicherer konzipiert werden.

### **EU Cyber-Solidarity Act**

Das EU-Cybersolidaritätsgesetz zielt auf die Stärkung der Cyber-Resilienz der EU sowie ihrer Mitgliedsstaaten ab. Mit dieser Verordnung sollen schwerwiegende Cybersicherheitsvorfälle besser erkannt und die Vorsorge- und Bewältigungsmaßnahmen verbessert werden können, indem ein europäischer Cyberschutzschild und ein umfassender Cybernotfallmechanismus geschaffen werden.

Zur raschen und effektiven Erkennung großer Cyberbedrohungen schlägt die Kommission die Einrichtung eines europäischen Cyberschutzschildes, einer europaweiten Infrastruktur bestehend aus Sicherheitseinsatzzentren (SOCs) in der gesamten EU, vor. Die SOC's sollen Erkenntnisse über Cyberbedrohungen sammeln, analysieren und EU-weit informieren. Der Cybernotfallmechanismus zielt auf den Aufbau einer EU-Cybersicherheitsreserve vertrauenswürdiger Anbieter, die bei schwerwiegenden Cybersicherheitsvorfällen auf Ersuchen eines Mitgliedstaats sofort eingreifen können. Diese Maßnahme kann als weiterer Schritt zur Verschränkung von Cyber-Security- und Cyber-Defence-bezogenen Angelegenheiten gewertet werden.

### **EU Cybersecurity Skills Academy**

Ebenfalls mit dem Cyber Package vorgestellt wurde die EU-Akademie für Cyber-Sicherheitskompetenzen, bei der es sich um eine Policy-Initiative handelt und die bestehenden Initiativen zur Förderung von Kompetenzen im Bereich der Cybersicherheit zusammenführen und die Zahl der Cyber-Sicherheitsfachkräfte steigern soll. Damit wird unmittelbar auf den Mangel an qualifiziertem Personal in der gesamten EU reagiert, der zwischen 260.000 und 500.000 Personen liegen soll. Dies soll durch die Zusammenführung bestehender Initiativen und der Verbesserung der Koordinierung erreicht werden, um die Wettbewerbsfähigkeit, das Wachstum und die Widerstandsfähigkeit der EU zu stärken.

### **Internationale Entwicklungen – US Cybersicherheitsstrategie**

Die USA haben Anfang März 2023 eine neue Cybersicherheitsstrategie veröffentlicht, mit dem Ziel, „allen Amerikanern die Vorteile eines sicheren und geschützten digitalen Ökosystems zu sichern.“ Die Strategie verfolgt dabei einen holistischen Ansatz, der alle Instrumente der nationalen Macht auf koordinierte Weise einsetzen will, um

die nationale Sicherheit, die öffentliche Sicherheit und den wirtschaftlichen Wohlstand zu schützen. Sie beruht u.a. auf der Verteidigung kritischer Infrastrukturen, der Störung und Ausschaltung von bedrohlichen Akteuren, sowie dem Aufbau internationaler Partnerschaften. Zudem sollen insbesondere die großen Technologiefirmen mehr in die Verantwortung für die Stärkung der Cybersicherheit genommen werden. Als Adressaten der aktiven Maßnahmen werden China, Russland, Iran und Nordkorea genannt. Vor allem China wird als unmittelbare Bedrohung wahrgenommen, weil es die Absicht verfolge, die internationale Ordnung nach seinen Vorstellungen umzugestalten und auch über entsprechende Fähigkeiten dazu verfüge. Die Umsetzung könnte die ohnehin schon fragile Situation im Cyberraum noch einmal verschlechtern und bestehende Konflikte weiter verschärfen. Denn nahezu zeitgleich hat China seine Ziele für die Entwicklung eines „Digitalen Chinas 2025“ formuliert, die u.a. Investitionen in digitale Infrastruktur, eine reduzierte Abhängigkeit von ausländischer Technologie und die Stärkung der Digitalwirtschaft vorsehen. Damit einher geht auch der Anspruch Chinas, seinen Einfluss im Bereich der Standardisierung im Technologiesegment auszubauen.

### **Bewertung**

Die jüngsten Entwicklungen im Bereich der Cyber Governance spiegeln ganz wesentlich die geopolitischen Herausforderungen wider. Dennoch sind die Bemühungen der EU hinsichtlich einer Verstärkung dieser Angelegenheiten positiv zu werten und könnten Dank der Marktmacht auch zu einem weiteren „Brüssel-Effekt“ führen, der internationale Wirkung zeigt. Abzuwarten bleibt allerdings, wie sich das derzeitige wirtschaftspolitische Ringen um Investitionen, Standards und Normen auswirken werden. Die bisher eher ausgleichende Haltung der EU auf globaler Ebene gerät zunehmend unter Druck und die Tendenz zu protektionistischen, einseitigen Maßnahmen verstärkt sich. Hier kommt es vorwiegend auf eine abgestimmte Vorgehensweise und ein Ineinandergreifen der einzelnen Instrumente und Mechanismen an, damit potenzielle Partner der EU von einer weiterhin multilateralen Vorgehensweise überzeugt werden können.

### **Technologiebezogene Entwicklungen**

Die zunehmende Vernetzung und Digitalisierung sämtlicher Domänen erfordert eine ganzheitliche Betrachtung der damit in Zusammenhang stehenden Entwicklungen. Diese werden maßgeblich durch Fortschritte in wesentlichen Technologie- und Wissenschaftsfeldern bestimmt und gemeinhin als *Emerging and Disruptive Technologies* bezeichnet. Diese Bereiche sind jedoch derzeit nur unzureichend reguliert

und normiert (z.B. Letale Autonome Waffensysteme), es fehlt eine entsprechende (globale) Technologie-Governance, auch bedingt durch die geopolitischen Spannungen zwischen den USA und China. Ganz besonders sichtbar wird dies derzeit im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz (KI), die spätestens seit der Veröffentlichung von ChatGPT kontrovers diskutiert wird und von apokalyptischen bis zu utopistischen Szenarien reicht. Die EU arbeitet derzeit an einer Verordnung zur Regulierung von Künstlicher Intelligenz („AI Act“). Aus diesem Grund sollen im Folgenden die ersten Ansätze einer überregionalen und interessengeleitenden Governance kurz dargestellt werden, die durch die EU vor allem im Wege von Handels- und Technologieräten (Trade and Technology Councils) operationalisiert werden soll.

### **EU-US TTC**

Am 31.05.23 fand das nunmehr sechste Treffen des EU-US Handels- und Technologierats statt, das einen wichtigen Baustein der Governance neuer Technologien darstellt. Es stand ganz im Zeichen der zahlreichen alarmierenden Aussagen namhafter KI-Entwickler. Der Fokus lag daher auf der Umsetzung einer gemeinsamen Vorgehensweise zur Entwicklung vertrauenswürdiger KI sowie einem entsprechenden Risikomanagement u.a. durch gemeinsame KI-Standards und KI-Terminologie. Des Weiteren wurden Vereinbarungen über die weitere Entwicklung des nächsten Mobilfunkstandards 6G getroffen. Ein wichtiger Aspekt des Treffens war eine gemeinsame Erklärung zur Bekämpfung von Informationsmanipulation und Beeinflussung in Drittstaaten (*Foreign Information Manipulation and Interference – FIMI*). Damit soll insbesondere die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in den unmittelbaren EU-Nachbarregionen, Afrika und Lateinamerika verstärkt werden und die Medienkompetenz der Bevölkerung erhöht werden, um die Resilienz gegenüber Beeinflussungskampagnen zu erhöhen.

Ferner haben die USA im Mai 2023 eine *National Standards Strategy for Critical and Emerging Technology* veröffentlicht, mit der sie bezugnehmend auf die nationale Sicherheit ihren Führungsanspruch in der (wertebasierten) Normensetzung in kritischen Technologiebereichen vor allem gegenüber China erhalten wollen. Dies soll neben gezielten Investitionen in Forschung und Entwicklung in der Höhe von über 100 Mrd. USD für das Jahr 2024 vor allem durch Anreize wie etwas Steuererleichterungen für Unternehmen gelingen. Die Fokusbereiche umfassen unter anderen Halbleiter, Künstliche Intelligenz, Biotechnologien, Quanteninformationstechnologien sowie Informations- und Kommunikationstechnologie. Die Standardsetzung in internationalen Gremien soll in enger Zusammenarbeit mit

internationalen Partnern erfolgen und integraler Bestandteil des EU-US TTC werden.

### **EU-Indien TTC**

Am 16.05.23 fand der erste Handels- und Technologierat zwischen der EU und Indien statt. Dabei wurden Vereinbarungen über die künftige Zusammenarbeit in mehreren Bereichen getroffen. Im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsprojekten im Bereich Hochleistungsrechnen und Quanteninformatik, sowie der Entwicklung von vertrauenswürdiger künstlicher Intelligenz soll eine enge Kooperation angestrebt werden. Ebenso soll im strategisch wichtigen Halbleitersektor eine vertiefte strategische Partnerschaft geschlossen werden. Als besonders wichtig kann das gemeinsame Ziel der Einführung von Normen in den Bereichen 5G, Telekommunikation und Internet der Dinge bewertet werden, weil sie unmittelbar die Interoperabilität zwischen den jeweiligen digitalen öffentlichen Infrastrukturen verbessert und darüber hinaus die machtpolitischen Ambitionen der EU hinsichtlich globaler Normensetzung unterstützt. Offen bleibt, inwieweit sich die Zusammenarbeit angesichts der geostrategischen Positionierung Indiens materialisiert und den Einfluss der EU im indopazifischen Raum stärken kann.

**Walter Unger**  
**Daniel Wurm**



**Bildnachweis**

- S. 12: Screenshot: Twitter-Account Julian Röpcke; BILD-Bericht vom 08.06.2023. URL: <https://twitter.com/JulianRoepcke/status/1666798306914357249/photo/1>, zuletzt eingesehen am 29.06.2023
- S. 14: Foto: Mass Communication Specialist 1st Class Ryre Arciaga (US-Navy); The Ticonderoga-class guided-missile cruiser USS Antietam (CG 54) receives fuel from the U.S. Navy's only forward-deployed aircraft carrier, USS Ronald Reagan (CVN 76), during a replenishment-at-sea in the South China Sea, June 17, 2023. URL: 2 <https://media.defense.gov/2023/Jun/20/2003244350/-1/-1/0/230617-N-KW492-0148.JPG>,
- S. 30: Foto, NATO; Joint press conference with NATO secretary Jens Stoltenberg and the President of Ukraine Volodymyr Zelenskyy, lizenziert als „Fair Use“; URL: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/photos\\_214059.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/photos_214059.htm), zuletzt eingesehen am 16.06.2023
- S. 41: Foto: Drohnenaufnahme der ukrainischen Grenzschutztruppen (<https://dpsu.gov.ua/>); Southwestern part of Bakhmut (Donetsk region of Ukraine) during the battle of the city, licensed under the Creative Commons Attribution 4.0 International License, URL: [https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/e/e9/Bakhmut\\_during\\_the\\_battle\\_%282023-04-05%29%2C\\_frame\\_15989.jpg](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/e/e9/Bakhmut_during_the_battle_%282023-04-05%29%2C_frame_15989.jpg), zuletzt eingesehen am 29.06.2023
- S. 42: Foto: Drohnenaufnahme der russischen Streitkräfte, Twitter-Account <https://twitter.com/LeBeckInt>; Zerstörte sowie von ihren Besatzungen aufgegebenen ukrainische Leopard-Kampfpanzer und Bradley-Schützenpanzer südlich von Mala Tokmachka am 8. Juni 2023, licensed under the Creative Commons Attribution 4.0 International License. URL: <https://twitter.com/michaelh992/status/1668542666659840001>, zuletzt eingesehen am 29.06.2023
- S. 43: Foto, Kremlin Red Square CCTV, Twitter-Account Live Universal Awareness Map (“Liveuamap”); Explosive drone hit Kremlin in Moscow last night, licensed under the Creative Commons Attribution 4.0 International License. URL: <https://twitter.com/Liveuamap/status/1653738213205262336>, zuletzt eingesehen am 29.06.2023

**Kartenmaterial**

erstellt vom Institut für Militärisches Geowesen (IMG)

Die Gegenküsten der USA .....	Seite 8
Vereinigte Staaten von Amerika.....	Seite 16
North Atlantic Treaty Organization (NATO) .....	Seite 28
Postsowjetischer Raum .....	Seite 32
Der Ukrainekrieg .....	Seite 40
Indo-Pazifischer Raum.....	Seite 48
Afrika.....	Seite 56
Lateinamerika.....	Seite 62

## Autoren

Dr. Rastislav BÁCHORA, eMA	EU – Ansätze zur Stärkung der geopolitischen Handlungsfähigkeit
Christoph BILBAN, MA	Der postsowjetische Raum
Mag. Barbara FARKAS	Der indopazifische Raum  Strategische Positionierungen im indopazifischen Raum zum Taiwan-Konflikt
Dr. Herwig JEDLAUCNIK, MBA	Der Weg in die globale Konfrontation
Dr. Otto NADERER	Die NATO und die transatlantischen Beziehungen
Mag. Alexander PANZHOF	Unzufriedenheit und Spannungen am Halbkontinent
MMag. Albin RENTENBERGER, BA MA	Militärstrategische Analyse des russisch-ukrainischen Krieges: 16 Monate Krieg und kein Ende in Sicht
Lorenz SACK, BA	Afrika – Der Einfluss externer Akteure im Sahel-Raum
Mag. Walter UNGER	Cyber-Bedrohungslage
Mag. Andreas WENZEL	Weltmacht USA – Zweieinhalb Jahre Biden-Administration
Mag. (FH) Daniel WURM, MAS MA	EUropäische und globale Entwicklungen im Cyberraum

## **Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)**

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Informationen über unsere neuesten Publikationen sowie Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an [lvak.iss@bmlv.gv.at](mailto:lvak.iss@bmlv.gv.at) bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10-28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

ISS: Forschung – Lehre – Meinungsbildung

[www.bundesheer.at/iss](http://www.bundesheer.at/iss)



**LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE  
INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK**

ISBN: 978-3-903359-64-2